

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1973

**25 JAHRE
STATISTISCHES
LANDESAMT**



JANUAR
FEBRUAR
MÄRZ
APRIL
MAI
JUNI
JULI
AUGUST
SEPTEMBER
OKTOBER
NOVEMBER
DEZEMBER

Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

INHALT

Statistisches Landesamt 1948—1973

- 26 Vor 25 Jahren wurden die Statistischen Ämter Rheinland-Hessen-Nassau in Koblenz und Rheinhessen-Pfalz in Neustadt a. d. Weinstraße zum Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems zusammengeführt. Der Zeitpunkt für den Beginn einer zentralen amtlichen Statistik für das ganze Land war gekommen. Aus diesem Anlaß werden die Leser der Statistischen Monatshefte über Gründung, Auftrag, Arbeitsgebiet, Arbeitstechnik und Darbietungsprogramm unterrichtet.

Das Land im Spiegel der Statistik

- 39 In 25 Jahren hat das Statistische Landesamt eine sehr große Menge Zahlen produziert, aus denen sich ein Bild von Bevölkerung und Wirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz zusammensetzen läßt. Hier wird versucht, anhand der wichtigsten Eckwerte die Entwicklung des Landes in den vergangenen 25 Jahren darzustellen und zu veranschaulichen.
-



Vor 25 Jahren, am 16. Februar 1948, wurden auf Grund des Erlasses der provisorischen Landesregierung vom 15. 1. 1947 die beiden Statistischen Landesämter Rheinland-Hessen-Nassau in Koblenz und Hessen-Pfalz in Neustadt a. d. Weinstraße zum Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems zusammengelegt. Damit begann die Arbeit einer das ganze Land umfassenden zentralen amtlichen Statistik.

Im Unterschied zu den Statistischen Ämtern anderer Bundesländer oder zu dem zentralen Statistischen Amt für das Reichs- bzw. Bundesgebiet, die auf eine Geschichte von einhundert und mehr Jahren zurückblicken können, ist das rheinland-pfälzische Statistische Landesamt noch sehr jung. Doch auch eine 25jährige Amtsgeschichte ist Grund genug, Rückschau auf das Geleistete und Ausschau auf die künftigen Aufgaben zu halten. Die vorliegende Ausgabe der Statistischen Monatshefte bietet einen kurzgefaßten Überblick über Geschichte, Auftrag und Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik in Rheinland-Pfalz; sie zeigt den Aussage- und Erkenntniswert des gegenwärtigen statistischen Instrumentariums an der Darstellung der Entwicklung des Landes in dem Vierteljahrhundert seines Bestehens auf.

Das vom Statistischen Landesamt aus allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Lebens erhobene, aufbereitete und ausgewertete Zahlenmaterial ist eine unerläßliche Voraussetzung für das erfolgreiche Arbeiten von Parlament, Regierung und Verwaltung. Für die in zweieinhalb Jahrzehnten geleistete Arbeit spreche ich daher allen Angehörigen des Statistischen Landesamtes im Namen der Landesregierung Dank und Anerkennung aus. Ich verbinde damit die besten Wünsche für die Zukunft.

Der Dank der Landesregierung gilt auch den vielen Auskunftspflichtigen, Berichterstattern, Interviewern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, die durch ihre Mitarbeit die Arbeit des Statistischen Landesamtes unterstützt haben.

Mainz, 16. Februar 1973

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'H. J. J. J. J.' with a stylized, flowing script.

Minister des Innern

Statistisches Landesamt 1948-1973

Entstehung und Entwicklung

Gründung und Zusammenführung in Bad Ems

Ebenso wie das Land aus der Vereinigung der Provinzialregierungen Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz gebildet wurde, entstand das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz aus der Verschmelzung der beiden für die genannten Teilgebiete bis dahin zuständigen Statistischen „Landesämter“, deren Errichtung von den in Koblenz und Neustadt a. d. W. domizilierenden Regierungen im Juni 1945 bzw. Anfang 1946 angeordnet worden war. Um dem Statistischen Landesamt Hessen-Pfalz die notwendige Rechtsgrundlage zu geben, die es in die Lage versetzte, die Gesamtheit der amtlichen statistischen Arbeiten wahrzunehmen, wurde vom Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz im Januar 1946 eine Rundverfügung über die Organisation des Statistischen Dienstes¹⁾ erlassen. Danach war es Aufgabe dieses Amtes, die für die Verwaltungsarbeit im Gebiet Hessen-Pfalz erforderlichen zahlenmäßigen Unterlagen bereitzustellen, die dafür notwendigen statistischen Erhebungen vorzubereiten, durchzuführen und das Erhebungsmaterial in sachgemäßer Weise aufzubereiten. Das Amt wurde dem Oberregierungspräsidenten unmittelbar unterstellt. Alle statistischen Erhebungen durch andere Stellen, soweit es sich nicht um örtlich bzw. sachlich eng begrenzte Erhebungen ohne allgemeine Bedeutung, Geschäftsstatistiken oder von französischen Dienststellen veranlaßte Statistiken handelte, unterlagen einer Genehmigungspflicht. Die Erlaubnis für solche Erhebungen konnte allein das Statistische Landesamt Hessen-Pfalz erteilen, dem bei der Begutachtung der Anträge und der Überwachung der genehmigten Erhebungen ein statistischer Beirat zur Seite stand.

Nachdem im Dezember 1946 eine provisorische Regierung die Leitung des Landes Rheinland-Pfalz treuhänderisch übernommen hatte, wurde am 15. Januar 1947 vom Staatsministerium die Verfügung getroffen, die bisherigen Statistischen Landesämter in Koblenz und Neustadt a. d. W. mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zu einem Landesamt zu vereinigen. Das hiermit gegründete neue Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz wurde nach vorübergehender Eingliederung in das Wirtschafts- und Finanzministerium dem Staatsministerium unterstellt. Die räumliche Vereinigung sollte sobald als möglich durchgeführt werden, zog sich indessen wegen mannigfacher technischer Schwierigkeiten und Rivalitäten zwischen den Gouverneuren der beiden Gebietsteile noch einige Zeit hin. Da sich in Koblenz, wo bis Sommer 1950 die Landesregierung residierte, kein geeignetes Gebäude fand, wurde im nahegelegenen Bad Ems das staatliche Hotel „Das Römerbad“ zum Dienstgebäude be-

stimmt. Am 9. Januar 1948 siedelte die Dienststelle Koblenz und am 16. Februar 1948 die Dienststelle Neustadt a. d. W. nach Bad Ems über, wobei in Neustadt a. d. W. vorübergehend noch ein statistisches Büro für den Verkehr mit den pfälzischen Dienststellen verblieb. Der 16. Februar 1948 ist somit der eigentliche Geburtstag eines einheitlich geleiteten und für das ganze Land zuständigen Statistischen Landesamtes.

Auftrag

Nachdem in den nächsten Jahren die Aufgabenstellung weiterhin im wesentlichen in der durch die Rundverfügung des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz beschriebenen Weise geregelt blieb, wurden durch Erlass der Landesregierung über das Statistische Landesamt und den Statistischen Landesausschuß vom 8. Mai 1956 (MinBl. 1956 Sp. 391)²⁾ die Stellung und die Gesamtheit der Aufgaben für den Statistischen Dienst in Rheinland-Pfalz neu festgelegt. Das Statistische Landesamt verblieb als obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Seine Aufgaben sind in Ziffer 2 des Erlasses festgelegt. Danach hat das Statistische Landesamt

die durch Bundesgesetz angeordneten Statistiken zu erheben und aufzubereiten;

die durch Landesgesetz angeordneten Statistiken (Landesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten und durchzuführen;

die Ergebnisse sowohl der Bundes- als auch der Landesstatistiken auszuwerten, darzutellen und zu veröffentlichen;

solche Statistiken durchzuführen, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Landesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt, falls es damit beauftragt wird;

auf Anforderung der obersten Landesbehörden sonstige statistischen Arbeiten durchzuführen;

Gutachten über statistische Arbeiten zu erstellen und die Behörden in statistischen Angelegenheiten zu beraten;

an der Vorbereitung der Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik mitzuwirken;

das Land im Statistischen Beirat des Bundesamtes zu vertreten;

statistisches Material des In- und Auslandes zum Zwecke der Auskunftserteilung zu sammeln sowie sonstige ihm durch Gesetz oder Verordnung übertragenen Aufgaben durchzuführen.

Organisation und Arbeitsprogramm

Der organisatorische Aufbau des Statistischen Landesamtes ist, von kleineren Wandlungen insbesondere auf dem Gebiet der Zentralen Dienste — Verwaltung, Automatische Datenverarbeitung, Veröffentlichungswesen, Zentralreferat — abge-

¹⁾ Rundverfügung Organisation des Statistischen Dienstes im Gebiet des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz vom 28. 1. 1946, Amtliche Mitteilungen des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz Nr. 8 vom 9. 2. 1946, S. 42.

²⁾ Neufassung von 1968 (Bereinigtes MinBl 1969, Sp. 163) und Ergänzung durch AO. der Landesregierung vom 10. 12. 1971 (MinBl 1971, Sp. 867).

sehen, im Grunde unverändert geblieben. Das Amt ist zur Zeit nach der Aufgabenverteilung in sieben Abteilungen untergliedert:

- Z** Zentrale Aufgaben
- I** Bevölkerung und Kultur
- II** Land- und Forstwirtschaft
- III** Wirtschaft und Verkehr
- IV** Finanzen und Steuern
- V** Sozial- und Bauwesen
- ADV** Automatische Datenverarbeitung

In der Abteilung Zentrale Aufgaben sind alle zentral zu leistenden Dienste des Amtes zusammengefaßt: Personal, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Organisation, Aus- und Weiterbildung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungswesen, Landesinformationssystem und alle amtsinternen zentralen Einrichtungen. In den einzelnen Fachabteilungen werden folgende Statistiken und Aufgaben bearbeitet:

I Bevölkerung und Kultur

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Volks- und Berufszählungen
Mikrozensus (einschl. Zusatzerhebungen)

Gebiets- und Bevölkerungsstand

Feststellung des Gebietsstandes
Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Staatsangehörigkeitsstatistik

Bevölkerungsbewegung

Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (einschl. Statistik der gerichtlichen Ehelösungen)
Wanderungsstatistik

Gesundheitswesen

Statistik der meldepflichtigen Krankheiten
Statistik der aktiven Tuberkulose
Statistik der Geschlechtskrankheiten
Todesursachenstatistik
Statistik der Berufe des Gesundheitswesens
Krankenhausstatistik
Statistik über Pockenschutzimpfungen
Statistik über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz

Schulen

Erhebung an den Grund- und Hauptschulen
Erhebung der Vorschulklassen und Schulkinder-
gärten
Erhebung an den Sonderschulen
Erhebung an den Realschulen
Erhebung an den Gymnasien
Statistik über die Reifeprüfungen
Erhebung an den Einrichtungen des 2. Bildungsweges
Erhebung über den Lehrernachwuchs an Realschulen und Gymnasien
Erhebung an den Berufsschulen
Erhebung an den Berufsfachschulen
Erhebung an den Berufsaufbauschulen
Erhebung an den Fachschulen
Erhebung an den Fachoberschulen
Erhebung über das Personal an den berufsbildenden Schulen
Erhebung über den Lehrernachwuchs an berufsbildenden Schulen
Statistik der Studienseminare für das Lehramt an

Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen

Hochschulen

Studentenstatistik
Statistik über die Prüfungskandidaten
Statistik über das Personal der Hochschulen
Hochschulzugangstatistik (Abiturienten)

Sonstiger Bildungsbereich

Statistik der Ausbildungsförderung
Volkshochschulstatistik
Statistik der Büchereien, Theater, Orchester, Filmtheater, Sportstätten, Kirchen usw.
Statistik über die Erwachsenenbildung

Rechtspflege

Statistiken über Organisation, Personal und Geschäftsanfall der Gerichte
Strafverfolgungsstatistik
Strafvollzugsstatistik
Bewährungshilfestatistik
Mordstatistik

Wahlen

Bundestagswahlen
Landtagswahlen
Kommunalwahlen

II Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftszählung

Haupterhebung (Grund-, Voll- und Repräsentativerhebungen) in der Land- und Forstwirtschaft
Gartenbauerhebung
Weinbauerhebung
Binnenfischereierhebung
Erhebungen über betriebliche Zusammenschlüsse, Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung

Bodennutzung und Ernte

Bodennutzungsvorerhebung (einschl. Feststellung der Betriebsgrößenstruktur)
Bodennutzungshaupterhebung
Bodennutzungsnacherhebung
Gemüsevorerhebung
Gemüsehaupterhebung (einschl. Blumen- und Zierpflanzenerhebung)
Erhebung über die Pflanzenbestände in Baumschulen
Nachprüfung der Bodennutzungsvor- und Bodennutzungshaupterhebung
Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes
Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse und Erdbeeren
Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes
Berichterstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosterträge
Besondere und ergänzende Erntermittlungen für Getreide und Kartoffeln, Feldfrüchte und Grünland, Obst und Weinmost
Erhebung der Weinerzeugung
Erhebung der Weinbestände und Lagerbehälter
Fortschreibung des Weinbaukatasters
Viehwirtschaft
Allgemeine Viehzählung
Viehzwischenzählungen

Nachprüfung der Viehzählungen
Geflügelstatistik
Schlachtungsstatistik
Schlachtgewichtsstatistik
Schlachttier- und Fleischbeschaustatistik
Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

Betriebswirtschaft

EWG-Strukturerhebungen in der Landwirtschaft
Erhebung der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft
Sonstige Statistiken über Schlepper- und Mähdrescherbestand, Düngemittel, Tierseuchen, Molkerieen
Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft

III Wirtschaft und Verkehr

Gewerbliche Wirtschaft

Arbeitsstättenzählungen
Kostenstrukturerhebungen

Industrie

Zensus im Bergbau und in der verarbeitenden Industrie
Unternehmens- und Investitionserhebungen im Bergbau und in der verarbeitenden Industrie
Monatlicher Industriebericht (einschließlich Statistik über den Auftragseingang und -bestand)
Industriebericht für Kleinbetriebe
Zusatzerhebung zum Industriebericht
Erhebung über die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Industrie
Vierteljährliche Produktionserhebung
Monatlicher Produktions-Eilbericht
Fachstatistiken für einzelne Industriezweige
Leder-, Textil-, Holzstatistik

Energie- und Wasserwirtschaft

Zensus in der Energiewirtschaft
Statistik der Elektrizitätsversorgung
Statistik der Gasversorgung
Erhebungen bei den öffentlichen Energieversorgungsunternehmen
Erhebungen über die öffentliche Wasserversorgung und das öffentliche Abwasserwesen

Handwerk

Handwerkszählungen
Vierteljährliche Handwerksberichterstattung
Investitionserhebung im produzierenden Handwerk (ohne Bauhandwerk)

Bauhauptgewerbe

Zensus im Bauhauptgewerbe
Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe
Monatlicher Baubericht (einschl. Statistik über den Auftragseingang und -bestand)
Totalerhebung

Handel und Gastgewerbe

Handels- und Gaststättenzählungen
Einzelhandelsstatistik
Statistik des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes
Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten
Statistiken des Außenhandels und des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin

Verkehr

Statistik der klassifizierten Straßen
Statistik der Gemeindestraßen
Statistik des Personenverkehrs mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln
Statistik der Straßenverkehrsunfälle
Binnenschiffahrtsstatistik
Eisenbahnstatistik
Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes
Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen
Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen
Statistik der Deutschen Bundespost

IV Finanzen und Steuern

Staatsfinanzstatistik

Monatliche Berichterstattung über das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern
Vierteljahresstatistik
Haushaltsrechnungsstatistik
Haushaltsansatzstatistik
Finanzplanungsstatistik
Statistik über das Grundvermögen des Landes
Hochschulfinanzstatistik

Gemeindefinanzstatistik

Monatsstatistik
Vierteljahresstatistik
Haushaltsrechnungsstatistik
Haushaltsansatzstatistik
Finanzplanungsstatistik
Realsteuervergleich
Statistik über die Kreis- und Verbandsgemeindumlagen

Statistik über die Schulden und das Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände
Jährliche Schuldenstatistik
Jährliche Personalstandsstatistik

Finanzausgleich

Berechnung der Schlüsselzuweisungen
Ermittlung der Gewerbesteuerumlage und der Gemeindeeinkommensteuer
Berechnung der Pauschalabgeltungen nach §§ 16 u. 16 a FAG

Unternehmensstatistik

Statistik der Kapitalgesellschaften
Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen

Geld- und Kreditstatistik

Kredit- und Einlagenstatistik
Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute
Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren
Steuerstatistik

Umsatzsteuerstatistik

Lohnsteuerstatistik (einschl. Lohnsteuererlegungsstatistik)
Einkommensteuerstatistik
Körperschaftsteuerstatistik
Ermittlung der Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommensteuer
Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik
Erbchaftsteuerstatistik
Gewerbesteuerstatistik (einschl. Lohnsummensteuerstatistik)
Statistik der Einheitswerte des Grundvermögens

Statistik der Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens
Statistik der Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte

V Sozial- und Bauwesen

Preise

Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise
Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Statistik der Verbraucherpreise (Lebenshaltungskosten)
Statistik der Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe
Statistik der Baupreise
Statistik der Baulandpreise
Statistik der Ein- und Ausfuhrpreise
Statistik der Preise für Handwerkerleistungen

Wirtschaftsrechnungen

Erhebungen in ausgewählten Arbeitnehmerhaushaltungen
Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Löhne und Gehälter

Verdienststatistik in Industrie und Handel
Verdienststatistik im Handwerk
Verdienststatistik in der Landwirtschaft
Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten
Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsreich

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik der Sozialhilfe
Statistik der Kriegsopferfürsorge
Statistik der öffentlichen Jugendhilfe
Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung
Statistik der Erziehungsberatung
Kindergarten-Jahresbericht
Erhebung über freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung
Verzeichnis Anstalten und Heime

Bautätigkeit und Wohnungen

Gebäude- und Wohnungszählungen
Wohnungsstichproben
Statistik der Baugenehmigungen
Statistik der Baufertigstellungen
Statistik des Bauüberhangs
Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau
Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
Fortschreibung des Wohnungsbestandes
Wohngeldstatistik

Dieser Katalog enthält nicht die auf den Einzelstatistiken beruhenden Auswertungen, wie sie beispielsweise der Index der Industriellen Produktion oder die verschiedenen Preisindizes darstellen, die meist überhaupt erst eine sinnvolle Interpretation des wirtschaftlichen Geschehens ermöglichen. Als modernstes Aufgabengebiet soll in diesem Zusammenhang die Zusammenfassung und Auswertung der Einzelstatistiken im Rahmen der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen und Prognosen genannt sein, deren Ausbau in diesem Jahr abgeschlossen wird.

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wurden bisher schon Produktion (Bruttoproduktionswerte, Vorleistungen, Bruttoinlandsprodukt), Einkommensentstehung (Bruttoinlandsprodukt, Abschreibungen, indirekte Steuern, Subventionen, Nettoinlandsprodukt) und das Bruttoinlandsprodukt der Stadt- und Landkreise ermittelt. Hinzu kommen künftig in der Verteilungsrechnung Einkommensverteilung (Nettoinlandsprodukt, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Volkseinkommen) und Einkommensumverteilung (Volkseinkommen, indirekte Steuern, direkte Steuern, laufende Übertragungen, Subventionen, verfügbares Einkommen) sowie in der Verwendungsrechnung Einkommensverwendung (verfügbares Einkommen, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Ersparnis) und Vermögensveränderung (Ersparnis, nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, Vermögensübertragungen, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderungen).

Darüber hinaus wurden in der jüngsten Zeit bereits erste Ergebnisse einer Produktivitätsstatistik und eines regionalisierten Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose erarbeitet. Zunehmendes Gewicht werden in der Zukunft gesamtwirtschaftliche Projektionen haben, denen sich die amtliche Statistik nicht verschließen kann und will.

Das statistische Arbeitsprogramm richtet sich im wesentlichen nach dem bundeseinheitlichen Aufgabengebiet der amtlichen Statistik. Was die genaue Darstellung der einzelnen Statistiken hinsichtlich Rechtsgrundlage, Periodizität, Auskunftspflicht, Berichtsweg, Tabellenprogramm usw. anbetrifft, sei der interessierte Leser auf die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ verwiesen¹⁾. Selbst eine kursorische Beschreibung der Tatbestände für das gesamte statistische Programm würde den Rahmen dieses Beitrages weit überschreiten, ganz abgesehen davon, daß es sich praktisch nur um eine Wiederholung des an anderer Stelle Gesagten handeln könnte. Die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik in Deutschland von der gleichen Institution herausgegebenen Schriften „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 — 1972“ und „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“¹⁾ stellen eine wertvolle Ergänzung der oben erwähnten Publikation dar. Sie behandeln die Entwicklung des amtlichen statistischen Arbeitsprogramms von den Anfängen bis heute bzw. die besonderen Probleme der amtlichen Statistik in Gegenwart und Zukunft.

Über das statistische Arbeitsprogramm hinaus wurden dem Statistischen Landesamt bereits frühzeitig andere Verwaltungsaufgaben übertragen, teilweise deshalb, weil das Amt über Jahre hinweg die einzige Landesbehörde war, die über Datenverarbeitungsanlagen und hierfür geschultes Personal verfügte. Durch Erlass der Landesregierung übt der Präsident des Statistischen Landesamtes seit

¹⁾ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Mainz 1971; Bevölkerung und Wirtschaft 1872 — 1972, Mainz 1972; Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik, Mainz 1972 (alle Verlag W. Kohlhammer).

1948 bei allen Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen die Funktion des Landeswahlleiters aus. Dem Landeswahlleiter und seinem Stellvertreter obliegen dann die ordnungsgemäße Vorbereitung und gesetzmäßige Durchführung der Wahlen. Schon bald trafen hierzu die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs und die Natural- (Holznutzungs-)rechnung für die Landesforstverwaltung. Im Zuge der fortschreitenden Verwaltungsautomation übernahm das Amt die Berechnung, Bescheidschreibung und Abrechnung des Wohngeldes und die Erstellung der Landeshaltsrechnung. Anfang 1970 wurde mit der Entwicklung eines Verfahrens zur maschinellen Leistungserfassung und -abrechnung der Krankenanstalten begonnen. Dieses Projekt ist inzwischen realisiert und in einem Versuch mit mehreren Modellanstalten getestet. Damit konnte Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland den Krankenanstalten des Landes ein einheitliches EDV-Verfahren zur Abrechnung der stationären und ambulanten Leistungen anbieten. Im Spätsommer 1972 begannen die Arbeiten an der Konzeption eines automatischen Verfahrens für die einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in den Krankenhäusern als eine weitere Ausbaustufe eines „Krankenhausinformationssystems“. Im Zusammenhang mit diesem Bund/Länder-Projekt ist es Rheinland-Pfalz erstmals gelungen, die Förderung eines Vorhabens der Datenverarbeitung durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft nach dem 2. DV-Förderungsprogramm zu erreichen.

Mit zunehmender Verwaltungsautomation kön-

nen in einem gewissen Ausmaß an die Stelle eigener statistischer Erhebungen sekundärstatistische Aufbereitungen treten, weil eine automatisierte Verwaltungsaufgabe als Nebenprodukt — auf Lochkarte oder Magnetband — zeitnahes statistisches Ausgangsmaterial liefert. Dies wird z. B. in absehbarer Zeit der Fall sein, insbesondere bei Bevölkerungsstatistiken durch die Automation des Einwohnermeldewesens und bei Finanz- und Steuerstatistiken durch die Automation des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und die Steuererhebung und -veranlagung. Darüber hinaus bietet die Automation von Verwaltungsaufgaben der amtlichen Statistik insofern eine große Chance ihr Informationsangebot zu vergrößern, als die automatisierten Verwaltungsvorgänge Basismaterial der statistischen Bearbeitung zugänglich machen, das sich bisher dem „Zugriff“ der Statistik entzog. Unabdingbare Voraussetzungen sind natürlich der Auftrag an die Statistik und ihre rechtzeitige Beteiligung.

Die im Zuge der maschinellen Bearbeitung von Verwaltungsaufgaben erfaßten und gespeicherten Daten können jedoch erst als Informationen Parlament und Regierung bei Planungen und politischen Maßnahmen Entscheidungshilfen sein, wenn eine systematische Auswertung und Analyse durch Einsatz des wissenschaftlichen Instrumentariums der Statistik erfolgt. Diese Wechselwirkung und Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsautomation und Statistik stellt das zentrale Problem der gesamten amtlichen Statistik dar.

Personal und technische Einrichtungen

Personal

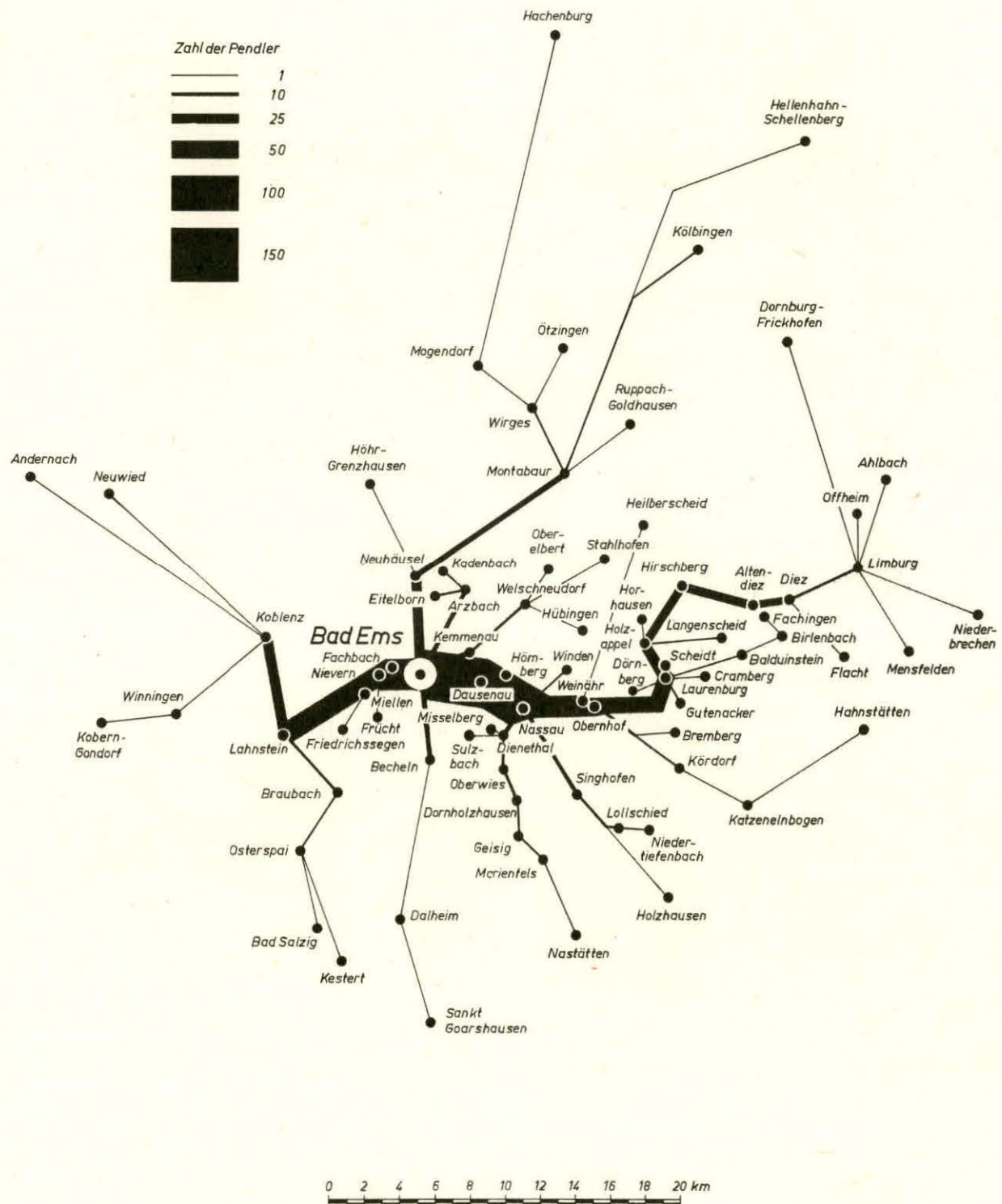
Eng verbunden mit dem Wandel der Aufgaben entwickelten sich auch Arbeitsstil und -methoden. In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, der jegliche Kontinuität im staatlichen Leben unterbrochen hatte, stand, wie alle Zweige der öffentlichen Verwaltung, auch das Statistische Landesamt vor der Aufgabe, mit einem unzulänglichen Apparat wenigstens den dringlichsten Tagesanforderungen gerecht zu werden. Nach der örtlichen Vereinigung machte der weitere Aufbau des Amtes in organisatorischer, technischer und personeller Hinsicht rasche Fortschritte, so daß es in der Lage war, weitere umfangreiche Aufgaben zu bewältigen. Die quantitative und qualitative Vermehrung der laufenden und die Bewältigung der immer wieder neu aufzunehmenden Aufgaben führten in den vergangenen 25 Jahren einerseits zu einer starken Erhöhung des Personalstandes, andererseits zu einem Ausbau der maschinellen Ausrüstung, sowohl auf dem Aufbereitungs- als auch dem Veröffentlichungssektor.

Das Amt beschäftigt zur Zeit (Stand 1. Februar 1973) 29 Beamte, 309 planmäßige Angestellte und 10 Arbeiter. Hinzu kommen noch 159 Angestellte

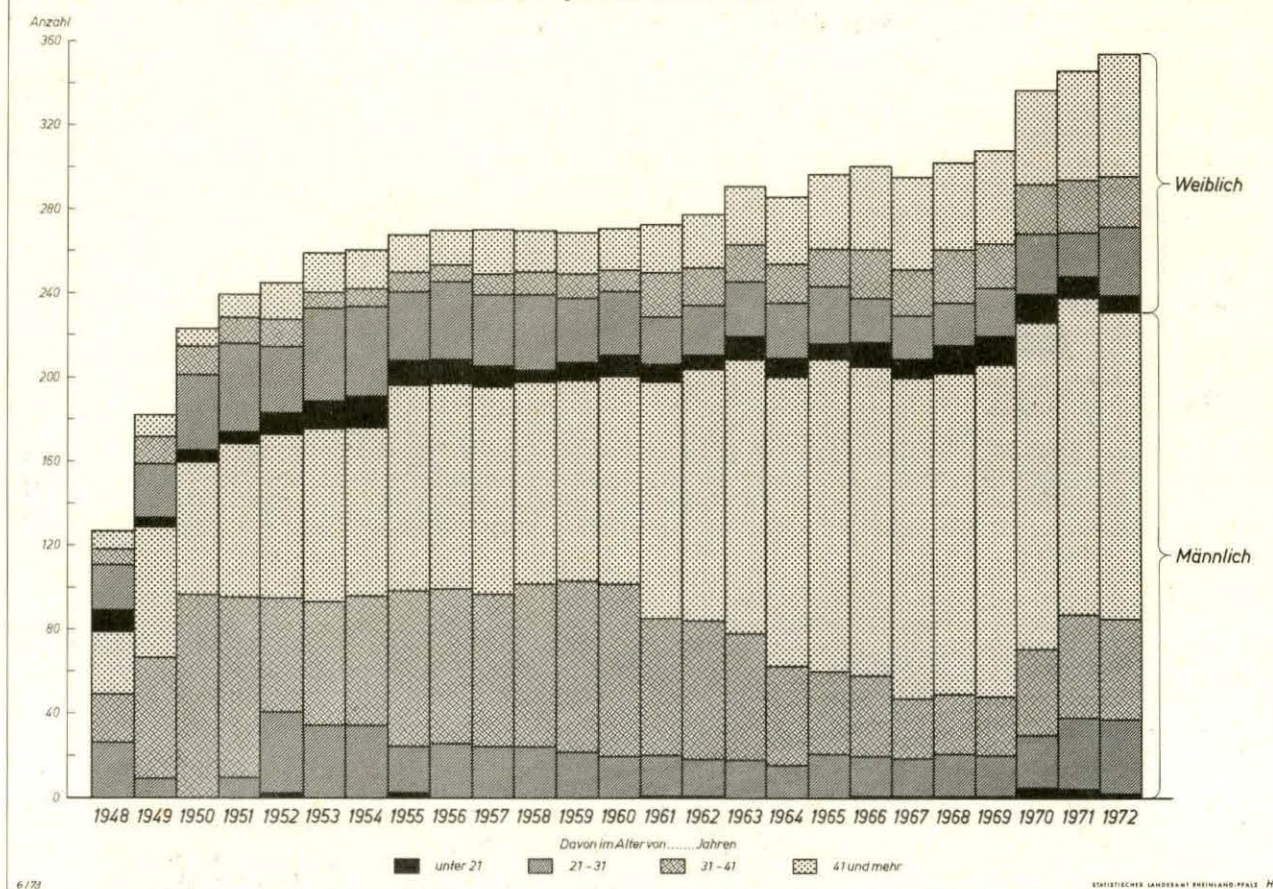
mit befristeten Arbeitsverträgen (sog. Zeitanestellte) und 48 Halbtagskräfte. 1949 waren es 9 Beamte, 131 Planangestellte, 124 Zeitanestellte und 10 Arbeiter. Eine fortdauernde periodische Auf- und Abwärtsbewegung in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl hat ihre Ursache in den zur ständigen Einrichtung gewordenen sogenannten Sondererhebungen, für deren Abwicklung vorübergehend auf längere oder kürzere Zeit Aushilfskräfte eingestellt werden müssen. Der Amtssitz in Bad Ems wirft personalpolitische Probleme besonderer Art auf. Nur etwas mehr als zwei Fünftel der Mitarbeiter wohnen nämlich unmittelbar in Bad Ems. Faßt man jedoch die Beschäftigten für die Verbandsgemeinde Bad Ems — Arzbach, Bad Ems, Becheln, Dausenau, Fachbach, Frucht, Kemmenau, Miellen, Nievern — zusammen, ist es bereits fast die Hälfte. Die andere Hälfte des Personals kommt aus anderen Gemeinden des Rhein-Lahn-Kreises oder angrenzender Kreise, worunter insbesondere Nassau, Koblenz, Lahnstein und Diez hervorzuheben sind. Das Einzugsgebiet des Statistischen Landesamtes, dessen Radius etwa 50 km beträgt, reicht von Hachenburg im Norden bis Sankt Goarshausen im Süden und von Andernach/Koborn-Gondorf im Westen bis Limburg/Niederbrechen im Osten.

Einzugsbereich des Statistischen Landesamtes 1973

Tagespendler



Planmäßiges Personal des Statistischen Landesamtes nach Altersgruppen und Geschlecht
1948-1972 jeweils am 31. Dezember



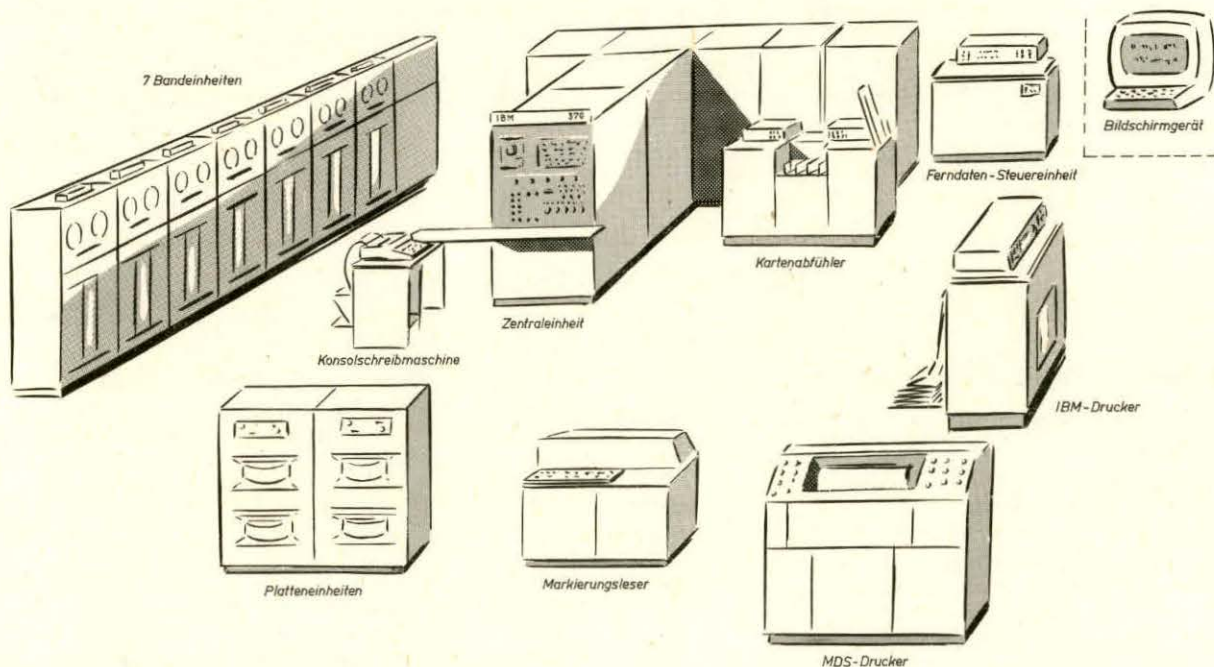
Datenverarbeitungsanlagen

Parallel zur personellen Ausstattung des Amtes verlief die ständige Verbesserung der maschinellen Ausrüstung. Neben den Fortschritten im Bestand an einfachen Rechenmaschinen — bis zum sogenannten Tischcomputer — war die Entwicklung von der mechanischen Lochkartenmaschine zur modernsten elektronischen Datenverarbeitungsanlage für das Amt und seine Aufgabenabwicklung von entscheidender Bedeutung. Die ersten Lochkartenmaschinen wurden den beiden Ämtern in Koblenz und Neustadt a.d. W. im Jahre 1946 von der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh. leihweise zur Verfügung gestellt; bei der gleichen Firma erfolgte anfangs auch die Ausbildung des Bedienungspersonals. Im Januar 1947 lieferte die Deutsche Hollerith-Maschinen-Gesellschaft, die heutige IBM-Deutschland, die ersten durch das Amt angemieteten Maschinen, und zwar handelte es sich hierbei um Loch-, Prüf-, Sortier- und Tabelliermaschinen. Bis 1952 erfuhr diese Anlage eine Erweiterung auf 3 Tabelliermaschinen IBM 450 und 3 Sortiermaschinen IBM 080. 1951 konnte bereits eine alphabetschreibende Tabelliermaschine IBM 404 installiert werden, die im Gegensatz zu den bisher eingesetzten Tabelliermaschinen keine starre Schreibwerkseinteilung besaß, wodurch es möglich war, mit der Erstellung von

Reinschrifttabellen für die Veröffentlichungen zu beginnen.

Bestand die Entwicklung der maschinellen Datenverarbeitungsanlagen bis dahin im wesentlichen in einer rein quantitativen Vermehrung, so war ab 1954 eine bedeutende Steigerung der Leistungskapazität durch die Umstellung auf höherwertige und neuartige Typen zu verzeichnen. Statt der nur numerische Angaben registrierenden und sowohl numerische als auch alphabetische Angaben schreibenden Tabelliermaschinen auf mechanischer Basis wurden jetzt mit Hilfe von Elektronenröhren arbeitende Anlagen verwendet. Die Umstellung des in der Hauptsache aus zwei alphabetschreibenden Tabelliermaschinen IBM 421 und einer elektronischen Statistikmaschinen IBM 101 bestehenden Maschinenparks wurde erst 1958 nach Erweiterung um einen elektronischen Rechenstanzer IBM 604 abgeschlossen. Diese Maschinenkonfiguration war neben der Durchführung von Fallzählungen auch für maschinelle Prüfungen zu verwenden. Die Durchführung einfacher Signier- und Plausibilitätskontrollen bot der statistischen Aufbereitungstechnik erstmals die Chance, das Zahlenmaterial vor Durchführung der Tabellierung zu überprüfen und zu bereinigen, was insbesondere für die Erstellung von Reinschrifttabellen von Bedeutung

EDV-Ausstattung des Statistischen Landesamtes



28/75

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 8

war. Rechtzeitig zur Volkszählung 1961 kam die elektronische Datenverarbeitungsanlage IBM 1401 auf den Markt, deren Ausrüstung für die statistische Aufbereitungstechnik besonders geeignet war. Im Jahre 1961 wurde die erste Anlage, eine zweite ein Jahr darauf eingesetzt. Damit war das Statistische Landesamt die erste staatliche Behörde in Rheinland-Pfalz, die Massenarbeiten auf dem Verwaltungssektor mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage durchführte.

Im Jahre 1966 begannen Untersuchungen über den Einsatz einer neuen, leistungsfähigeren Datenverarbeitungsanlage im Hinblick auf die laufende Ausweitung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik — insbesondere auf das Zählungswerk 1970 — und die Übernahme von Verwaltungsaufgaben anderer Dienststellen. Die Kapazität der IBM 1401-Anlagen reichte für die Durchführung der statistischen Großzählungen und zusätzlichen Arbeiten nicht mehr aus. Das Ergebnis dieser gemeinsam mit allen Statistischen Ämtern des Bundesgebietes durchgeführten Untersuchung war die Installation eines IBM Systems/360 Modell 30 Anfang 1968. Infolge des weiter anwachsenden Arbeitsprogramms und des Einsatzes eines Beleglesers IBM 1288 zur Datenerfassung bei der Volks- und Berufszählung 1970, der in der Lage war, Markierungen, maschinen- und handgeschriebene Zeichen aus Belegen der Größe DIN A 4 zu lesen, mußte Mitte 1970 eine weitere Datenverarbeitungsanlage IBM 360-25 installiert werden. Verbunden mit dem Aufbau einer Statistischen Datenbank und der geplanten Integration innerhalb eines Landes-

informationssystems wurde abermals eine Ausweitung der Maschinenkapazität notwendig, so daß im Oktober 1972 eine Datenverarbeitungsanlage IBM 370-145 eingerichtet werden mußte. Am 1. Februar 1973 waren somit folgende Maschinen auf dem Datenverarbeitungssektor im Einsatz:

- 1 EDV-Anlage IBM 370-145;
zu dieser Konfiguration gehören: eine Zentraleinheit mit 384 k (3145), ein Konsuldrucker (3215), zwei Plattenspeicher (3330), sieben Bändeinheiten (3420), ein Drucker (1403), ein Kartenabföhrer (2540) und ein Markierungsleser (1231); für das „Teleprocessing“ im Rahmen des Landesinformationssystems sind noch folgende Einheiten verfügbar: eine Ferndatensteuereinheit (2701), eine Ferndateneinheit/Drucker (2780), eine Bildschirmeinheit (2265) und ein Drucker zum Bildschirm (1053).
- 1 MDS programmgesteuerter Off-Line-Drucker mit zugehöriger Bändeinheit (2501)
- 27 Locher (IBM 24, 26, 29)
- 22 Prüfer (IBM 56, 59)
- 5 Data-Recorder zur Datenübernahme auf Magnetband (MDS 6401/02).

Druckerei- und Reproduktionsanlagen

Das umfangreiche Veröffentlichungsprogramm des Amtes in Form von Statistischen Berichten, Statistischen Monatsheften, Quellenbänden der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz, Statistischen Jahrbüchern, Taschenbüchern und die Erledigung von Sonderaufträgen, insbesondere der Ausdruck von Erhebungs- und Aufbereitungsunterlagen,

führte auch zu einer ständigen Erweiterung und Verbesserung der Druckerei- und Reproduktionsanlagen des Amtes. Dem Ausbau dieser Anlagen lagen Überlegungen mit dem Ziele zugrunde, Haushaltsmittel für den Formblattbedarf und die Publikationen einzusparen. Gerade die letzteren würden bei Herstellung außerhalb des Hauses unverhältnismäßig hohe Satz- und Druckkosten erfordern. Bei Selbstanfertigung können außerdem besondere Gestaltungswünsche, wie sie gerade bei statistischen Veröffentlichungen auftreten, berücksichtigt werden.

Die Druckerei des Amtes verfügt zur Zeit (1. Februar 1973) über drei Rotaprintmaschinen (zwei für DIN A 3 Format, eine für DIN A 2 Format), eine Papierschnidemaschine, eine Buchbindereiausrüstung, das Reproduktions- und Fotolabor über zwei Kameras der Fabrikate „Klimsch-Horika“ und „Idek“ (für Verilithverfahren) sowie die dazugehörigen Einrichtungs- und Belichtungsgeräte. Außerdem stehen drei Fotokopiergeräte, denen eine Druckmaschine Rotaprint DIN A 4 angegliedert ist, zur Verfügung.

Darbietung und Auswertung

Allgemeiner Trend

Mit den Änderungen in der technischen Ausstattung des Amtes vollzog sich ein durchgreifender Wandel im Darbietungsprogramm. Während in den ersten Jahren noch zahlreiche Einzelveröffentlichungen in unregelmäßiger Erscheinungsfolge und mit sehr unterschiedlichem äußeren Bild herausgegeben wurden, kristallisierte sich ziemlich bald ein fester Rahmen für bestimmte Veröffentlichungsreihen heraus, der sich — von kleineren Modifizierungen abgesehen — bis zum heutigen Tage bewährt hat. Da mit steigender Kapazität der Datenverarbeitungsanlagen auch die Möglichkeit, die statistischen Merkmale immer tiefer zu gliedern und umfangreicher darzustellen, zunahm, war es schon bald nicht mehr möglich, alle Ergebnisse in der herkömmlichen Form und Technik zu veröffentlichen. Die Folge war, daß in zunehmendem Maße maschinell geschriebene Tabellen bzw. Tabellenteile für die Veröffentlichung erstellt werden mußten.

Darüber hinaus gewann die Nachfrage nach Regionaldaten an Bedeutung, die ebenfalls den üblichen Rahmen der Veröffentlichungen sprengten. Gleichzeitig richteten sich die Wünsche der Konsumenten stärker auf sachbezogene Querschnittsveröffentlichungen. Mit Hilfe der Datenbank des Landesinformationssystems ist es künftig möglich geworden, die Anforderungen von Daten in jeder beliebigen regionalen und fachlichen Gliederung individuell und in sehr kurzer Zeit zu erfüllen. Folge dieser Entwicklung wird eine Umgestaltung des traditionellen Veröffentlichungsprogramms sein.

Kurzfristige Berichterstattung

Das Veröffentlichungsprogramm des Amtes ist im wesentlichen nach der Fristigkeit der Ergebnisse und deren Umfang gegliedert. Der Schnellinformation dienen die *Statistischen Berichte*, die erstmals im Jahre 1950 herausgegeben wurden, damals unter dem Titel *Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz*, der Mitte der 50er Jahre im Zug der Vereinheitlichungstendenzen im Veröffentlichungswesen des Statistischen Landesamtes geändert wurde. Sie enthalten die jeweils neuesten Ergebnisse von periodischen Sta-

tistiken und die ersten Resultate von nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Großzählungen, deren Aufbereitung sich wegen ihres Umfangs über einen längeren Zeitraum erstreckt. Zur Zeit umfaßt das periodische Programm der Statistischen Berichte rund 70 Einzelreihen. Wegen ihres meist nur geringen Umfangs benötigen die Statistischen Berichte nur eine kurze Herstellzeit, so daß nach Aufbereitung der jeweiligen monatlichen, vierteljährlichen oder jährlichen Ergebnisse eine umgehende Veröffentlichung gewährleistet ist. Entsprechendes gilt für die Vorwegergebnisse von Großzählungen.

Als zweiter Träger der kurzfristigen Berichterstattung sind die *Pressemittelungen* zu nennen, die seit Ende 1970 regelmäßig an alle Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen des Landes gegeben werden, und über die Kommunikationsmedien die breite Öffentlichkeit fast täglich über neueste Resultate aus der Produktionsstätte der amtlichen Statistik in Bad Ems unterrichten.

Mittelfristige Berichterstattung

Wichtigster Bestandteil der mittelfristigen Berichterstattung des Amtes sind die *Statistischen Monatshefte*. Das erste Exemplar erschien im April 1948 als *Wirtschaftszahlen des Landes Rheinland-Pfalz* und enthielt „für den inneren Dienstgebrauch“ allgemeine Übersichten und grundlegende Zahlen aus allen Gebieten der Statistik mit einer Gegenüberstellung der monatlich anfallenden Ergebnisse und derjenigen des Vormonats und Vorjahresmonats. Die Schwerpunkte der Ergebnisse bezogen sich damals zeitgemäß auf Ernährungsstatistiken (Zuteilungen für Normalverbraucher, Kaloriensätze u. ä.), Interzonenhandel und Arbeitsmarkt. Als Ergänzung hierzu erschienen die Statistischen Vierteljahresberichte mit ausführlicheren Darstellungen von Quartalsergebnissen.

In Anlehnung an die Vereinbarungen des Arbeitskreises „Veröffentlichungen“ wurde die Reihe *Wirtschaftszahlen des Landes Rheinland-Pfalz* 1956 in *Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz* umbenannt, der im Jahre 1958 als Anhang in die neueröffnete Reihe der Statistischen Monatshefte einging. Seitdem werden in dieser Reihe aktuelle statistische Ergebnisse dargestellt und kommentiert, wobei

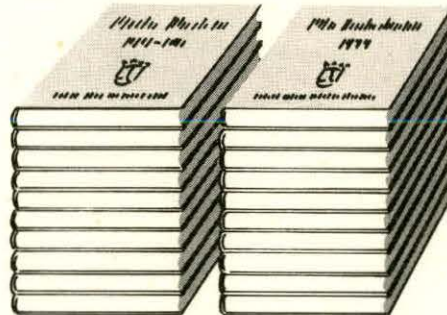
Produktion von Veröffentlichungen

1948
255 Tsd.
Druckseiten



9 Hefte Wirtschaftszahlen
3 Vierteljahresberichte
2 Hefte Kleine Schriftenreihe
1 Band Statistik von Rheinland-Pfalz
80 Mitteilungen (Statistische Berichte)
5 Einzelschriften

1972
2,5 Mill. Druckseiten



12 Statistische Monatshefte
12 Bände Statistik von Rheinland-Pfalz
400 Statistische Berichte
4 Verzeichnisse (Schulen, Gemeinden)
1 Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik
4 Einzelschriften, zum Teil als Auftragsarbeit
(Landeshaushaltsrechnung, Krankenhaus-
informationssystem, Benutzerhandbuch LIS)
164 Pressemitteilungen

14/73

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

größtmöglicher Wert auf eine aktualitätsbezogene Auswahl der Themen gelegt wird.

Längerfristige Berichterstattung

Kernstück der längerfristigen Berichterstattung bilden die Quellenbände der Reihe *Statistik von Rheinland-Pfalz*. Der erste Band dieser Reihe mit Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1946 erschien Ende 1949. Inzwischen ist diese Reihe auf rund 250 Bände angewachsen. Daneben war Anfang 1949 die sogenannte *Kleine Schriftenreihe* eröffnet worden, in welche die Ergebnisse von Statistiken geringeren Umfangs eingingen. Mit zunehmendem Umfang auch dieser anfangs kleinen Statistiken wurde die Reihe 1957 eingestellt. Eingegliedert in die Reihe *Statistik von Rheinland-Pfalz* wurden Anfang der 50er Jahre auch die zunächst selbständigen *Schriften zu Wahlen und zur Wahlrechtsreform*, die in den ersten Jahren des Bestehens des Amtes breiten Raum im Veröffentlichungsprogramm einnahmen.

Die Reihe *Statistik von Rheinland-Pfalz* bringt in Einzelbänden die Ergebnisse der Sondererhebungen, soweit sie nicht ihres geringen Umfangs wegen in Statistischen Berichten oder in den Statistischen Monatsheften Platz finden, sowie die zusammengefaßten Ergebnisse laufender Erhebungen. Im Rahmen dieser Reihe erscheinen ferner in unregelmäßigen Zeitabständen, jedoch stets im Anschluß an eine Volkszählung, die Gemeindestatistik sowie das amtliche Gemeindeverzeichnis und das Wohnplatzverzeichnis. Außerdem können gelegentlich auch Sonderveröffentlichungen in

diese Reihe aufgenommen werden, wie sie beispielsweise Band 172 „Territorialverhältnisse der Gemeinden in Rheinland-Pfalz von 1789 bis zur Bildung des Landes“ darstellt.

Wie umfangreich und detailliert infolge der tieferen Gliederung und der durch die elektronische Datenverarbeitung geschaffenen Möglichkeit zur beliebigen Kombination der einzelnen Merkmale inzwischen das Angebot an statistischen Daten in dieser Reihe ist, zeigt ein Vergleich der Zahlen aus den Volks- und Berufszählungen von 1946, 1950, 1961 und 1970. Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1946 beanspruchten einschließlich der Gemeindeergebnisse nur etwas mehr als 250 Seiten, die Zählung von 1950 wurde immerhin auf 1400 Seiten untergebracht, diejenige von 1961 erforderte bereits 1900 Seiten und die Quellenbände mit Ergebnissen der jüngsten Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 werden — von zusätzlichen Heften in Form von Statistischen Berichten einmal abgesehen — zusammen mehr als 3 500 Seiten Zahlenmaterial bieten.

Zur längerfristigen Berichterstattung zählen auch das *Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik*, das *Statistische Jahrbuch* und *Rheinland-Pfalz im Spiegel der Statistik*. Das erstgenannte Taschenbuch erscheint seit 1953 jährlich als Nachschlagewerk über die statistischen Ergebnisse der Finanz- und Steuerstatistiken. Im alle zwei Jahre herausgegebenen Statistischen Jahrbuch für Rheinland-Pfalz wird dem Benutzer ein Tabellenwerk mit Daten aus allen Sachgebieten der Statistik geboten. Das erste Jahrbuch erschien Ende 1949, damals

unter dem Titel Jahresergebnisse der Statistik 1948 in Rheinland-Pfalz. Zu längerfristigen Berichterstattung rechnet auch Rheinland-Pfalz im Spiegel der Statistik, eine erstmals 1968 herausgegebene Sonderveröffentlichung, die höchstens alle zehn Jahre überarbeitet und neu aufgelegt werden soll. Sie vereinigt das Material der zahlreichen Einzelstatistiken in einer geschlossenen, dem wirtschaftlichen Kreislauf folgenden Darstellung und bietet es an in einer allgemein verständlichen textlichen Interpretation, welche von Schaubildern und Tabellen ergänzt wird.

Landesinformationssystem (LIS)

Die den herkömmlichen Veröffentlichungen gesetzten Schranken, aber auch der Zwang zu mehr und besseren Informationen führte zur Entwicklung von Informationssystemen, deren Effizienz maßgeblich durch die Leistungsfähigkeit der Automatischen Datenverarbeitung bestimmt wird. Parlament, Regierung und Verwaltung stützen sich in zunehmendem Maße bei der Entwicklung und Verwirklichung politischer Zielsetzungen auf fundierte Planungen. Sie benötigen hierzu umfassendes, aktuelles und verlässliches Grundlagenmaterial, das auch Gesamtzusammenhänge aufzeigt. Ein steigendes Nutzungsbedürfnis ist aber auch bei der Wirtschaft und ihren Verbänden, den Sozialpartnern und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie der Wissenschaft zu spüren. Symptomatisch dafür ist, daß man heute kaum eine Tageszeitung, geschweige denn eine Fachzeitschrift öffnen kann, ohne nicht irgendeinen Hinweis zu finden, daß irgendwo ein Informationssystem mit einer Datenbank aufgebaut werden soll (Management-Informationssysteme, Krankenhausinformationssysteme, Kommunale Informationssysteme, Verkehrsdatenbanken, Umwelt-Planungsinformationssysteme etc.). Einen großen Teil dieses Informationsbedarfs kann nur das Statistische Landesamt befriedigen, das den hiermit befaßten Stellen bessere Entscheidungshilfen geben muß. Das Zahlenmaterial der amtlichen Statistik muß zu diesem Zweck transparenter gemacht und durch entsprechende Daten aus den Geschäftsstatistiken der Ressorts ergänzt werden. Durch Einbeziehung und Zusammenfassung all dieser Daten in einer Datenbank wird ihre einheitliche Aufbereitung und allgemeine Verfügbarkeit garantiert. Verbunden mit dem Aufbau einer statistischen Datenbank, in der Daten für Zwecke des Parlaments, der Landesregierung und anderer Konsumenten im direkten Zugriff zur Verfügung gehalten werden, und der fortschreitenden Verwaltungsautomation, ergab sich als neueste Zielsetzung der Aufbau eines integrierten Landesinformationssystems.

Obwohl die Begriffe Datenbank und Informationssystem meist synonym gebraucht werden, besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen ihnen: Unter einer Datenbank verstehen wir eine Zusammenfassung aller Datenelemente eines Informationsbereiches zu Dateien (z. B. Schuldfile, Pendlerdatei). Das Charakteristische eines Informationssystems besteht dagegen darin, die Elemente einer Datenbank so miteinander zu verknüpfen,

daß neue problemorientierte Informationen entstehen (z. B. Aggregation von Daten, Bildung von Relationen etc.). Anders ausgedrückt: Aufgabe eines Informationssystems ist es, Informationen nach Maß, das heißt die auf den jeweiligen Empfänger genau zugeschnittene Informationen jeweils bei Bedarf auf Abruf zu liefern.

Im Mai 1971 erteilte die Landesregierung den Auftrag zur Errichtung eines integrierten Landesinformationssystems (LIS) beim Statistischen Landesamt in Bad Ems. Dieses ist ein weitgestecktes Ziel, das erheblich über den Rahmen der unter dem Begriff „Statistische Datenbank“ gemeinhin verstandenen Konzeptionen hinausgeht. Von der Datenbasis her gesehen sollen nicht nur Daten aus der amtlichen Statistik, sondern darüber hinaus Ressortstatistiken (Hauptübersicht der Liegenschaften, Schlüsselzuweisungen, vierteljährliche Gemeindefinanzstatistik) und Daten anderer Fachdatenbanken des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Eine Orientierung am Informationsbedarf bedeutet aber auch, die gespeicherten Daten durch geeignete Programme zur Verarbeitung und Darstellung in der gewünschten Form zu präsentieren. Im Zuge des stufenweisen Aufbaues soll das LIS deshalb folgende Forderungen erfüllen können:

- (1) Kurzfristige Abrufmöglichkeit
- (2) Beliebige Kombinierbarkeit der vorhandenen Daten
 - sachlich (Bevölkerung/Fläche)
 - räumlich (Gemeinde/Landkreis)
 - zeitlich (Jahr/Vorjahre)
 - durch formelhafte Verknüpfung (Grundrechenarten)
- (3) Darstellung in wählbaren Tabellenschemata
- (4) geographische Darstellung durch thematische Karten
- (5) Fortschreibung der Daten auf den neuesten Gebietsstand
- (6) Korrelations-, Regressions- und Varianzanalysen
- (7) Input-, Output-, Faktoren- und Zeitreihenanalysen
- (8) Lineare Programmierung
- (9) Extrapolationen
- (10) ökonomische Prognoseverfahren
- (11) Sonderauswertungen für Wahlen
- (12) Datenaustausch durch Computerverbund mit anderen Fachdatenbanken.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Vielzahl von Anforderungen an das LIS nur durch einen stufenweisen Aufbau erreicht werden kann. Für die Verwirklichung der Teilziele ist folgender Zeitplan vorgesehen.

Ausbaustufe I

Phase 1:

Die Zielsetzung der Phase 1, nämlich der Aufbau einer Banddatenbank ist inzwischen realisiert. Mittels vier Abrufprogrammen sind heute bereits 5 000 Merkmale aus dem Bereich der amtlichen Statistik abrufbar. Die gewünschten Daten können

So werden unsere Veröffentlichungen hergestellt:



Tabellen schreiben



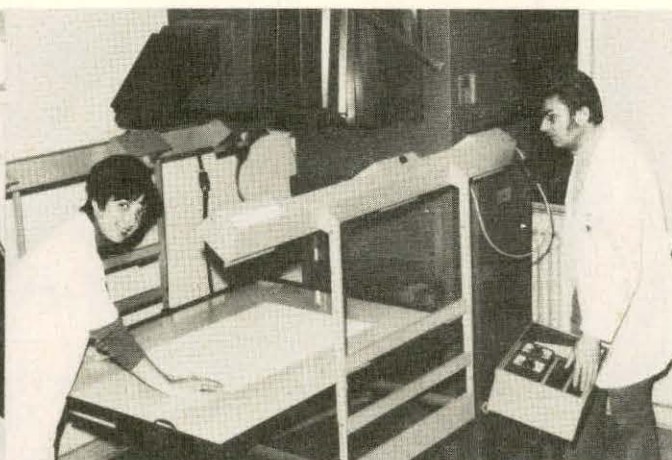
Zeichnen



Fotografieren



Folien herstellen



Fotografieren (Verilith - Verfahren)



Drucken

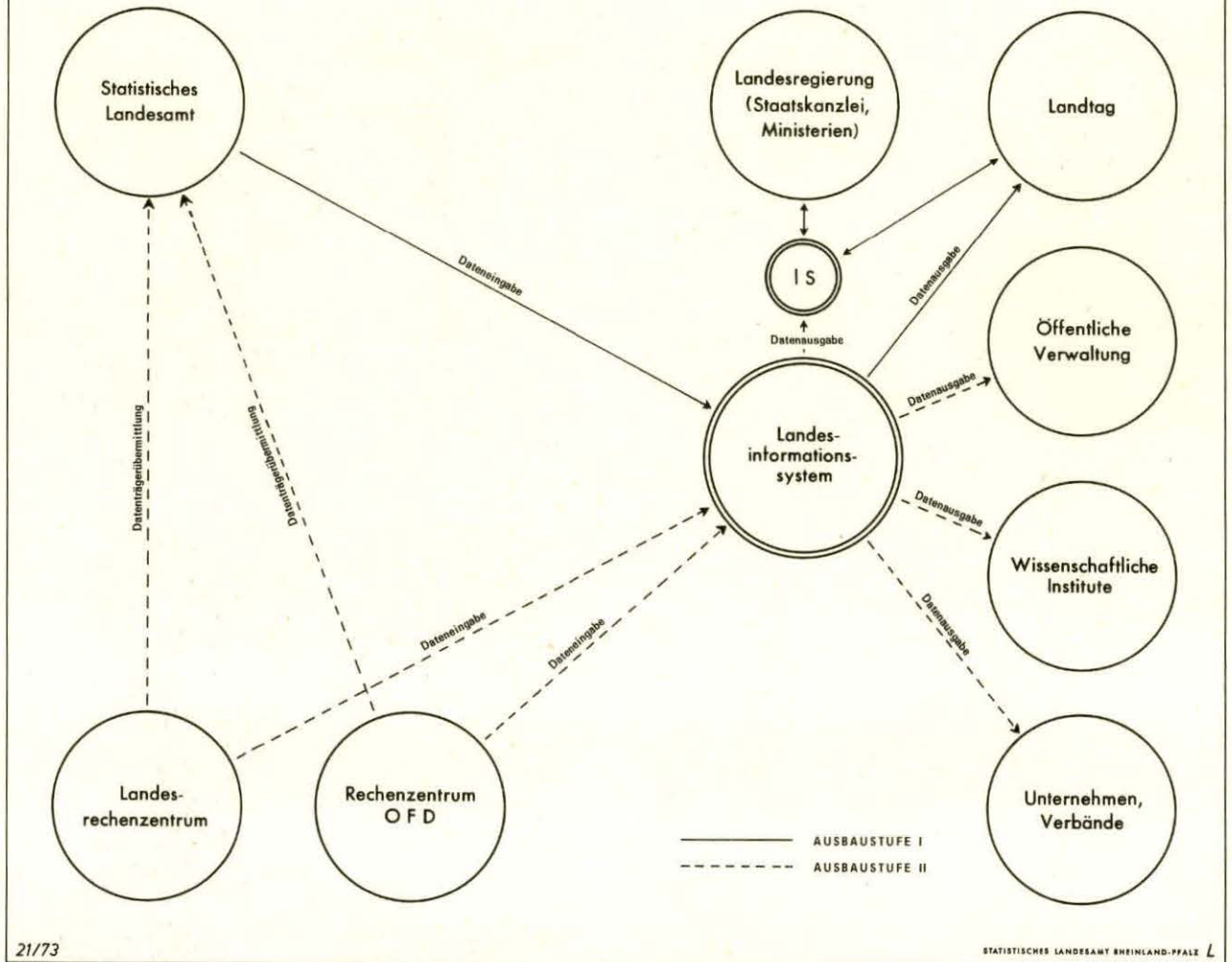


Fertigmachen



und ab die Post

Organisation des Landesinformationssystems



entweder für beliebige Gebietseinheiten auf der Basis von Gemeinden als Einzellisten angefordert, oder in ihrer geographischen Verteilung als thematische Karten von Rheinland-Pfalz dargestellt werden.

Phase 2:

Diese ist im wesentlichen dadurch bestimmt, daß das vorhandene Datenmaterial über Magnetplattenspeicher abgerufen werden kann. Im Frühjahr 1973 erhalten Parlament und Landesregierung mit Hilfe einer Informationsstelle in Mainz im Wege der Datenfernverarbeitung die gewünschten Angaben über Bildschirm oder Drucker. Über ein variables Tabellenprogramm können dann alle Angaben in der gewünschten Kombination angeboten werden. Schließlich wird der Datenkatalog in erheblichem Umfang erweitert und um Sonderdateien und erste Ressortstatistiken ergänzt.

Phase 3:

Phase 3, terminiert bis 1974/75, ist primär durch die Entwicklung höherstufiger Auswertungsprogramme gekennzeichnet. Es handelt sich dabei um die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden zur Diagnostizierung und Prognostizierung bestimmter gesellschaftspolitischer Fragestellungen. Daneben soll die Übernahme von Ressortstatistiken forciert fortgesetzt werden.

Ausbaustufe II

Ab 1976/77 soll zwischen dem Landesinformationssystem und den im Zuge der Verwaltungsautomation eingerichteten oder geplanten Fachdatenbanken des Landes (Einwohner-, Straßen, Grundstücks-, Finanzdatenbank) ein Verbundsystem geschaffen werden, um eine maximale Breite der potentiellen Datenbasis zu gewinnen.

Das Land im Spiegel der Statistik

Gebiet und Bevölkerung

Gebiet

Am 30. August 1946 wurde durch Verordnung der französischen Militärregierung aus den beiden Provinzen Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz das Land Rheinland-Pfalz gebildet. Der Regierungssitz befand sich in Koblenz; im Jahre 1950 wurde Mainz Landeshauptstadt. Das Land wurde in die fünf Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Montabaur, Rheinhessen und Pfalz gegliedert. Diese umfaßten am 1. Juli 1947, als der erste verwaltungsmäßige Konsolidierungsprozeß abgeschlossen war, insgesamt 11 kreisfreie Städte (die Stadt Landau wurde erst Ende 1948 zur kreisfreien Stadt erklärt), 39 Landkreise, 134 Ämter und 2 913 Gemeinden.

Verwaltungsreform - Reduzierung der Verwaltungseinheiten

Im Laufe der Jahre, die durch tiefgreifende Änderungen der Bevölkerungsstruktur, durch eine stürmische technische und wirtschaftliche Entwicklung mit ihren sozialen Folgeerscheinungen sowie durch ein starkes Anwachsen der Staatsaufgaben gekennzeichnet waren, wuchs die Notwendigkeit einer Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung. Für all die Maßnahmen, die die Landesregierung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zu einer sinnvollen Neuabgrenzung der Verwaltungseinheiten sowie einer zweckmäßigen Zuordnung der Verwaltungskompetenzen in die Wege leitete, stehen die Worte Territorialreform und Funktionalreform. Das gesamte Reformwerk fand seinen Ausdruck in bisher 14 Landesgesetzen über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz sowie in zahlreichen Beschlüssen des Innenministeriums und der Bezirksregierungen, die die Zahl der Verwaltungseinheiten auf allen Ebenen stark reduzierten. Beschränkte sich das Erste Landesgesetz vom 28. Juli 1966 noch auf die Neugliederung von Gerichtsbezirken, so verkleinerte das Zweite Gesetz mit Wirkung vom 1. Oktober 1968 bereits die Zahl der Regierungsbezirke von fünf auf drei: Die früheren Bezirke Koblenz und Montabaur wurden zu dem neuen Regierungsbezirk Koblenz, die Bezirke Rheinhessen und Pfalz zu Rheinhessen-Pfalz zusammengeschlossen. Der Regierungsbezirk Trier blieb in seiner Abgrenzung erhalten.

Am 7. Juni 1969 traten das Dritte bis Sechste Verwaltungsvereinfachungsgesetz in Kraft. Im Rahmen des Dritten Gesetzes wurden 22 Landkreise aufgelöst und aus diesen elf neugebildet, so daß zu dem genannten Datum in Rheinland-Pfalz nur noch 28 anstatt bis dahin 39 Landkreise bestanden. Weitere acht Landkreise erfuhren Gebietsänderungen. Mit dem Vierten, Fünften und Sechsten Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung

schließlich wurde die Neugliederung auf Gemeindeebene, die zu leistungsfähigeren größeren Gemeinden führen sollte, in Angriff genommen. Durch Auflösungen, Eingemeindungen, Neubildungen und Zusammenschlüsse reduzierte sich dabei die Zahl der Gemeinden von 2 886 am Tage vor der Verwaltungsreform vom 7. Juni 1969 um 294 auf 2 592. Das Ausmaß dieser einschneidenden Änderungen erkennt man, wenn man bedenkt, daß sich die Gemeindezahl in dem vorhergehenden 23jährigen Zeitraum von 1946 bis 1969 um lediglich 27 verringert hat. Im Zuge der genannten Maßnahmen wurde die Gemarkung von neun kreisfreien Städten vergrößert.

Zu weiteren Änderungen, vorwiegend im nördlichen Landesteil, führte am 7. November 1970 die Gebietsreform mit dem Inkrafttreten des Siebenten, Achten und Neunten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung. Im Eifelgebiet wurden, weitgehend durch Zusammenlegung, die Landkreise Mayen-Koblenz und Bitburg-Prüm geschaffen. Der Landkreis Daun erfuhr größere, der Kreis Ahrweiler kleinere Gebietsänderungen (Siebentes Gesetz). Zusätzlich zu diesen Kreisänderungen und einigen wenigen Eingliederungen und Zusammenlegungen von Gemeinden (Neuntes Gesetz) brachte der Reformstichtag 7. November 1970 die Auflösung von 83 Verbandsgemeinden — die Verbandsgemeinden waren erst kurz zuvor durch Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes an die Stelle der bis dahin nur im Norden des Landes existierenden Ämter getreten — sowie die Neubildung von 36 und Grenzänderungen von 26 Verbandsgemeinden mit sich (Achstes Gesetz). Im Zuge

Verwaltungseinteilung 1947 - 1972

Merkmal	Einheit	Verwaltungsstand		
		1. 7. 1947 ¹⁾	6. 6. 1969 ²⁾	31.12.1972
Land Rheinland-Pfalz				
Fläche	qkm	19 856	19 836	19 835
Bevölkerung	Anzahl	2 753 600 ³⁾	3 644 500	3 692 600
Regierungsbezirke	Anzahl	5	3	3
Ø Fläche	qkm	3 971	6 612	6 612
Ø Bevölkerung	Anzahl	550 700	1 214 800	1 230 900
Kreisfreie Städte	Anzahl	11	12	12
Ø Fläche	qkm	49	48	87
Ø Bevölkerung	Anzahl	48 700	73 100	85 500
Landkreise	Anzahl	39	39	25
Ø Fläche	qkm	495	494	752
Ø Bevölkerung	Anzahl	56 600	70 900	106 600
Verbandsgemeinden ⁴⁾	Anzahl	134	132	167
Ø Fläche	qkm	80	79	105
Ø Bevölkerung	Anzahl	6 800	8 400	12 700
Gemeinden	Anzahl	2 913	2 886	2 474
Ø Fläche	qkm	7	7	8
Ø Bevölkerung	Anzahl	900	1 300	1 500

1) Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 29.10.1946 (Volkszählung). - 2) Bevölkerungszahlen nach dem Stand vom 31.12.1968. -

3) Einschl. 10 818 Kriegsgefangener, Zivilinternierter und Flüchtlinge in Lagern. - 4) 1947: Ämter.

Fläche, Gemeinden und Wohnbevölkerung
der kreisfreien Städte und Landkreise 1946/47

Verwaltungsbezirk	Fläche ¹⁾	Ge- mein- den ¹⁾	Wohn- bevöl- kerung ²⁾
	qkm	Anzahl	
Kreisfreie Stadt Koblenz	56,84	1	52 414
Landkreise			
Ahrweiler	714,64	104	66 432
Altenkirchen	637,53	138	92 886
Birkenfeld	700,77	103	71 965
Cochern	502,26	68	40 952
Koblenz	218,30	28	61 002
Kreuznach	733,48	107	103 980
Mayen	783,56	125	100 897
Neuwied	621,19	105	109 875
Sankt Goar	465,62	71	45 919
Simmern	571,15	102	38 497
Zell	372,46	53	33 931
Reg. Bez. Koblenz	6 375,20	1 005	821 088 ³⁾
Kreisfreie Stadt Trier	57,88	1	63 420
Landkreise			
Bernkastel	667,73	92	51 666
Bitburg	780,65	151	48 654
Daun	611,02	97	37 029
Prüm	916,99	140	35 654
Saarlouis	394,10	62	37 104
Trier	821,87	111	74 420
Wittlich	642,01	77	48 261
Reg. Bez. Trier	4 892,25	731	397 223 ³⁾
Landkreise			
Oberwesterwaldkreis	579,62	151	59 221
Sankt Goarshausen	379,83	64	48 264
Unterlahnkreis	392,68	80	49 828
Unterwesterwaldkreis	428,15	90	62 692
Reg. Bez. Montabaur	1 780,28	385	223 711 ³⁾
Kreisfreie Städte			
Mainz	45,81	1	75 020
Worms	53,43	1	47 074
Landkreise			
Alzey	417,56	60	58 687
Bingen	265,80	35	61 668
Mainz	299,21	39	63 404
Worms	256,94	31	43 432
Reg. Bez. Rheinhessen	1 338,75	167	349 797 ³⁾
Kreisfreie Städte			
Frankenthal	36,59	1	39 165
Kaiserslautern	95,91	1	55 932
Ludwigshafen	68,48	1	106 556
Neustadt	17,69	1	23 946
Pirmasens	26,74	1	37 859
Speyer	42,69	1	28 047
Zweibrücken	35,81	1	23 099
Landkreise			
Bergzabern	453,44	53	39 165
Frankenthal	233,08	38	46 185
Germersheim	469,83	37	63 118
Kaiserslautern	628,96	71	75 415
Kirchheimbolanden	299,47	37	31 966
Kusel	517,86	110	65 662
Landau	364,94	47	75 635
Ludwigshafen	130,14	13	31 331
Neustadt	519,05	38	77 837
Pirmasens	725,88	61	61 364
Rockenhausen	438,20	65	39 235
Speyer	111,55	9	26 793
Zweibrücken	243,38	39	26 578
Reg. Bez. Pfalz	5 467,24	625	961 750 ³⁾
Rheinland-Pfalz	19 856,32	2 913	2 753 569 ³⁾

1) Am 1.7.1947. - 2) Am 29.10.1946. - 3) Einschl. 10 818 Kriegs-
gefangener, Zivilinternierter und Flüchtlinge in Lagern, die in den
Angaben der kreisfreien Städte und Landkreise nicht enthalten sind.

Fläche, Gemeinden und Wohnbevölkerung
der kreisfreien Städte und Landkreise 1972

Verwaltungsbezirk	Fläche ¹⁾	Ge- mein- den ¹⁾	Wohn- bevöl- kerung ²⁾
	qkm	Anzahl	
Kreisfreie Stadt Koblenz	102,97	1	119 661
Landkreise			
Ahrweiler	786,99	88	106 754
Altenkirchen (Ww.)	641,70	120	123 154
Bad Kreuznach	863,58	121	148 692
Birkenfeld	794,88	97	92 776
Cochern-Zell	716,67	92	65 540
Mayen-Koblenz	820,12	94	188 368
Neuwied	626,78	71	150 702
Oberwesterwaldkreis	568,77	115	79 085
Rhein-Hunsrück-Kreis	962,59	163	88 975
Rhein-Lahn-Kreis	772,53	139	118 898
Unterwesterwaldkreis	432,03	78	88 393
Reg. Bez. Koblenz	8 089,60	1 179	1 370 998
Kreisfreie Stadt Trier	117,39	1	103 054
Landkreise			
Bernkastel-Wittlich	1 176,54	136	109 898
Bitburg-Prüm	1 626,16	244	93 040
Daun	909,65	121	56 780
Trier-Saarlouis	1 091,77	139	119 607
Reg. Bez. Trier	4 921,51	641	482 379
Kreisfreie Städte			
Frankenthal (Pfalz)	43,83	1	42 499
Kaiserslautern	139,42	1	101 333
Landau i. d. Pfalz	82,16	1	38 485
Ludwigshafen a. Rhein	68,05	1	175 237
Mainz	97,73	1	179 879
Neustadt a. d. Weinstr.	113,07	1	50 585
Pirmasens	61,07	1	56 623
Speyer	42 57	1	43 073
Worms	108,74	1	76 737
Zweibrücken	70,66	1	37 847
Landkreise			
Alzey-Worms	598,81	71	98 318
Bad Dürkheim	591,51	49	116 680
Donnersbergkreis	635,00	84	66 861
Germersheim	468,23	35	96 469
Kaiserslautern	639,89	53	97 073
Kusel	565,93	103	79 399
Landau-Bad Bergzabern	628,80	76	97 420
Ludwigshafen	314,05	26	121 616
Mainz-Bingen	593,08	64	152 502
Pirmasens	961,54	83	103 427
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	6 824,17	654	1 832 063
Rheinland-Pfalz	19 835,28	2 474	3 685 440

1) Am 31.12.1972. - 2) Am 30.6.1972.

der weiteren Reformmaßnahmen wurde die Institution Verbandsgemeinde im ganzen Land eingeführt mit dem Ziel, aus Gründen der Rationalität, Effektivität und Sparsamkeit unter der Ebene der Landkreise optimale Verwaltungseinheiten zu schaffen. Zum Teil geschah die Bildung der weiteren Verbandsgemeinden auf freiwilliger Basis, zum größeren Teil jedoch durch die Bestimmungen des Zwölften und Dreizehnten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung, in nahezu allen Fällen aber nach Zielpänen der Landesregierung.

Die beiden zuletzt genannten Gesetze traten gemeinsam mit dem Vierzehnten Landesgesetz am 22. April 1972 in Kraft. Dieses Datum bildet nach den Stichtagen 1. Oktober 1968, 7. Juni 1969 und 7. November 1970 den vierten Meilenstein auf dem Wege zu dem angestrebten Ziel, denn es brachte mit den Verbandsgemeindebildungen im südlichen Landesteil, der Auflösung des Landkreises Zweibrücken und zahlreichen weiteren Gemeindezusammenlegungen und Eingemeindungen das gesamte Reformwerk zu einem vorläufigen Abschluß.

Der Vollständigkeit halber seien das Zehnte und Elfte Verwaltungsvereinfachungsgesetz genannt, die die Zuständigkeit und den Sitz von Gerichten sowie Maßnahmen zur Funktionalreform betrafen.

Insgesamt bewirkte die Verwaltungsreform bis zum Ende des Jahres 1972

- (1) eine Verringerung der Regierungsbezirke von fünf auf drei,
- (2) eine Gebietsvergrößerung der kreisfreien Städte um durchschnittlich 80%,

- (3) eine Abnahme der Zahl der Landkreise von 39 auf 25,
- (4) eine Verringerung der Zahl der Gemeinden um 412 von 2 886 auf 2 474,
- (5) die Bildung von 167 Verbandsgemeinden mit durchschnittlich 15 verbandsangehörigen Gemeinden.

Bevölkerung

Langfristige Bevölkerungszunahme über dem Bundesdurchschnitt

Rheinland-Pfalz hat zur Zeit rund 3,7 Mill. Einwohner. Der Anteil an der Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland beträgt ungefähr 6%. Bei einer Fläche von 19 835 qkm errechnet sich eine Bevölkerungsdichte von 186 Einwohnern pro qkm. Das sind doppelt so viele Menschen wie vor hundert Jahren und ein Drittel mehr als bei Entstehung des Landes.

Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung sowie deren Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht wurde durch die folgenden Faktoren entscheidend geprägt:

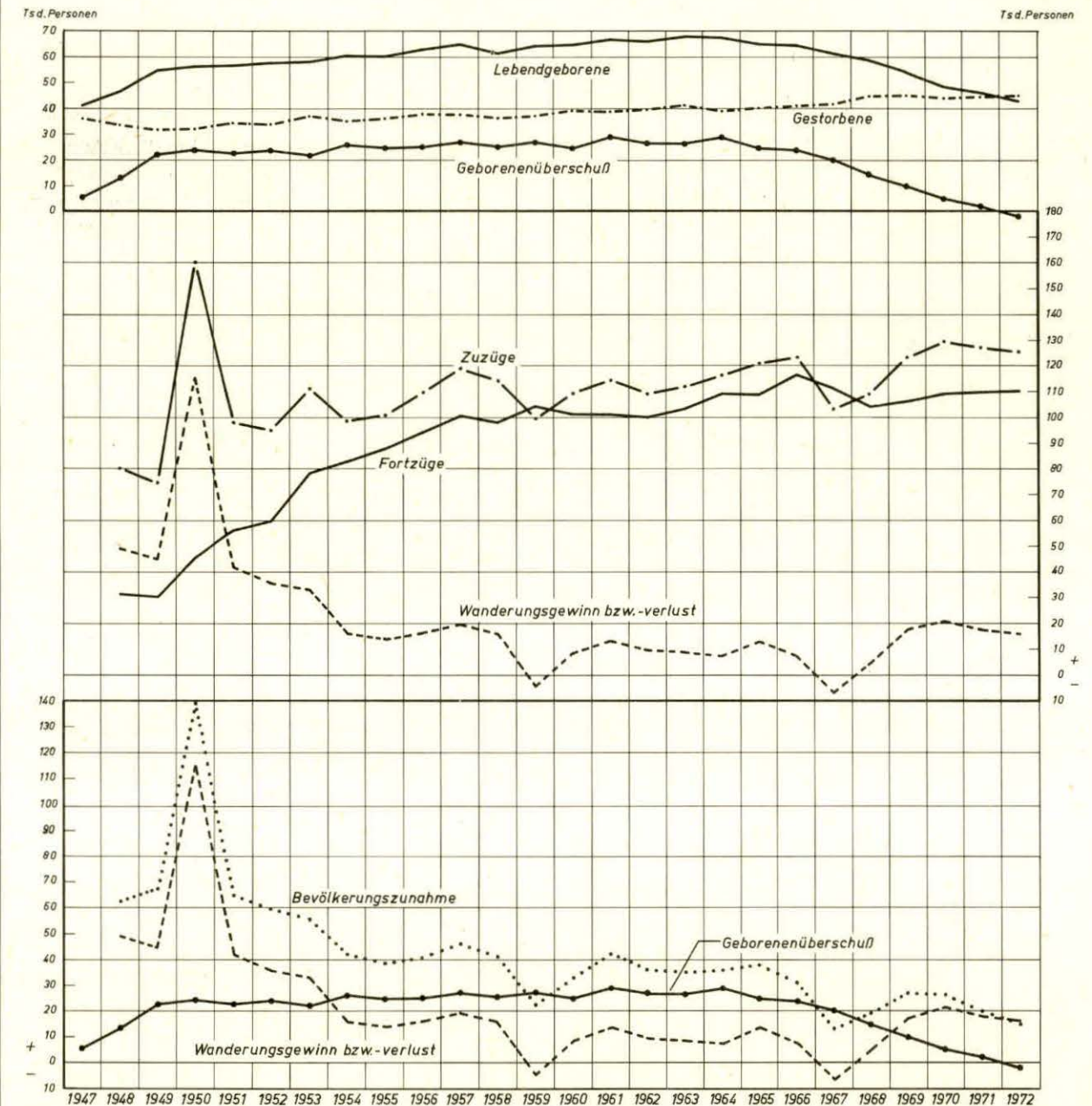
hohe Kriegsverluste, insbesondere unter der männlichen Bevölkerung,
Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in den Aufbaujahren,
erhöhte Lebenserwartung auf Grund medizinischer Fortschritte,
starker Geburtenrückgang in den 60er und 70er Jahren,
steigende Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in der jüngeren Vergangenheit.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 1946 - 1972

Altersgruppe	29.10.1946 ¹⁾		13.9.1950		6.6.1961		27.5.1970		1.1.1972	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt										
unter 6 Jahre	232 456	8,4	250 068	8,3	354 537	10,4	349 174	9,6	323 821	8,8
6 - 15 "	448 867	16,3	457 164	15,2	466 146	13,6	548 120	15,0	563 924	15,3
15 - 20 "	233 409	8,5	230 867	7,7	208 387	6,1	270 373	7,4	274 312	7,5
20 - 45 "	950 587	34,5	1 069 614	35,6	1 154 299	33,8	1 185 203	32,5	1 204 609	32,7
45 - 65 "	632 081	23,0	715 436	23,8	874 380	25,6	821 334	22,5	819 871	22,3
65 und mehr "	256 169	9,3	281 603	9,4	359 367	10,5	471 233	12,9	491 982	13,4
Insgesamt	2 753 569	100,0	3 004 752	100,0	3 417 116	100,0	3 645 437	100,0	3 678 519	100,0
Männlich										
unter 6 Jahre	118 331	9,7	127 733	9,1	181 924	11,3	178 879	10,3	166 185	9,5
6 - 15 "	228 036	18,6	232 437	16,6	238 713	14,8	280 841	16,2	289 142	16,4
15 - 20 "	114 906	9,4	116 722	8,3	106 381	6,6	138 817	8,0	141 032	8,0
20 - 45 "	361 757	29,6	473 795	33,8	554 373	34,4	606 770	34,9	622 512	35,4
45 - 65 "	280 870	23,0	321 950	23,0	385 655	23,9	346 107	19,9	345 920	19,7
65 und mehr "	119 704	9,8	128 259	9,2	146 740	9,1	186 798	10,7	193 680	11,0
Zusammen	1 223 604	100,0	1 400 896	100,0	1 613 786	100,0	1 738 212	100,0	1 758 471	100,0
Weiblich										
unter 6 Jahre	114 125	7,5	122 335	7,6	172 613	9,6	170 295	8,9	157 636	8,2
6 - 15 "	220 831	14,4	224 727	14,0	227 433	12,6	267 279	14,0	274 782	14,3
15 - 20 "	118 503	7,7	114 145	7,1	102 006	5,7	131 556	6,9	133 280	6,9
20 - 45 "	588 830	38,5	595 819	37,1	599 926	33,3	578 433	30,3	582 097	30,3
45 - 65 "	351 211	23,0	393 486	24,5	488 725	27,1	475 227	24,9	473 951	24,7
65 und mehr "	136 465	8,9	153 344	9,6	212 627	11,8	284 435	14,9	298 302	15,5
Zusammen	1 529 965	100,0	1 603 856	100,0	1 803 330	100,0	1 907 225	100,0	1 920 048	100,0

1) Einschl. 10 818 Kriegsgefangener, Zivilinternierter und Flüchtlinge in Lagern.

Bevölkerungsentwicklung 1947-1972



15/73

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Das Zusammenspiel dieser und das Einwirken weiterer, hier nicht zu behandelnder Faktoren (u. a. Infrastrukturmaßnahmen) ließ die Entwicklung der Bevölkerungszahl einen recht günstigen Verlauf nehmen. Zwar weist die jährliche Bevölkerungszunahme seit den 50er Jahren eine sinkende Tendenz auf, über den Zeitraum von 1946 bis heute betrachtet liegt die Gesamtzuwachsrate unseres Landes mit rund 37% jedoch über dem Bundesdurchschnitt von rund 33%.

Anlässlich der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 — dies war die erste im Lande durchgeführte Totalerhebung nach Kriegsende — wurde in Rheinland-

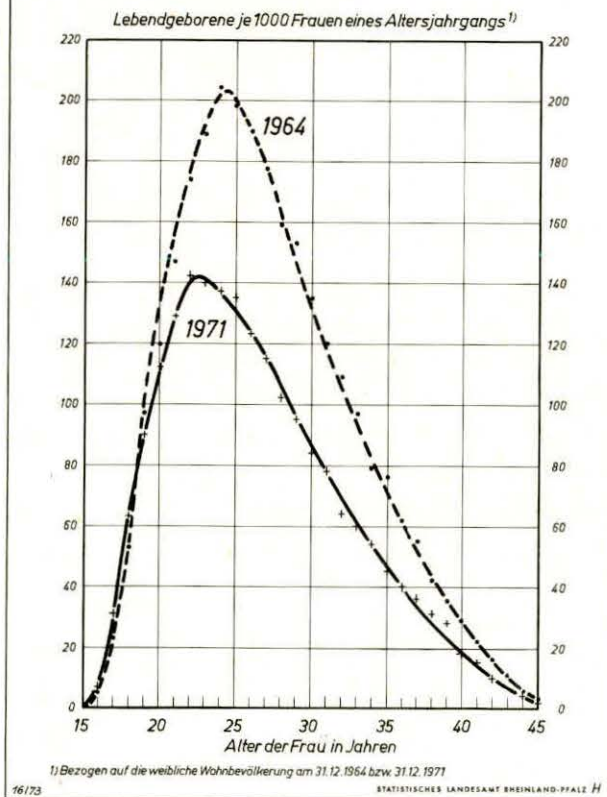
Pfalz eine Wohnbevölkerungszahl von 2,754 Mill. (einschließlich 10 818 Kriegsgefangener, Zivilinternierter und Flüchtlinge in Lagern) ermittelt. Sie blieb um rund 0,2 Mill. hinter dem Vorkriegsstand zurück. Dieser wurde erst wieder im Jahre 1950 erreicht. In der Zeit zwischen den Volkszählungen 1946 und 1950 wuchs die Bevölkerung um rund 250 000 Menschen oder 9%. Diese Zunahme geht nur zu etwas mehr als einem Fünftel auf das natürliche Bevölkerungswachstum, den Geburtenüberschuß, zurück, zu fast vier Fünfteln dagegen auf den Überschuß der nach Rheinland-Pfalz Zugezogenen über die Fortgezogenen. Der

Wanderungsgewinn, der bei den Männern dreimal so groß war wie bei den Frauen, war überwiegend den rund 110 000 Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft sowie dem Rückstrom evakuierten Einwohner zu verdanken. Auch die Umsiedlung von Vertriebenen, die 1949 einsetzte, wirkte sich auf die Zahl der Zuzüge positiv aus. Von der Volkszählung 1950 bis zu der Zählung von 1961 ist die rheinland-pfälzische Einwohnerzahl um mehr als 410 000 Menschen, das entspricht einem Anstieg von nahezu 14%, gewachsen. Hier basiert die Zunahme jedoch zum größeren Teil, nämlich zu gut drei Fünfteln auf einem Geburtenüberschuß, nur zum geringeren Teil (zu knapp zwei Fünfteln) auf einem Wanderungsgewinn. In dem zwischen den beiden letzten Volkszählungen 1961 und 1970 liegenden neunjährigen Zeitraum verzeichnete das Land nur noch einen Bevölkerungszuwachs von 228 000 Menschen oder 7%. Trotz sinkender Geburtenrate und steigender Zuwanderung ausländischer Gastarbeiter nahm die relative Bedeutung der natürlichen Bevölkerungsbewegung als Wachstumskomponente noch zu: Der Anteil des Geburtenüberschusses am Gesamtwachstum erhöhte sich in dem genannten Zeitabschnitt auf mehr als vier Fünftel (84%), der des Wanderungssaldos sank auf ein knappes Fünftel.

Stark abnehmender Geborenenüberschuß

Diese Zahlen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Beitrag, den die natürliche Bevölkerungsbewegung zur Gesamtentwicklung leistet, seit nahezu zehn Jahren absolut gesehen ständig sinkt. Wurde bis zum Jahre 1967 einschließlich (außer in den beiden Nachkriegsjahren 1947 und 1948) ein jährlicher Lebendgeborenenüberschuß erzielt, der sich zwischen 20 000 und 30 000 bewegte, so sank dieser Überschuß bereits im Jahre 1968 auf 14 300, um in den darauffolgenden Jahren die Nullgrenze anzustreben. Das Jahr 1972 brachte

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1964 und 1971



sogar, erstmals in der Geschichte des Landes, einen Überschuß der Gestorbenen über die Lebendgeborenen. Maßgebend hierfür ist nicht so sehr die Entwicklung der Sterblichkeit — die Zahl der Gestorbenen erweist sich im Zeitablauf als relativ konstant —, sondern der seit 1964 beobachtete starke Geburtenrückgang. Nach dem Kriege war die Zahl der Lebendgeborenen in Rheinland-Pfalz bis hinein in die 60er Jahre immer größer geworden. Unser Land gehörte damals zu den geburtenreicheren Ländern der Bundesrepublik. Ab 1963 — dieses Jahr erzielte mit nahezu 68 000 Lebendgeborenen die jemals erreichte Höchstzahl — nahm die Zahl der lebend zur Welt gekommenen Kinder jedoch kontinuierlich und in verstärktem Maße ab. Die Geborenenzahl des Jahres 1972 von rund 40 000 stellt schließlich den niedrigsten Wert dar, der seit 1946 registriert wurde.

Der starke Geburtenrückgang ist zum Teil auf eine Verschlechterung der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung, zum überwiegenden Teil jedoch auf eine echte Abnahme der Geburtenhäufigkeit, also auf eine Abnahme der altersspezifischen Fruchtbarkeit der Frauen (im Berichtsjahr von Müttern eines bestimmten Alters lebend geborene Kinder, bezogen auf 1 000 Frauen desselben Alters) zurückzuführen. Bei dem für das Jahr 1972 gegebenen Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung hätten beispielsweise unter Annahme der für das Jahr 1964 gegoltenen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern gut ein Drittel

Sterbeziffern nach Altersgruppen und Geschlecht 1950 - 1970

Altersgruppe	Männer			Frauen		
	1950	1960	1970	1950	1960	1970
Gestorbene auf 1 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts						
unter 1 Jahr ¹⁾	59,5	42,4	28,7	45,7	31,1	21,6
1 - 5 Jahre	2,6	1,4	1,3	2,3	1,1	0,9
5 - 10 "	0,9	0,7	0,7	0,8	0,5	0,4
10 - 15 "	0,8	0,6	0,6	0,7	0,3	0,3
15 - 20 "	1,6	1,3	1,5	0,9	0,7	0,6
20 - 25 "	1,9	2,1	1,9	1,1	0,8	0,5
25 - 30 "	2,3	2,0	1,7	1,8	1,0	0,7
30 - 35 "	2,3	1,9	2,0	1,5	1,4	0,7
35 - 40 "	3,4	2,7	2,7	2,2	1,8	1,4
40 - 45 "	4,3	3,7	3,8	3,1	2,6	2,2
45 - 50 "	6,4	6,3	5,7	4,4	3,9	3,9
50 - 55 "	9,8	10,8	9,0	7,1	5,3	5,3
55 - 60 "	15,1	17,3	15,1	10,8	8,5	7,7
60 - 65 "	24,0	27,5	28,1	16,9	15,3	13,1
65 - 70 "	37,0	43,6	43,8	30,2	25,3	23,3
70 - 75 "	55,8	66,4	67,3	52,6	47,4	41,1
75 - 80 "	92,3	106,5	102,5	88,1	87,4	74,0
80 - 85 "	159,1	171,3	150,4	143,4	151,1	129,8
85 - 90 "	256,0	273,4	236,1	223,1	236,4	202,8
Insgesamt	11,5	12,9	12,8	9,9	10,5	11,3

1) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. - Auf 1 000 Lebendgeborene unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

mehr Kinder geboren werden müssen als tatsächlich zur Welt kamen. Eine zeitvergleichende Untersuchung zeigt, daß sich im Verlauf der vergangenen zehn Jahre infolge der Möglichkeit zur Familienplanung die Fruchtbarkeit von allen Altersjahren der über 21jährigen Frauen stark vermindert hat. Dies gilt insbesondere für die 24- bis 30jährigen. Das Alter höchster Fruchtbarkeit hat sich dabei zu den jüngeren Jahrgängen verschoben. Junge, insbesondere unter 20jährige Frauen bekommen relativ häufiger Kinder als dies noch vor zehn oder sogar zwanzig Jahren der Fall war. Die Veränderung der Altersstruktur der Frauen hat sich insofern ungünstig auf die Geburtenentwicklung ausgewirkt, als die Zahl der 19- bis 28jährigen Frauen -- diese gebären erfahrungsgemäß die meisten Kinder -- zwischen den beiden letzten Volkszählungen von 231 200 -- das entspricht einem Anteil von 12,8% an der weiblichen Bevölkerung -- auf 190 300 oder nur noch 10,0% gesunken ist.

Zunehmende Überalterung der Bevölkerung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der gesamten rheinland-pfälzischen Bevölkerung während der gut 25jährigen Geschichte des Landes, so erkennt man, daß die tiefen Spuren, die der Zweite und selbst noch der Erste Weltkrieg mit ihren Folgeerscheinungen hinterlassen haben, nicht verwischt sind, sich lediglich um 25 Altersjahre zu den älteren Jahrgängen hin verschoben haben. Zu den drei Einkerbungen der Alterspyramide von 1946, die -- von oben nach unten gesehen -- auf den Geburtenausfall des Ersten Weltkrieges, der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 sowie des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen sind, kommt in der Bevölkerungspyramide von 1970 eine weitere Einkerbung hinzu, die ihre Ursache in dem oben geschilderten Geburtenrückgang während der 60er Jahre hat und als Schmälerung der Basis der Pyramide in Erscheinung tritt. Die auffälligsten Erscheinungen der längerfristigen Bevölkerungsentwicklung sind der stetige Abbau des Ungleichgewichts in der Geschlechterproportion sowie die zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Durch die hohen Kriegsverluste an Männern im Zweiten Weltkrieg sowie die Gefangenschaft vieler Soldaten entstand nach dem Kriege ein so großer Frauenüberschuß, daß bei der Volkszählung 1946 auf 1 000 Männer 1 250 Frauen entfielen. Dieser Überschuß von 250 Frauen reduzierte sich im Laufe der Jahre auf 145 (1950), 117 (1961) und 97 (1970). Zur Zeit stehen 1 000 Knaben und Männern 1 090 Mädchen und Frauen gegenüber. Der Frauenüberschuß ist bei den älteren und mittleren Jahrgängen besonders groß, bei den Kindern und Jugendlichen dagegen schlägt er in einen Männerüberschuß um.

Teilt man die Gesamtbevölkerung in die drei Altersgruppen der unter 15jährigen, der 15- bis 65jährigen sowie der über 65jährigen, so zeigt sich, daß der prozentuale Anteil der jungen Menschen mit rund 24% im Zeitablauf ziemlich konstant blieb, der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen seit 1950 um fast fünf

Prozentpunkte abnahm, die Zahl der über 65jährigen Leute dagegen anteilmäßig immer mehr ins Gewicht fällt (+ 3,5 Prozentpunkte in dem Zeitraum 1950 bis 1970). Belastet man jeweils 100 der 15- bis 65jährigen Menschen, die größtenteils im Erwerbsleben stehen, mit den unter 15- und den über 65jährigen Menschen, so errechnet sich für 1946 eine Belastungsquote von 52. Diese Quote verminderte sich infolge der Rückkehr der Kriegsgefangenen sowie des Zustroms weiterer Personen mittleren Alters bis 1950 zwar auf 49, stieg in den Folgejahren jedoch über 53 (1961) auf 60 (1970 und 1972).

In den 60er Jahren wurde, hauptsächlich bedingt durch den gestiegenen Arbeitskräftebedarf, der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer und deren Familienangehöriger so groß, daß bei der Volkszählung 1970 bereits 81 300 Ausländer in Rheinland-Pfalz registriert wurden. Mit einem Anteil der Ausländer an der gesamten Wohnbevölkerung von 2,2% lag unser Land jedoch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (4,0%).

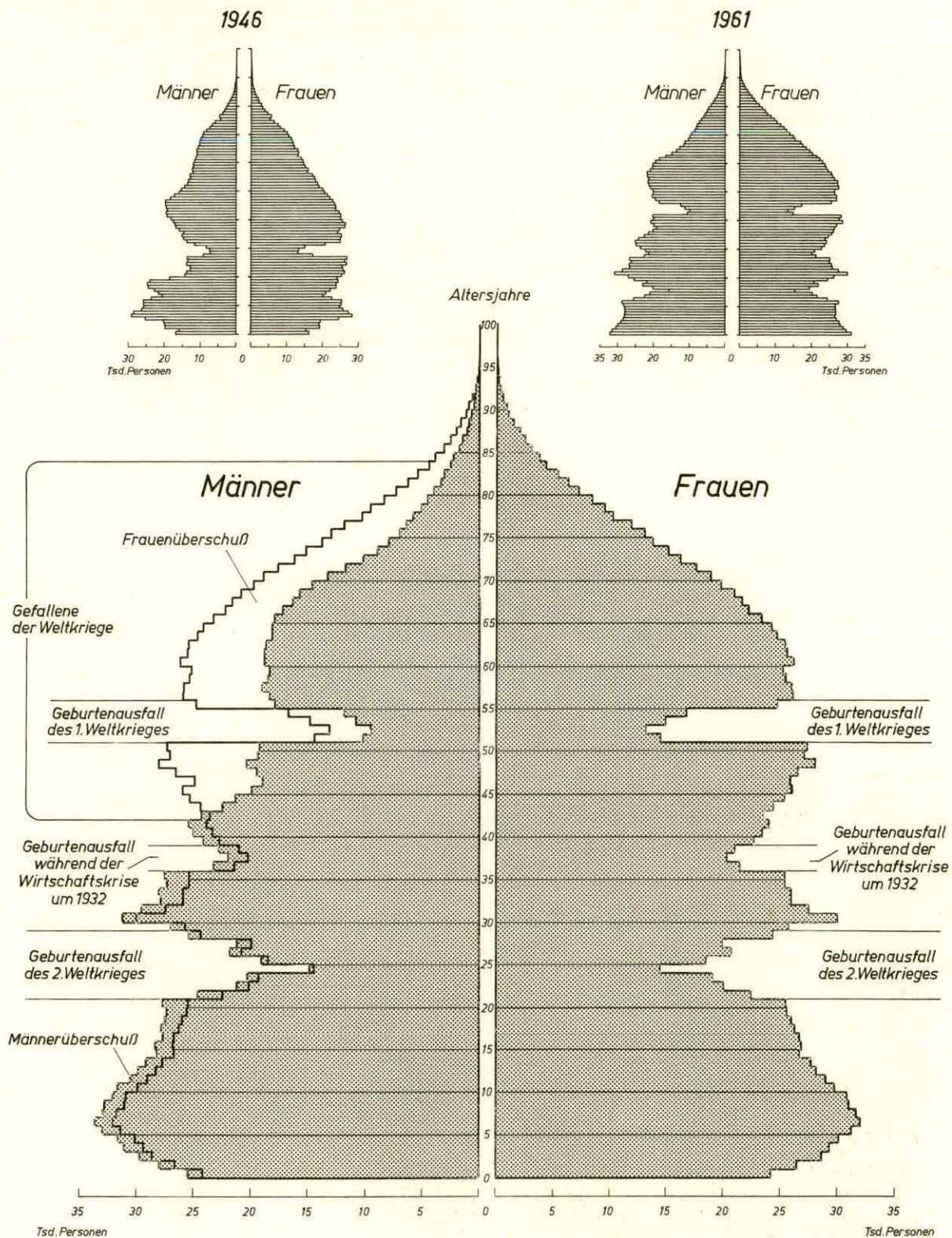
Erwerbstätigkeit

Erwerbsbeteiligung rückläufig

Differenzierte Aussagen über Stand und Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, der Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts sowie der beruflichen und sozialen Schichtung der Bevölkerung erlauben die Ergebnisse der Volkszählungen. Da die erste Totalerhebung von 1946 aus verständlichen Gründen noch mit erheblichen Mängeln behaftet war, der damalige Arbeitsmarkt zudem angesichts der Nachkriegsereignisse ein unüberschaubares und bewegtes Bild bot, sollen den folgenden Betrachtungen die Verhältnisse zugrunde gelegt werden, wie sie anlässlich der Volks- und Berufszählungen von 1950, 1961 und 1970 bestanden.

Im Jahre 1950 waren von den 3,005 Mill. Bewohnern des Landes Rheinland-Pfalz 1,420 Mill. oder 47% in irgendeiner Weise erwerbstätig. 66 000 weitere Personen (2%) zählten zur Gruppe der Erwerbslosen. Zwei Fünftel aller im Erwerbsleben Stehenden waren Frauen. In den folgenden zehn Jahren, die von einem starken Aufbauwillen der Menschen geprägt waren, stieg mit zunehmender Bevölkerung, allerdings langsamer als diese, auch die Zahl der Erwerbstätigen. Sie betrug bei der 61er Zählung 1,625 Mill., was einer Erwerbsquote von 48 entspricht. Die Zahl der Erwerbslosen verminderte sich infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs auf 5 000. Das Jahrzehnt zwischen den beiden letzten Volkszählungen schließlich, das den meisten Menschen einen bis dahin nicht gekannten Wohlstand brachte, zeitigte nicht nur eine langsamere Zunahme der Wohnbevölkerung, sondern auch einen Rückgang der Zahl der sich am Erwerbsleben beteiligenden Personen. Bei nur noch 1,523 Mill. Erwerbstätigen reduzierte sich die Erwerbsquote auf 42. Die ungünstiger gewordene Altersstruktur der Bevölkerung, aber vor allem eine echte Abnahme der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung -- insbesondere der 15- bis 25jährigen jungen Menschen,

Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 27.5.1970 und Altersaufbau der Bevölkerung im Gebiet des Landes 1946 und in Rheinland-Pfalz 1961



die eine längere Schulausbildung genießen — sind die Ursachen für diese Entwicklung. Beides zusammen bewirkt, daß ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung für eine immer größer werdende Zahl von Personen den Lebensunterhalt mitbestreiten muß. So stieg die Belastungsquote, das ist hier die auf 100 Erwerbstätige entfallende Zahl der Nichterwerbstätigen, im Jahre 1970 auf 139 und übertraf damit die Quote von 1961 um 29, die des Jahres 1950 sogar um 37 Personen.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen weicht naturgemäß stark von derjenigen der Männer ab. Während sich 58% aller Männer im Mai 1970 am Erwerbsleben beteiligten, errechnete sich für die weibliche Bevölkerung eine Quote von nur 27. Im Laufe der vorangegangenen zehn (zwanzig) Jahre nahm die Erwerbsquote der Männer um nahezu sechs (sieben), die der Frauen um gut sechs (neun) Prozentpunkte ab. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß trotz des allgemeinen Rückgangs der Erwerbsbeteiligung der Frau die Erwerbsquote der verheirateten Frauen über beide Jahrzehnte hinweg nahezu konstant geblieben ist.

Starke soziale Verschiebungen

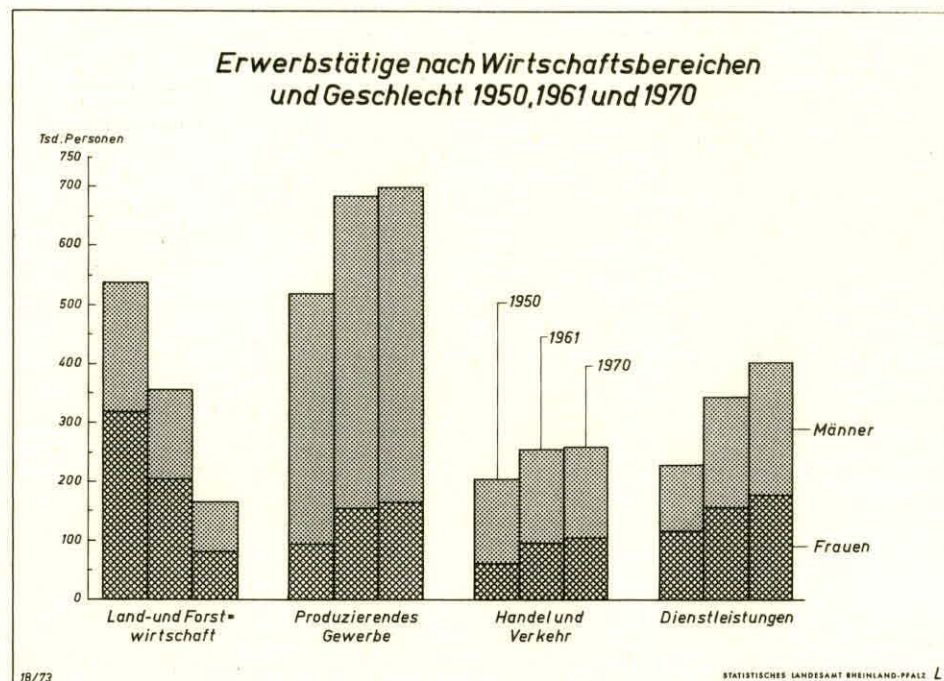
Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche gibt Aufschluß darüber, welches Gewicht den Bereichen in der Wirtschaft des Landes zukommt; die Veränderung dieser Verteilung läßt strukturelle Wandlungen erkennen.

Hinsichtlich der Bedeutung für die Erwerbsmöglichkeit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung steht das produzierende Gewerbe seit 1950 an erster Stelle. 46% aller Erwerbstätigen (54% aller arbeitenden Männer und 31% aller tätigen Frauen) verdienen hier im Mai 1970 ihren Lebensunterhalt. Der Anteil der in diesem Wirtschaftsbereich Beschäftigten ist seit 1961 um vier, seit 1950 um

elf Prozentpunkte angestiegen. An zweiter Stelle folgt der Dienstleistungsbereich; 22% aller Männer und 34% aller Frauen und damit rund ein Viertel (26%) aller Erwerbstätigen gehen hier ihrer Beschäftigung nach. Der Bereich der Dienstleistungen hat seit 1950, als er ungefähr jedem siebenten Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz bot (1961 jedem fünften), am meisten an Bedeutung zugenommen. Er verdrängte Anfang der 60er Jahre die Land- und Forstwirtschaft, die in Rheinland-Pfalz, gemessen an der Beschäftigtenzahl, bis 1961 den zweiten Rang innehatte, auf den dritten Platz. Im Jahre 1970 schließlich wurde die Land- und Forstwirtschaft auch noch vom Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr überflügelt, der 17% der erwerbstätigen Personen als Unterhaltsquelle dient. In diesem zuletzt genannten Bereich, der seine Erwerbstätigenzahl zwischen den Volkszählungen 1961 und 1970 nur ganz geringfügig ausdehnen konnte (die Zahl der hier arbeitenden Männer verzeichnete sogar eine Abnahme), finden derzeit ungefähr 15% aller beschäftigten Männer und 20% aller tätigen Frauen ihren Arbeitsplatz.

Die Land- und Forstwirtschaft ist in den beiden letzten Jahrzehnten aus den verschiedensten Gründen in ihrer Bedeutung stark zurückgegangen und steht nach dem oben gesagten nur noch an letzter Stelle der Rangskala. War im Jahre 1950 noch jeder dritte Erwerbstätige hier beschäftigt, so war es 1961 nur noch jeder fünfte, 1970 sogar nur noch jeder neunte (11%). Insbesondere Frauen, die vorwiegend als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft mitarbeiten, verloren hier ihre Erwerbsquelle. So kommt es, daß die weiblichen Arbeitskräfte, die bis in die 60er Jahre in der Land- und Forstwirtschaft als einzigem der vier Wirtschaftsbereiche das zahlenmäßige Übergewicht hatten, auch dieses an die Männer abgeben mußten. Immerhin sind noch 84 000 Männer (8% aller beschäftigten Männer) und 79 000 Frauen (15%) in der Land- und Forstwirtschaft erwerbstätig.

Von 100 Erwerbstätigen waren bei der letzten Volks- und Berufszählung 11 Selbständige und 8 mithelfende Familienangehörige. Die übrigen 81 befanden sich in abhängiger Stellung. Die weitaus meisten von diesen, nämlich 45, waren Arbeiter (zu denen auch die gewerblichen Lehrlinge gezählt werden), 27 Angestellte (einschließlich kaufmännischer und technischer Lehrlinge) und 8 Beamte oder Richter. Die stärkste soziale Gruppe ist damit, wie seit jeher, die der Arbeiter. Ihr Anteil stieg in den 60er Jahren nochmals leicht an,



nachdem er bereits in dem davorliegenden Jahrzehnt stärker zugenommen hatte. Noch größere Zuwächse verzeichneten in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Angestellten sowie die Beamten. Beide Gruppen verdoppelten ihren Anteil an der gesamten Erwerbstätigenzahl, wobei die Angestellten ihren größeren Zuwachs in den 50er, die Beamten in den 60er Jahren verbuchten. Diese Verschiebungen zugunsten der abhängig beschäftigten

Personen gingen mit einer Abnahme in Zahl und Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen einher. Ganz besonders die letzte Gruppe wurde, bedingt durch die Sanierungsmaßnahmen in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und die damit zusammenhängenden Stilllegungen landwirtschaftlicher Betriebe, betroffen, denn ihr prozentualer Anteil reduzierte sich seit 1950 auf ein Drittel des ursprünglichen Wertes.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Sozialprodukt

Als Maßstab für die Wirtschaftskraft eines Landes und zur Darstellung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen wird am häufigsten das Bruttoinlandsprodukt (auch Sozialprodukt) verwendet. Diese statistische Größe, die den Gesamtwert aller im Inland erzeugten Güter und geleisteten Dienste nach Abzug des Materialverbrauchs und anderer Vorleistungen, jedoch einschließlich Abschreibungen und indirekter Steuern ausweist, eignet sich in gleicher Weise zur Darstellung der wirtschaftlichen Struktur des Landes.

Überdurchschnittliche Zunahme der Wirtschaftskraft

Das Sozialprodukt von Rheinland-Pfalz erreichte 1972 einen Wert von 46,8 Mrd. DM und damit das Achteinhalbfache des Betrages von 1950 (5,5 Mrd. DM). Dieses starke Wachstum erklärt sich vor allem aus der erheblichen Expansion des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs. Die sich im Sozialprodukt ausdrückende wirtschaftliche Entwicklung von Rheinland-Pfalz liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 700⁰/o); sie wurde nur von Baden-Württem-

Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1950 - 1972

Jahr	Rheinland-Pfalz					Bundesgebiet		
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Anteil am Bundes- ergebnis in %	je Einwohner ¹⁾		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	DM je Einwohner ¹⁾
				DM	Bund = 100			
In jeweiligen Preisen								
1950	5 538	.	5,6	1 903	91,1	98 050 ²⁾	.	2 090 ²⁾
1955	10 588	12,8	5,8	3 302	89,3	182 000 ²⁾	14,4 ²⁾	3 699 ²⁾
1960	15 367	10,8	5,1	4 545	83,3	302 550	11,6 ²⁾	5 458
1961	16 677	8,5	5,0	4 880	82,2	333 450	10,2	5 936
1962	18 043	8,2	5,0	5 219	82,3	360 910	8,2	6 339
1963	19 629	8,8	5,1	5 619	84,1	384 770	6,6	6 681
1964	21 558	9,8	5,1	6 108	84,3	422 140	9,7	7 245
1965	23 824	10,5	5,2	6 679	85,3	462 020	9,4	7 829
1966	26 369	10,7	5,4	7 321	88,7	492 100	6,5	8 252
1967 ^D	27 566	4,5	5,5	7 615	91,8	496 860	1,0	8 299
1968 ^D	29 552	7,2	5,5	8 130	90,5	540 540	8,8	8 981
1969 ^D	33 153	12,2	5,5	9 058	91,3	603 880	11,7	9 924
1970 ^D	37 951	14,5	5,5	10 404	92,3	684 180	13,3	11 272
1971 ^S	42 783	12,7	5,7	11 658	94,4	756 900	10,6	12 352
1972 ^S	46 800	11,0	5,6	12 691	94,3	829 800	9,2	13 455
In Preisen von 1962								
1950	7 938	.	5,5	2 728	89,2	143 490 ²⁾	.	3 059 ²⁾
1955	12 840	9,7	5,7	4 004	87,3	225 570 ²⁾	12,1 ²⁾	4 584 ²⁾
1960	16 767	9,3	5,1	4 959	83,7	328 590	9,0	5 928
1961	17 462	4,1	5,0	5 110	82,7	347 060	5,6	6 178
1962	18 043	3,3	5,0	5 219	82,3	360 910	4,0	6 339
1963	19 129	6,0	5,1	5 476	84,5	373 280	3,4	6 482
1964	20 763	8,5	5,2	5 882	86,0	398 500	6,8	6 839
1965	22 038	6,1	5,2	6 178	86,6	421 030	5,7	7 135
1966	23 501	6,6	5,4	6 525	89,9	433 010	2,8	7 261
1967 ^D	24 327	3,5	5,6	6 720	93,1	432 090	- 0,2	7 217
1968 ^D	25 790	6,0	5,6	7 095	92,3	462 890	7,1	7 691
1969 ^D	28 196	9,3	5,6	7 704	93,8	499 840	8,0	8 215
1970 ^D	30 167	7,0	5,7	8 270	95,0	528 200	5,7	8 702
1971 ^S	31 630	4,9	5,8	8 619	97,4	542 200	2,7	8 848
1972 ^S	32 000	4,8	5,7	8 677	95,4	560 700	2,9	9 092

1) 1960 - 1969 durchschnittliche Bevölkerung auf Basis der VZ 1961; ab 1970 Bevölkerungsstand 30. 6. auf Basis der VZ 1970. - 2) Ohne Saarland und Berlin (West).

Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 1950 - 1972

Jahr	1962 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
1950	70	.
1951	77	9,9
1952	80	4,1
1953	79	- 0,6
1954	80	1,1
1955	82	2,8
1956	85	3,7
1957	87	2,3
1958	89	2,0
1959	90	1,2
1960	92	1,4
1961	96	4,2
1962	100	4,7
1963	103	2,6
1964	104	1,2
1965	108	4,1
1966	112	3,8
1967 ^p	113	1,0
1968 ^p	115	1,1
1969 ^p	118	2,6
1970 ^p	126	7,0
1971 ^s	135	7,5
1972 ^s	144	6,5

berg und Hessen übertroffen, während alle übrigen Länder deutlich hinter dieser Zuwachsrates zurückblieben. Das geringste Wachstum über diesen Zeitraum hinweg hatte das Land Niedersachsen (+ 615%).

Real betrachtet, das heißt unter Ausschaltung der Preiseinflüsse, ist die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet in den vergangenen zwei Jahrzehnten noch günstiger verlaufen. Bei einem durchschnittlichen Wachstum von + 270% ist das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 zwischen 1950 und 1972 in Rheinland-Pfalz um nicht weniger als 305% angestiegen; diese Zuwachsrates ist nach Baden-Württemberg und Hessen die höchste unter allen Bundesländern.

Im Zeitraum 1950 bis 1972 wechselten Perioden kräftigen wirtschaftlichen Wachstums mit Zeiten einer gedämpfteren konjunkturellen Entwicklung ab. Zu Beginn der 50er Jahre war sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im gesamten Bundesgebiet eine außerordentliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. Die Zuwachsrates dieser Jahre sind jedoch nicht ausschließlich auf eine verstärkte wirtschaftliche Tätigkeit zurückzuführen, sondern beruhen zum Teil auf Preissteigerungen, die durch die erheblich verstärkte Nachfrage während der Korea-Krise verursacht waren. Nach Konsolidierung des Wachstums in den Jahren 1953 und 1954, in denen eine weitgehende Preisstabilität vorlag, brachte das Jahr 1955 wieder einen starken Konjunkturaufschwung, mit dem erneut erhebliche Preiserhöhungen verbunden waren. Wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank führten 1956 zu einer langsameren konjunkturellen Expansion, die sich 1957 und 1958 noch weiter abschwächte. Eine Belebung des Wirtschaftswachstums brachte die in den folgenden Jahren lebhaftere ausländische Nachfrage, die allerdings erneut mit inflationären Tendenzen verbunden war. Den Gipfelpunkt dieser Konjunkturphase stellt das Jahr 1960 mit einer nominalen Zuwachsrates

von über 10% dar. Im Jahre 1961 und 1962 führte die Aufwertung der DM zu einer Abschwächung des Exportanstiegs, die sich in geringeren Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts niederschlug. Trotz der Exporteinschränkung betrug die Inflationsrate in diesen beiden Jahren jeweils über 4%. Die relativ hohen Preissteigerungen wiederholten sich in den Jahren 1965 und 1966. In diesen sechs Jahren erreichten die nominalen Steigerungsrates des Bruttoinlandsprodukts jeweils Werte zwischen 8 und 11%. 1967 erfolgte dann eine konjunkturelle Rezession, die die Zuwachsrates in Rheinland-Pfalz auf + 4,5% schrumpfen ließ, im Bundesgebiet sogar auf + 1,0%. In den darauffolgenden Jahren zeigte die wirtschaftliche Entwicklung eine zunehmende Expansion, die jedoch mehr und mehr auf Preissteigerungen beruhte. Mit + 14,5% Zuwachs im Jahre 1970 wurde eine Steigerungsrates erreicht, welche zuvor nur in den beiden ersten 50er Jahren noch höher gelegen hatte. Allerdings ist diese Zuwachsrates zur Hälfte

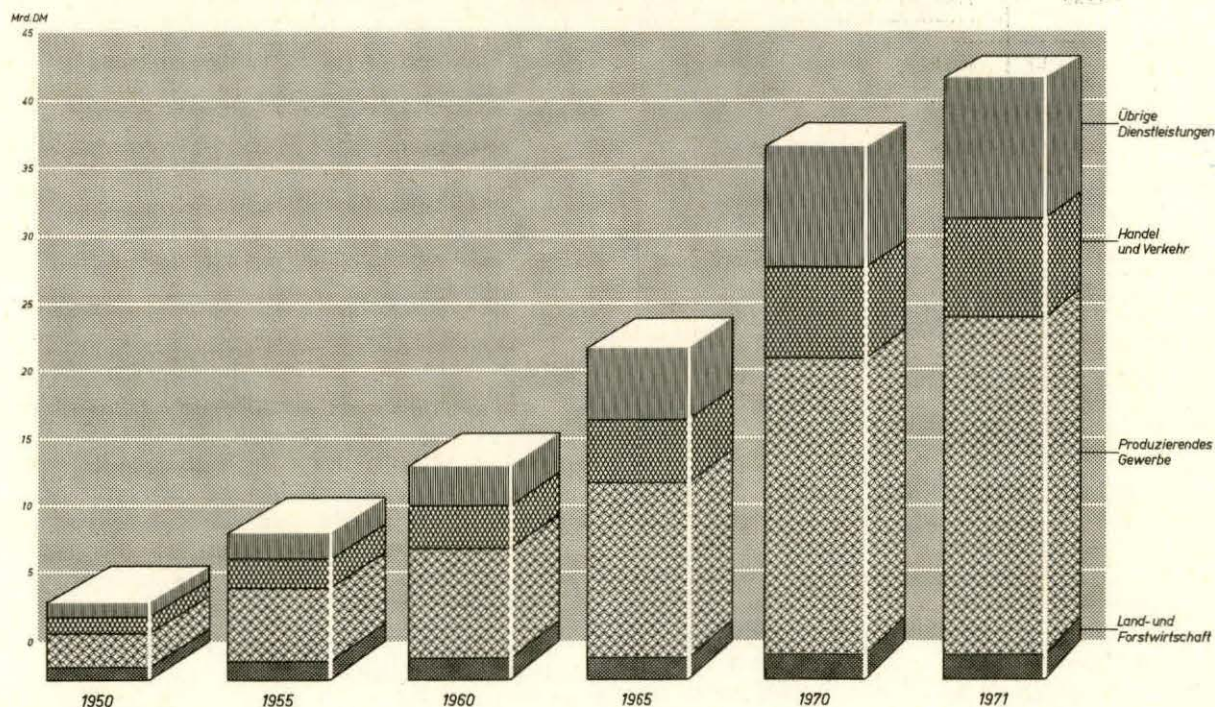
Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt
1950 - 1971¹⁾
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Mill. DM				
1950	847	2 508	1 183	1 000
1955	1 233	5 301	2 087	1 967
1960	1 457	7 893	3 062	2 956
1961	1 415	8 548	3 278	3 436
1962	1 353	9 353	3 609	3 729
1963	1 379	10 061	3 916	4 273
1964	1 441	11 284	4 194	4 638
1965	1 486	12 561	4 503	5 275
1966	1 628	14 050	4 747	5 944
1967 ^p	1 577	14 561	5 142	6 286
1968 ^p	1 544	16 053	5 424	6 740
1969 ^p	1 709	18 311	5 916	7 537
1970 ^p	1 701	21 358	6 554	8 729
1971 ^s	1 729	24 258	7 162	10 119
Veränderung zum Vorjahr in %				
1950
1955	6,2	14,7	13,9	11,1
1960	- 0,9	13,9	9,1	11,1
1961	- 2,9	8,3	7,1	16,2
1962	- 4,3	9,4	10,1	8,5
1963	1,9	7,6	8,5	14,6
1964	4,5	12,2	7,1	8,5
1965	3,1	11,3	7,4	13,7
1966	9,6	11,9	5,4	12,7
1967 ^p	- 3,1	3,6	8,3	5,8
1968 ^p	- 2,1	10,2	5,5	7,2
1969 ^p	10,7	14,1	9,1	11,8
1970 ^p	- 0,5	16,6	10,8	15,8
1971 ^s	1,7	13,6	9,3	15,9
Anteil an Summe der Bereiche in %				
1950	15,3	45,3	21,4	18,1
1955	11,6	50,1	19,7	18,6
1960	9,5	51,4	19,9	19,2
1961	8,5	51,3	19,7	20,6
1962	7,5	51,8	20,0	20,7
1963	7,0	51,3	19,9	21,8
1964	6,7	52,3	19,5	21,5
1965	6,2	52,7	18,9	22,1
1966	6,2	53,3	18,0	22,5
1967 ^p	5,7	52,8	18,7	22,8
1968 ^p	5,2	53,9	18,2	22,6
1969 ^p	5,1	54,7	17,7	22,5
1970 ^p	4,4	55,7	17,1	22,8
1971 ^s	4,0	56,1	16,6	23,4

1) Ab 1968 sind die Beiträge der Wirtschaftsbereiche um die Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer gemäß § 30 UStG überhöht.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in den Wirtschaftsbereichen 1950-1971

(in jeweiligen Preisen)



31/73

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ H

auf Preissteigerungen zurückzuführen, denn das reale Wachstum erreichte 1970 nur $+ 7,0\%$. Im Jahre 1971 wurde mit $+ 12,7\%$ erneut eine sehr hohe nominale Zuwachsrates errechnet, die jedoch in noch stärkerem Maße von Preissteigerungen beeinflusst war; das reale Wachstum betrug in diesem Jahr nur $4,9\%$. Gleichhoch ($+ 4,8\%$) war die reale Zunahme des Sozialprodukts auch 1972, während der nominale Anstieg in diesem Jahr nur $+ 11,0\%$ betrug.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das als Maßstab für die Leistungskraft eines Landes angesehen werden kann, rangiert Rheinland-Pfalz 1972 mit 12 691 DM noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 13 455 DM; am Bundesergebnis gemessen sind das 94% . Dieser Wert hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr unterschiedlich verändert. Nachdem er zwischen 1950 und 1960 zunächst deutlich zurückgegangen ist, um 1961 mit $82,3\%$ seinen niedrigsten Stand zu erreichen, hat sich der Leistungsabstand je Einwohner im letzten Jahrzehnt ganz erheblich dem Bundesdurchschnitt genähert. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen rangiert der rheinland-pfälzische Pro-Kopf-Wert mit $95,4\%$ sogar um weniger als 5% unter dem Bundesdurchschnitt.

Das produzierende Gewerbe, das sich aus Energiewirtschaft und Wasserversorgung, verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe zusammensetzt, stellt den für Rheinland-Pfalz weitaus wichtigsten Wirtschaftsbereich dar. Sein Anteil an der wirt-

schaftlichen Leistung des Landes ist während der vergangenen zwei Jahrzehnte im ganzen stetig gewachsen und macht bereits seit Ende der 50er Jahre mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Im Jahre 1971 hat es — bedingt durch eine Anzahl Neugründungen von industriellen Großunternehmen in den letzten Jahren — den bis dahin höchsten Stand von $56,1\%$ erreicht. Im vergangenen Jahr war dieser Anteil erstmals wieder leicht rückläufig. 1950 hatte er erst $45,3\%$ betragen. Eine ähnliche positive Entwicklung verzeichnete in den letzten 22 Jahren der Dienstleistungsbereich (ohne Handel und Verkehr), dessen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung sich von $18,1\%$ im Jahre 1950 kontinuierlich auf nunmehr $23,9\%$ steigerte. Die Dienstleistungen haben damit den Bereich Handel und Verkehr an Bedeutung übertroffen. Der letztgenannte Bereich mußte eine Einbuße seines Anteils am Sozialprodukt von $21,4\%$ auf $16,4\%$ im Jahre 1972 hinnehmen. Die stärksten Einbußen unter allen Wirtschaftszweigen hatte jedoch die Land- und Forstwirtschaft, die Anfang der 50er Jahre noch $15,3\%$ des Bruttoinlandsprodukts auf sich vereinen konnte. Nach einer relativen stetigen Abnahme über die 22 Jahre hinweg erreichte ihr Anteil 1972 mit nur noch $4,0\%$ den bisher niedrigsten Wert. Hierbei muß allerdings betont werden, daß die Land- und Forstwirtschaft von allen Wirtschaftszweigen den weitaus geringsten Preisauftrieb verzeichnete, denn gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen belief sich ihr Anteil 1972 noch auf rund $6,5\%$.

Betriebs- größenklasse	Betriebe					Fläche				
	1949	1960	1965	1970	1972	1949	1960	1965	1970	1972
	Anzahl					ha				
0,5 - 1 ha LF	36 865	29 920	25 264	18 402	16 497	26 706	21 612	18 184	13 263	11 893
1 - 2 "	42 922	31 709	25 224	18 200	16 097	62 836	45 798	36 100	26 020	22 968
2 - 5 "	72 691	48 237	37 171	27 016	23 515	239 305	159 189	122 623	89 820	78 274
5 - 10 "	42 240	35 355	28 803	21 797	19 161	292 572	253 728	207 395	156 289	137 041
10 - 15 "	10 696	14 240	14 987	12 199	10 481	128 100	172 007	182 830	149 616	128 655
15 - 20 "	3 099	5 236	7 123	7 797	7 008	52 533	89 250	121 865	134 782	121 399
20 - 25 "				4 258	4 432				94 426	98 421
25 - 30 "	1 578	2 467	4 084	2 115	2 604	37 360	57 875	96 162	57 491	70 882
30 - 50 "	616	680	972	1 865	2 888	22 830	24 791	34 897	67 061	104 824
50 - 100 "	245	240	243	310	470	16 754	16 155	16 071	20 211	29 650
100 und mehr "	65	44	49	58	69	8 974	6 245	6 862	8 329	10 231
Insgesamt	211 017	168 128	143 920	114 017	103 222	887 970	846 650	842 989	817 308	814 238

Land- und Forstwirtschaft

Betriebsstruktur und Arbeitskräfte

Rheinland-Pfalz, oft das Land der Reben und Wälder genannt, zeichnet sich durch weite Waldgebiete und Weinberge aus. Fast drei Viertel der Rebflächen des Bundesgebietes sind hier anzutreffen. Recht unterschiedliche geologische und klimatische Verhältnisse führen zu manigfaltigen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, welche die Landschaft von der Eifel und dem Westerwald bis zu den von der Natur begünstigten Gebieten zwischen Bingen und Landau, wo die besten Böden des Landes liegen, prägen.

Neben Regionen, deren Struktur vorwiegend von Grünland und Forstwirtschaft bestimmt wird, finden sich Gegenden mit intensivem Acker-, Wein-, Obst- und Gemüsebau. Vornehmlich in den klimatisch begünstigten Flußtalern von Rhein, Mosel, Ahr und Nahe sowie in Rheinhessen und der gesamten Vorderpfalz werden die Betriebsverhältnisse weitgehend durch diese Kulturen bestimmt. In den niederschlagsreichen Höhenlagen der Mittelgebirge, wo oft nur Böden geringer Qualität anzutreffen sind, dominiert die Grünland- und Forstwirtschaft.

Zunehmend ungünstigere Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft, welche sich in einem eindeutigen Einkommensgefälle gegenüber anderen Erwerbszweigen bemerkbar machten, führten zu einem strukturellen Wandlungsprozeß, von dem auch die rheinland-pfälzische Landwirtschaft seit nahezu 20 Jahren betroffen ist. In diesem Zeitraum kam es nicht nur zu einer Abwanderung von Arbeitskräften in außerordentlichem Umfang, sondern auch die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe veränderte sich ganz erheblich. Die Zahl der Betriebe verringerte sich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß, was zur Folge hatte, daß die durchschnittliche Größe der im Produktionsprozeß verbliebenen Betriebe anstieg. Während 1949 noch mehr als 211 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bestanden hatten, sank ihre Zahl bis 1972 um mehr als die Hälfte auf rund 103 000. Die durchschnittliche jährliche Rate der ausscheidenden Betriebe, die zwischen 1949 und 1960 nur — 2,0% betragen hatte,

erhöhte sich zwischen 1960 und 1972 auf — 3,2%. Waren es zunächst nur die Betriebe in den Größenklassen unter 10 ha, deren Zahl immer stärker zurückging, während diejenigen über 10 ha merklich zunahmen, so zeigt sich seit 1965 auch für die Betriebe zwischen 10 und 15 ha eine rückläufige Tendenz und seit 1969 können ansteigende Zahlen nur noch für die Betriebsgrößenklassen über 20 ha beobachtet werden.

Im Jahre 1972 verfügte noch mehr als die Hälfte der Betriebe über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche unter 5 ha, obwohl der Rückgang in diesen Größenklassen seit 1949 nicht weniger als 96 400 Betriebe ausmachte. Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, daß die meisten der noch bestehenden Betriebe von 2 bis 5 ha Wein anbauen und neben den zahlenmäßig weit geringeren übrigen Sonderkulturbetrieben erheblich höhere Betriebs-einkommen erwirtschaften können als die rein landwirtschaftlichen Betriebe gleicher Größe. Die aufgezeigte Entwicklung verlief in unserem Lande keineswegs einheitlich. In der Nähe von industriellen Ballungsgebieten und größeren Orten mit genügend außerbetrieblichen Erwerbsmöglichkeiten kam es häufiger und eher zur Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes als in den noch weitgehend ländlich geprägten Gegenden. In den letzten Jahren läßt sich jedoch auch dort aus der Entwicklung der Rückgangsraten erkennen, daß in zunehmendem Maße Betriebsinhaber ihren Hof aufgaben.

Immer deutlicher hat es sich erwiesen, daß eine ausreichende Betriebsgröße notwendig ist für den rationellen Einsatz von Arbeit und Kapital. So dienen die freigesetzten Flächen der aufgegebenen Betriebe meist der Aufstockung zu größeren Betriebseinheiten. Belief sich die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb im Jahre 1949 auf 4,2 ha, so stieg sie bis 1965 auf 5,9 ha und bis 1972 auf 7,9 ha an. Es ist damit zu rechnen, daß sie sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen wird.

Das Ausscheiden vieler Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ist einmal auf die starke Reduzierung der Zahl der Betriebe zurückzuführen, zum anderen aber auch darauf, daß aus den noch vorhandenen Betrieben auch der größte Teil der familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte

abwanderte. Waren im Jahre 1949 in den landwirtschaftlichen Betrieben noch rund 750 000 familieneigene und -fremde Arbeitskräfte teils regelmäßig, teils unregelmäßig beschäftigt, so sank ihre Zahl 1960 auf 557 000 und 1970 auf 283 500. Nicht weniger als 77 600 Landwirte, die hauptberuflich einen landwirtschaftlichen Betrieb leiteten, gaben in dieser Zeit ihre bisherige Tätigkeit ganz auf oder bewirtschafteten ihren Hof nur noch im Nebenerwerb. Im Jahre 1970 betrug ihre Zahl noch 57 900. Von 1949 bis 1970 verminderten sich die ständig beschäftigten Arbeitskräfte von 575 300 auf 161 500. Eine zunächst gegenläufige Entwicklung ergab sich bei den teilbeschäftigten Personen, die bis 1960 eine leichte Zunahme auf 202 700 verzeichneten; in den folgenden Jahren kam es auch bei diesen zu einer verbreiteten Abwanderung, so daß ihre Zahl im Jahre 1970 auf 122 000 abgesunken war. In überdurchschnittlichem Maße suchten die ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte, die in unserem Land allerdings auch früher keine größere Bedeutung hatten, in anderen Wirtschaftszweigen neue Arbeitsplätze; 1970 waren von den ursprünglich 57 000 Kräften nur noch knapp ein Fünftel in landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Es konnte auch beobachtet werden, daß ein recht großer Teil der in andere Berufe übergewechselten familieneigenen Arbeitskräfte seinen Wohnsitz beibehielt und regelmäßig oder in Zeiten landwirtschaftlicher Arbeitsspitzen daheim mithalf.

Den in der Landwirtschaft gebliebenen Arbeitskräften gelang in Verbindung mit einem zunehmend größeren und moderneren Maschineneinsatz eine beachtenswerte Erhöhung der Produktivität. Andererseits ist auch darauf hinzuweisen, daß die in andere Berufe übergewechselten Arbeitskräfte nicht unerheblich zu dem gesamten wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen haben.

Verminderung der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Der aufgezeigte Strukturwandel hat sich in Verbindung mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in beträchtlichem Maße auch auf die Boden-

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1949 und 1970

Beschäftigungsgruppe	1949		1970	
	ins-	männ-	ins-	männ-
	gesamt	lich	gesamt	lich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Familieneigene Arbeitskräfte	648 527	45,1	253 249	49,0
ständig Beschäftigte	517 842	39,2	150 675	38,5
nicht ständig Beschäftigte	130 685	68,2	102 574	64,4
Familienfremde Arbeitskräfte	101 034	55,1	30 292	45,8
ständig Beschäftigte	57 461	69,8	10 784	69,3
nicht ständig Beschäftigte	43 573	35,8	19 508	32,9
Insgesamt	749 561	46,4	283 541	48,7

nutzung ausgewirkt. Die Wirtschaftsfläche von Rheinland-Pfalz, die in den einzelnen Jahren nur sehr geringen Schwankungen unterliegt, umfaßt insgesamt 1 983 900 ha. Nicht weniger als 83% davon wurden 1972 land- und forstwirtschaftlich genutzt. Während Forsten und Holzungen seit dem Jahre 1950 eine Ausdehnung um 18 000 ha erfuhren, verminderte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 53 000 ha und nahm 1972 nur noch 900 000 ha ein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß zur landwirtschaftlichen Nutzfläche des Jahres 1950 auch Brachflächen von schätzungsweise 10 500 ha gezählt wurden, so daß sich immer noch ein beträchtlicher Rückgang um etwa 42 500 ergibt. Die Gründe dafür sind teilweise darin zu finden, daß gute Ackerböden als Bauland benötigt werden und daß außerdem der Bau neuer Straßen und Plätze die landwirtschaftlich genutzte Fläche verringert. Häufiger liegen die Ursachen auch darin, daß viele landwirtschaftliche Betriebe infolge ungünstiger Produktionsbedingungen aufgegeben wurden, und deren Flächen keine anderweitige Nutzung fanden. Die Reduzierung der landwirtschaftlich genutzten Fläche dürfte sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Im engen Zusammenhang damit steht die Zunahme der nicht genutzten landwirtschaftlichen Fläche, die sich 1972 auf rund 56 000 ha ausgedehnt hat. Die oft ungünstigen Arbeits- und Verdienstverhältnisse der kleineren Betriebe führen

Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungsarten 1950 - 1972

Nutzungsart	1950	1955	1960	1965	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	ha									
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1)	953 054	981 988	969 933	928 624	917 564	918 647	915 371	912 027	910 025	899 837
Nicht genutzte landwirtschaftliche Fläche	.	.	.	36 204	45 315	42 142	42 326	47 164	49 213	56 359
Öd-, Abbau- und Unland	86 561	69 873	62 298	52 011	52 695	53 818	54 012	54 808	53 336	54 768
Unkultivierte Moorflächen	2 673	1 751	1 677	1 648	1 586	1 766	1 656	1 352	1 326	1 155
Waldfläche, Forsten und Holzungen	734 149	734 779	747 466	752 514	752 697	751 419	752 968	750 238	750 780	751 791
Gewässer	.	26 411	26 624	26 673	26 791	26 825	26 870	27 541	27 674	27 678
Gebäude- und Hofflächen	.	40 820	46 883	52 809	54 397	57 664	58 655	59 556	60 103	60 948
Wege, Straßen und Eisenbahnen	89 268	90 212	93 771	102 404	103 025	103 214	103 376	103 596	103 654	104 020
Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze	23 615	34 179	34 031	29 999	28 870	28 464	28 734	27 720	27 807	27 306
Insgesamt	1 971 830	1 980 013	1 982 683	1 982 886	1 982 940	1 983 959	1 983 968	1 984 002	1 983 918	1 983 862

1) 1950 - 1960 einschl. der nicht genutzten Flächen.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten 1950 - 1972

Kulturart	1950	1955	1960	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	ha										
Ackerland ¹⁾	616 126	636 287	617 211	561 499	554 291	546 599	546 052	542 324	541 000	539 551	532 739
Haus-, Nutz- und Kleingärten	24 077	22 977	20 091	19 072	20 094	20 186	20 968	21 198	21 280	21 182	20 654
Obstanlagen	8 038	9 055	9 273	10 954	11 797	12 166	12 201	12 467	11 735	11 498	10 873
Baumschulen	359	295	559	491	497	512	569	562	648	726	591
Dauergrünland ¹⁾	261 537	263 503	268 816	279 653	279 928	280 996	281 024	280 335	276 132	274 768	271 255
Bestocktes Rebland	37 546	47 402	50 999	52 504	52 872	53 518	54 483	55 332	57 267	58 521	60 057
Im Ertrag stehend	32 608	41 478	44 644	47 917	48 145	48 675	49 187	49 977	51 883	52 854	54 072
Weißweinsorten	28 250	36 171	39 794	42 921	43 255	43 868	44 470	45 367	47 337	48 483	49 887
Rotweinsorten	4 358	5 307	4 850	4 996	4 890	4 807	4 717	4 610	4 546	4 371	4 185
Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten	4 938	5 924	6 355	4 587	4 727	4 843	5 296	5 355	5 384	5 667	5 985
Rebbrache zur Wiederbestockung	3 686	1 578	1 229	4 230	4 144	3 397	3 156	2 983	3 521	3 360	3 230
Korbweiden, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes	306	383	333	221	203	190	194	170	444	424	438
Insgesamt	953 054	981 988	969 933	928 624	923 826	917 564	918 647	915 371	912 027	910 025	899 837

1) 1950 - 1960 einschl. der nicht genutzten Flächen.

dazu, daß in immer größerem Umfang bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen nicht mehr bearbeitet und zu Brachland werden. Seit einiger Zeit sind erhebliche Anstrengungen zur Aufforstung dieser Flächen, die besonders im Westerwald und in der Westpfalz anzutreffen sind, unternommen worden, womit außerdem der günstige Einfluß, welchen der Wald auf Klima und Reinheit der Luft ausübt, verbessert worden ist. Den landwirtschaftlichen Problemgebieten soll außerdem dadurch geholfen werden, daß mit staatlichen Mitteln der Fremdenverkehr gefördert wird.

Obwohl in Rheinland-Pfalz in bemerkenswertem Maße Sonderkulturen anzutreffen sind, dominiert die Acker- und Dauergrünlandnutzung in allen Regierungsbezirken und Kreisen eindeutig. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurden im Jahre 1972 fast drei Fünftel als Ackerland verwendet, während die Dauergrünlandnutzung mit 271 000 ha einen Anteil von 30% erreichte. Gegenüber 1950 betraf die Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche hauptsächlich das Acker-

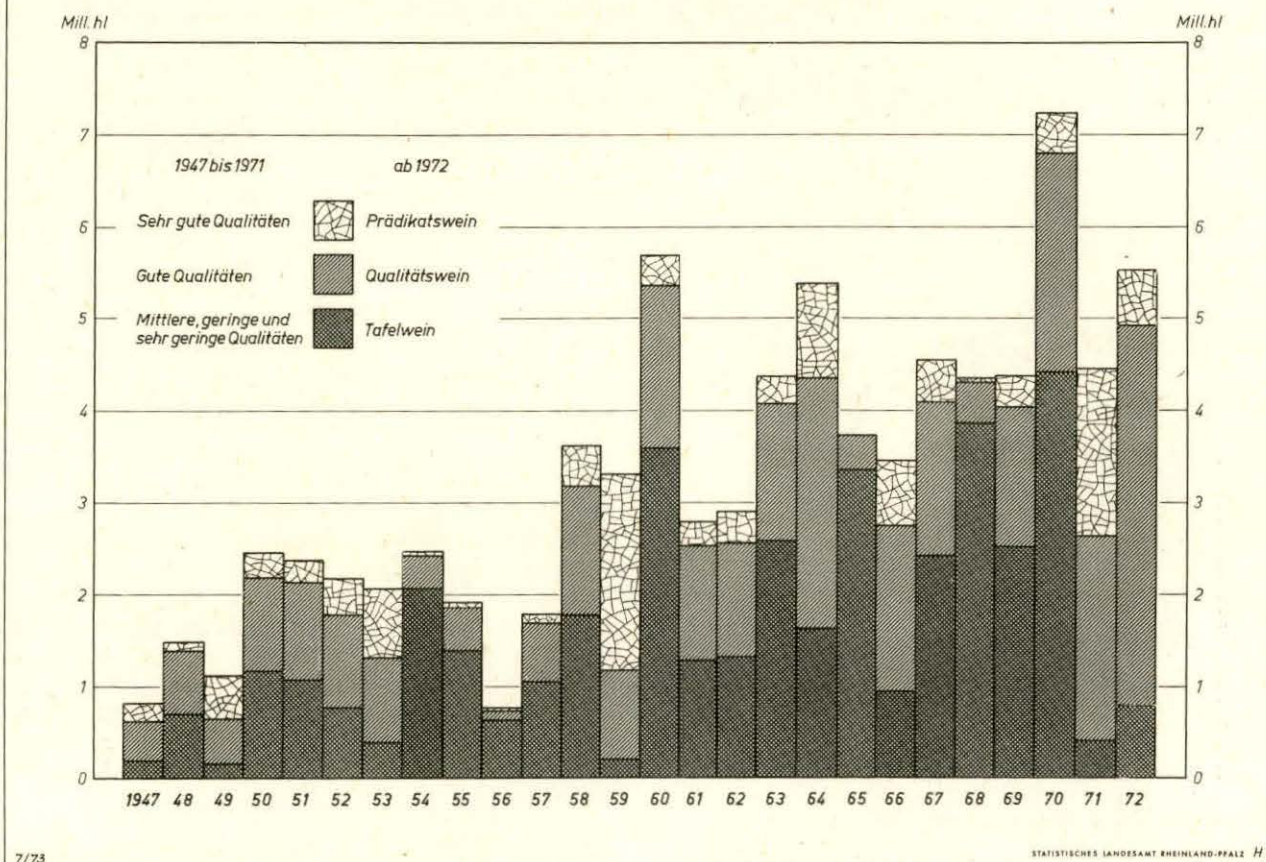
land, das um 13,5% auf 533 000 ha eingeschränkt wurde.

In jeder dritten Gemeinde unseres Landes ist Weinbau anzutreffen, dessen Bedeutung in den letzten Jahren zunehmend größer geworden ist. Die bestockte Rebfläche, die im Jahre 1950 auf 37 500 ha abgesunken war, wuchs in den darauffolgenden Jahren, als auch ein Teil der bereits vorhandenen Weinberge neu aufgebaut wurde, beständig an. Kurzfristig unterbrochen wurde die Aufwärtsentwicklung nur im Jahre 1957; infolge starker Frostschäden des vorangegangenen Jahres kam es zu nennenswerten Ausfällen. Bis zum Jahre 1972 konnte eine Zunahme von 22 500 ha oder 60% festgestellt werden, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von etwa 1 000 ha entspricht. Von 1950 bis 1972 wuchsen die weißen Rebsorten um 21 600 ha auf 49 900 ha und nahmen 83% der gesamten bestockten Rebfläche in Anspruch, während die roten Rebsorten mit 4 200 ha fast konstant blieben und nur noch 7% erreichten. Die restlichen 10% entfielen auf Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten.

Anbau und Ernte von Feldfrüchten 1949/53, 1960/65, 1967/72 (Sechsjahresdurchschnitte), 1972

Fruchtart	Anbaufläche				Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	Ø	Ø	1972	Ø	Ø	Ø	Ø	Ø	Ø
	1949/53	1960/65	1967/72	1972	1949/53	1960/65	1967/72	1949/53	1960/65	1967/72
	ha				dz			t		
Getreide	321 850	357 988	370 025	376 419	25,9	29,0	35,5	834 088	1 039 816	1 313 159
Brotgetreidearten	165 768	184 740	178 635	174 366	26,6	30,1	37,3	440 995	555 227	666 688
Weizen	68 844	112 460	130 571	132 628	29,2	32,8	38,9	200 743	368 996	508 530
Roggen	92 186	67 485	45 760	39 794	24,8	25,6	32,9	228 635	172 811	150 465
Wintermenggetreide	4 738	4 795	2 304	1 944	24,5	28,0	33,4	11 617	13 420	7 693
Futter- und Industriegetreidearten	156 082	173 248	191 390	202 053	25,2	28,0	33,8	393 093	484 589	646 471
Wintergerste	3 352	10 109	14 676	19 454	27,2	31,5	39,4	9 116	31 860	57 850
Sommergerste	52 326	71 665	85 153	93 060	28,4	29,4	34,8	148 597	210 462	296 060
Hafer	98 166	77 207	69 801	68 529	23,5	26,4	31,9	230 361	203 810	222 431
Sommermenggetreide	2 238	14 267	21 760	21 010	22,4	27,0	32,2	5 019	38 457	70 130
Körnermais	604	582	3 334	4 618	20,8	28,3	51,0	1 255	1 645	17 012
Kartoffeln	92 450	78 442	50 808	43 804	201,8	236,8	272,9	1 865 209	1 857 188	1 386 685
Frühkartoffeln	5 354	6 789	5 886	5 905	153,8	168,1	215,9	82 369	114 141	127 087
Spätkartoffeln	87 096	71 653	44 922	37 899	204,7	243,3	280,4	1 782 840	1 743 047	1 259 598
Rüben	71 209	63 840	53 816	51 736	356,9	449,3	729,4	2 541 157	2 868 302	3 925 497
Zuckerrüben	12 701	20 199	20 228	21 970	328,1	413,5	512,4	416 728	835 145	1 036 491
Runkelrüben	53 878	39 402	29 769	26 843	371,0	477,0	888,5	1 998 615	1 879 403	2 644 856
Ölfrüchte	4 000	763	2 115	3 501	12,6	16,4	24,3	50 532	1 254	5 135
Winterraps	3 247	488	1 730	2 969	13,3	17,9	25,0	43 208	872	4 333

Weinmosternten 1947-1972



Nach dem Ergebnis der letzten totalen Obstbaumzählung 1965 standen in Rheinland-Pfalz rund 11,2 Mill. Obstbäume; das waren gut 3% mehr gegenüber der Totalerhebung aus dem Jahre 1951. Die Obstanlagen wuchsen von 1950 bis 1972 um 2 800 ha auf 10 900 ha, verzeichneten in den letzten Jahren allerdings infolge von Absatzstockungen einen leichten Rückgang. Bemerkenswert ist jedoch die Erweiterung der Intensivanlagen. Die in der freien Feldflur anzutreffenden Bäume wurden dagegen in zunehmendem Maße gerodet.

Steinobst wird vorwiegend in Rheinhessen und der Vorderpfalz angebaut. Zwischen Mainz und Bingen befindet sich das größte Anbaugebiet für Sauerkirschen in Europa, während der Schwerpunkt des intensiven Apfelanbaues im Landkreis Ahrweiler liegt.

Die Anbaufläche für Gemüse auf dem Freiland stieg von 4 400 ha auf knapp 7 000 ha im Jahre 1963 an und ging bis 1972 auf rund 5 000 ha zurück. Während im Jahre 1950 die größten Anbauflächen für Zwiebeln, Spinat, Gurken und Kopfsalat ermittelt wurden, standen in den letzten Jahren Kopfsalat, Spargel, Spinat und Blumenkohl im Vordergrund. Schwerpunkte des Gemüseanbaues sind vor allem in den Landkreisen Ludwigshafen, Germersheim und Mainz-Bingen sowie in den Stadtkreisen Frankenthal und Mainz anzutreffen.

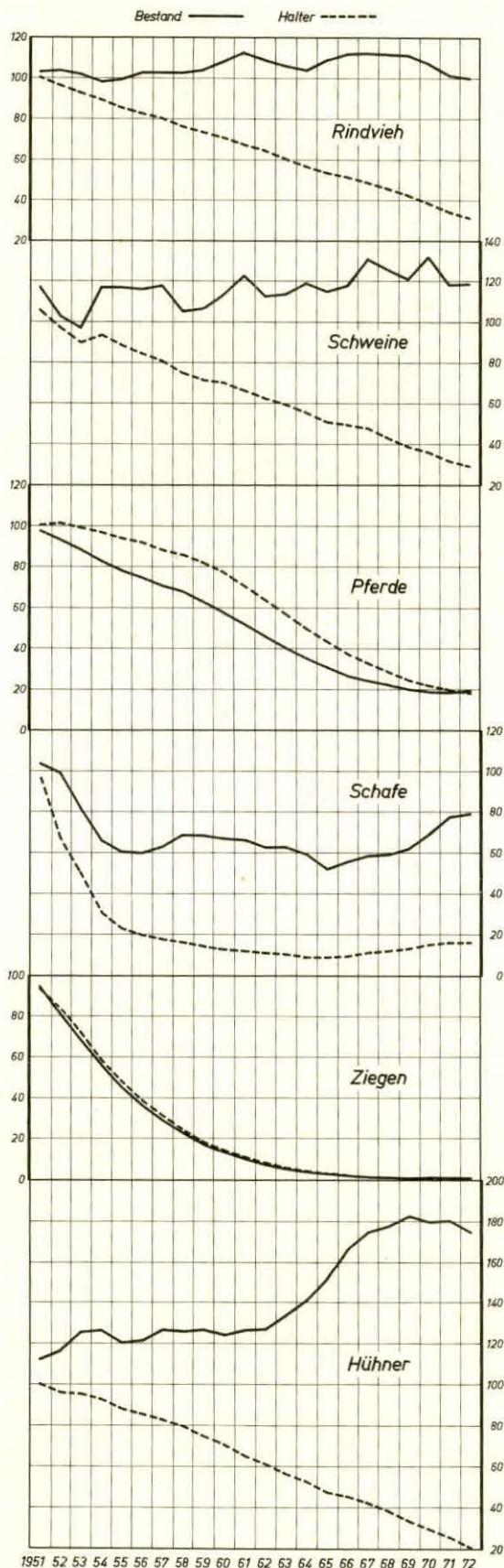
Beim Anbau von Feldfrüchten und Futterpflanzen, welcher vor allem von betriebs- und markt-

wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig ist, lassen sich seit etwa 1955 deutliche Entwicklungstendenzen beobachten. Die Bedeutung des Getreideanbaus, bei dem in hohem Maße Maschinen eingesetzt werden können und deshalb wenig Arbeitskräfte erforderlich sind, nahm deutlich zu. Dies gilt vor allem für Winterweizen, der unter den einzelnen Getreidearten seit mehr als zehn Jahren die größte Fläche (1972: 122 600 ha) einnimmt. Auch die Anbaufläche für Sommergerste hat sich seit 1950 annähernd verdoppelt. Kräftige Einschränkungen gab es dagegen vor allem bei Winterroggen und Hafer. Hackfrüchte, welche teilweise einen beträchtlichen Aufwand an menschlicher Arbeitskraft notwendig machen, erfuhren erhebliche Flächenreduzierungen. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten nur die Zuckerrüben, deren Anbaufläche seit 1950 um 72% erhöht wurde. Starke Einschränkungen ergaben sich auch bei den Futterpflanzen.

Im Jahre 1972 wurden in Rheinland-Pfalz 1,4 Mill. t Getreide, 1,2 Mill. t Kartoffeln und 1,1 Mill. t Zuckerrüben geerntet. Für alle Feldfrüchte ist eine deutliche Steigerung der Flächenleistungen erkennbar. Der durchschnittliche Hektarertrag erhöhte sich von 1949/53 bis 1967/72 bei Getreide von 26 auf 35,5 dz, bei Kartoffeln von 202 auf 273 dz und bei Zuckerrüben von 328 auf 512 dz. Eine Analyse der Ertragsverhältnisse seit 1949 zeigt, daß in Jahren mit über-

Viehhaltungen und -bestand 1951-1972

1950 = 100



durchschnittlichen Niederschlagsmengen meist höhere Hektarerträge erreicht wurden als in Trockenjahren. Die Ertragssteigerung seit 1949 dürfte aber vor allem durch einen höheren Aufwand an Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln sowie durch leistungsfähigeres Saat- und Pflanzgut erzielt worden sein.

Während sich die Weinmosternte im Durchschnitt der Jahre 1950/55 auf etwas über 2,2 Mill. hl belief, stieg sie im Sechsjahresdurchschnitt 1960/65 auf 4,1 Mill. hl und 1967/72 auf 5,1 Mill. hl an. Die größte Weinmosternte wurde 1970 mit 7,2 Mill. hl insgesamt und 139 hl/ha eingebracht. Nur teilweise läßt sich die beträchtliche Zunahme auf eine Erweiterung der Ertragsrebläche, vorwiegend aber auf echte Ertragssteigerungen zurückführen. Die Gründe für die beachtliche Verbesserung der Hektarerträge liegen ebenso wie bei den Feldfrüchten in erster Linie in einem höheren Aufwand an Mineraldünger und verbesserten Pflanzenschutzmitteln. Daneben haben sich auch der Anbau ertragreicherer Sorten sowie eine allgemeine Verjüngung der Weinberge ertragsteigernd ausgewirkt. Recht unterschiedlich fiel die Qualität der Weinmosternt, die in hohem Maße von den Witterungsverhältnissen abhängt, in den einzelnen Jahren aus. Einen hohen Anteil sehr guter Qualitäten erbrachten die Jahrgänge 1953, 1959, 1964 und 1971.

Konzentrationstendenzen in der Viehwirtschaft

Der tierischen Erzeugung, die in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft anteilmäßig schwächer vertreten ist als im übrigen Bundesgebiet, kommt in den letzten Jahren eine steigende Bedeutung zu. Das gilt vor allem für Fleisch, Milch und Eier, auf die trotz des umfangreichen Anbaus von Sonderkulturen fast die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Verkaufserlöse entfällt.

Das Ausmaß des eingetretenen Strukturwandels wird in der Viehwirtschaft besonders durch die stark rückläufige Entwicklung der Halterzahlen verdeutlicht. Von 1950 bis 1972 schrumpfte die Gesamtzahl der Viehhaltungen von 358 000 auf 102 000. Dabei reduzierte sich die Zahl der Rinder- und Schweinehalter auf etwa ein Drittel, die der Hühnerhalter auf etwa ein Viertel, und Pferdehalter wurden nur noch ein Fünftel gezählt. Deutlich vergrößerte sich andererseits in diesem Zeitraum der durchschnittliche Viehbestand je Halter, der die Bestandskonzentration in den Betrieben erkennen läßt. Rinder sind heute in Beständen von durchschnittlich 14 gegenüber 4 Tieren im Jahre 1950 anzutreffen, bei Schweinen stieg die Zahl von 3 auf 12 und bei Hühnern von 9 auf 71.

Die Rinderhaltung ist gegenwärtig neben der Schweinehaltung der bedeutendste Zweig der Viehwirtschaft. Zwar blieb die Zahl der Rinder seit 1950 nahezu konstant und betrug Ende 1972 insgesamt 678 000, der Bestand an Milchkühen verringerte sich indessen um etwa drei Zehntel auf 251 000. Es gelang aber, die durchschnittliche Milchleistung je Kuh mehr als zu verdoppeln, so daß

Jahr	Viehhalter insgesamt	Pferde	Rinder		Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner	Bienen- völker
			ins- gesamt	Milch- kühe	ins- gesamt	Zucht- sau- en				
			1 000 Stück							
1948	359 423	87,3	681,0	335,4	356,0	44,2	113,3	200,1	1 263,7	29,2
1950	357 631	87,8	678,2	366,0	628,1	44,1	79,3	166,1	2 827,7	90,1
1955	315 686	68,9	672,1	345,6	732,5	43,0	48,3	75,6	3 401,0	85,9
1960	256 049	50,6	733,9	334,6	711,3	51,9	53,3	22,8	3 505,9	86,3
1961	239 553	45,3	762,6	336,9	768,7	58,4	52,9	17,4	3 574,8	79,6
1962	227 550	40,1	737,2	326,7	705,5	50,5	50,0	12,6	3 587,6	77,2
1963	211 969	35,5	718,3	312,0	711,7	56,0	50,0	8,9	3 789,8	73,1
1964	199 173	30,9	704,6	302,3	747,3	55,3	47,3	6,4	3 986,6	70,6
1965	182 384	27,1	739,2	298,4	721,8	55,6	41,3	4,6	4 289,9	72,9
1966	176 384	23,6	759,7	298,2	738,9	61,6	44,5	3,4	4 717,0	62,8
1967	166 760	21,3	760,7	296,9	822,0	68,1	46,6	2,8	4 946,7	62,8
1968	154 591	19,5	755,3	293,8	786,9	64,6	47,3	2,1	5 018,4	62,6
1969	137 260	17,6	753,7	288,5	757,9	70,2	49,4	1,7	5 161,6	55,4
1970	127 034	16,6	725,7	265,8	827,4	76,5	55,2	1,4	5 076,0	55,2
1971	115 415	16,5	685,6	252,4	741,5	68,8	61,7	1,3	5 096,0	55,7
1972	101 995	16,8	677,7	250,8	743,5	69,6	62,5	1,1	4 933,3	50,3

die Milcherzeugung, welche 1950 nur 637 000 t betragen hatte, auf 951 000 t im Jahre 1971 anstieg. Der an Molkereien gelieferte Anteil wuchs beständig an und erreichte inzwischen vier Fünftel.

Der zunehmenden Nachfrage nach Fleisch und Fleischerzeugnissen folgend, nahm die Schlachtmenge von 92 000 t im Jahre 1950 auf 169 000 t 1971 zu. Trotzdem ist im Zuge der Maßnahmen zum Abbau der Milch- und Butterüberschüsse neuerdings auf den Märkten eine deutliche Verknappung an Schlachtrindern und -kälbern eingetreten. Seit geraumer Zeit sind Bestrebungen darauf gerichtet, bei der Rinder- und ausgeprägter noch bei der Kälbermast die Schlachtgewichte je Tier zu erhöhen. In welchem Maße dies gelungen ist, zeigt sich bei den Rindern, die 1950 durchschnittlich nur 226 kg erbrachten und 1971 insgesamt 53 kg mehr aufzuweisen hatten. Die Schlachtgewichte der Kälber wuchsen sogar von ursprünglich 33 kg auf nunmehr 77 kg an. Umgekehrt verlief dagegen die Gewichtsentwicklung bei den Schweinen, deren Bestand sich von 1950 bis Ende 1972 um etwa ein Sechstel auf 742 000 erhöhte. Da in den Jahren nach der Währungsreform der Verbraucher zunächst das Fettschwein, später mehr das fettarme Schwein bevorzugte, stellten sich Zucht und Mast alsbald auf das marktgängige Schwein ein, dessen durchschnittliches Schlachtgewicht seit mehreren Jahren konstant bei 82 kg liegt.

Durch die gestiegene Nachfrage nach Eiern und Geflügelfleisch nahm die Hühnerhaltung einen

beträchtlichen Aufschwung. Innerhalb der letzten 25 Jahre verdoppelte sich der Bestand an Legehennen, und die Legeleistung je Henne stieg von etwa 120 auf 215 Eier pro Jahr. Die Eierzeugung nahm kontinuierlich zu und belief sich 1971 auf 969 Mill. Stück.

Gewerbliche Wirtschaft

Wachstumsindustrien bestimmen Entwicklung

In der Nachkriegszeit, insbesondere induziert durch die Währungsreform im Jahre 1948, war die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz durch ein außerordentlich starkes Wachstum der gewerblichen Wirtschaft gekennzeichnet, welche im Zuge dieses Prozesses selbst einer nachhaltigen permanenten strukturellen Wandlung unterworfen war und ist. Hiermit verbunden war eine starke Steigerung der Einkommen — beispielsweise erhöhten sich die Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie allein in der Zeitspanne von 1962 bis 1972 um 115% und von 1950 bis 1972 um 451%. Dies führte zu einer Bedarfsverschiebung, die wiederum die Produktionspalette der Produzenten und Anbieter nachhaltig beeinflusste.

Das durch seine geographische Grenzlage lange benachteiligte Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz wurde durch die wirtschaftliche und politische Verflechtung mit dem Westen immer mehr aus seiner Grenzlage herausgelöst und zunehmend in eine Zentrallage der EWG gerückt, wobei es durch weitere Infrastrukturmaßnahmen gilt, die Vor-

Schlachtungen 1950 - 1971

Jahr	Schlachtungen			Ø Schlachtgewicht			Schlachtmenge		
	Rinder	Kälber	Schweine	Rinder	Kälber	Schweine	Rinder	Kälber	Schweine
	1 000			kg			t		
1950	135,3	124,9	585,9	226	33	92	30 613	4 148	53 927
1955	177,7	139,3	988,8	240	39	90	42 672	5 369	88 564
1960	206,8	104,1	1 132,6	252	46	85	52 138	4 774	96 390
1965	207,9	57,4	1 212,4	267	61	84	55 235	3 507	101 619
1970	242,4	24,0	1 196,9	277	77	82	67 080	1 854	98 382
1971	235,2	21,4	1 233,8	279	77	82	65 612	1 659	100 778

teile der veränderten Standorte voll zu nutzen. Hinzu kam, daß in der Phase der Verknappung der Arbeitskräfte auch die früher überwiegend landwirtschaftlich orientierten Höhengebiete durch die Freisetzungswelle infolge der Aufgabe vieler ländlicher Betriebsstätten attraktiv für gewerblichen Neuanstellungen wurden. Da insbesondere die über dem Durchschnitt der Entwicklung liegenden Branchen, die sogenannten Wachstumsindustrien, neue Produktionsanlagen schaffen und damit neue Standorte suchen mußten, implizierten diese Betriebsgründungen ein überdurchschnittliches Wachstum, so daß die Industriestruktur im Lande wesentlich ausgeglichener gestaltet werden konnte. In dieser Integrationsphase finden wir nunmehr auch abseits der traditionellen Industrielandschaft des Rheintales attraktive Agglomerationsschwerpunkte.

Die regionale Analyse der Industriebetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, daß heute in der Eifel, aber auch auf dem Hunsrück und in der West- bzw. Südpfalz Großbetriebe ansässig sind, deren Ansiedlung früher kaum realisierbar erschien. Vor allem auch lassen die regionalisierten Werte der Investitionsstatistik erkennen, in welchem Umfang hier moderne Anlagen gerade in den letzten Jahren geschaffen wurden, deren volle Auswirkungen für die Erschließung dieser Räume erst in den kommenden Jahren sich in den statistischen Ergebnissen voll niederschlagen werden. So gewichtige Branchen wie Büromaschinen/Datenverarbeitungsanlagen, Kraftfahrzeug- und Zuliefererindustrien waren zur Zeit der Gründung dieses Landes hier nennenswert kaum vertreten.

Derzeit wachsen beispielsweise vier namhafte Herstellerwerke von Autoreifen mit 4 500 Beschäftigten — weitere 1 000 sind in drei Runderneuerungsbetrieben tätig — in ihre Kapazitäten, wobei meist schon Vorbereitungen für weitere umfangreiche Ausbaustufen getroffen sind.

Allein nahezu 23 000 Beschäftigte fanden Ende 1972 Arbeit im Straßenfahrzeugbau, wobei sich die neuen Produktionsstätten fast ausnahmslos in ehemals strukturschwachen Gebieten ansiedelten. So belief sich beispielsweise der Produktionswert für den Sektor Kraftfahrzeuge einschließlich Zubehör im Jahre 1972 auf 3,6 Mrd. DM, ein Betrag, der dem im Jahre 1950 insgesamt von der rheinland-pfälzischen Industrie getätigten Umsatz entspricht. Wenn auch infolge der Geldwertänderung der vergangenen 25 Jahre ein solcher Vergleich nur eingeschränkt möglich ist — allerdings fällt der Preisanstieg für den Bereich der industriellen Erzeugnisse relativ am schwächsten aus —, so verdeutlichen diese Zahlen die Dynamik der Wirtschaftsprozesse des hinter uns liegenden Vierteljahrhunderts.

Zugleich mußten die Folgewirkungen schrumpfender Industriezweige durch die expandierenden ausgeglichen werden, wobei die gewonnene Vielfalt der Industriezweige durch ihre unterschiedliche Wirtschaftsdynamik und Konjunkturanfälligkeit fortan besser ein stabilisiertes Beschäftigungsniveau wird garantieren können. So wurde bereits in der Rezessionsphase 1967/68 der Beweis erbracht, daß nunmehr die Vielfalt und Dynamik so ausgeprägt sind, daß leichtere konjunkturelle Einbrüche keine wesentlichen negativen Spuren

Industrie 1948 - 1972
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Be- triebe	Beschäftigte			Ge- leistete Ar- beiter- stunden	Lohn- und Gehaltssumme		Lohn- summe je Ar- beiter- stunde	Umsatz ¹⁾			Aus- lands- umsatz	Export- quote
		ins- gesamt	Ar- beiter	Ange- stellte		ins- gesamt	Anteil am Umsatz		ins- gesamt	je ge- leistete Arbeiter- stunde	je Be- schäftig- ten		
		Anzahl	1 000	%		Mill.	Mill.DM		%	DM	Mrd.DM	DM	1 000 DM
1948	2 458	190	163	14,2	281	403	25,2	1,01	1,6	5,69	8	.	.
1950	2 391	218	183	16,1	418	661	18,0	1,19	3,6	8,61	17	0,4	10,7
1955	2 986	306	254	16,9	577	1 325	17,4	1,71	7,6	13,17	25	1,1	14,3
1960	2 902	355	286	19,2	589	2 172	18,9	2,65	11,5	19,52	32	1,8	16,0
1961	3 036	366	294	19,9	591	2 485	20,5	2,99	12,1	20,47	33	1,9	15,3
1962	3 101	368	292	20,7	575	2 736	21,2	3,36	12,9	22,43	35	2,0	15,3
1963	3 222	364	285	21,7	554	2 920	20,9	3,67	14,0	25,27	38	2,2	16,4
1964	2 313	368	287	22,1	561	3 314	21,3	4,10	15,5	27,63	42	2,6	16,4
1965	3 229	379	294	22,4	571	3 635	21,4	4,40	16,9	29,60	45	2,8	16,3
1966	3 148	384	296	23,0	566	3 950	21,5	4,76	18,4	32,51	48	3,4	18,2
1967	3 106	364	274	24,6	517	3 866	19,7	4,92	19,7	38,10	54	4,1	20,7
1968	3 022	368	278	24,5	531	4 201	19,7	5,23	21,3	40,11	58	4,9	23,0
1969	2 995	388	294	24,3	563	4 860	19,8	5,73	24,5	43,52	63	5,5	22,3
1970	3 005	407	306	24,8	581	5 895	21,1	6,78	28,0	48,19	69	6,0	21,6
1971	3 059	408	304	25,5	564	6 496	21,1	7,60	30,8	54,61	75	6,4	20,9
1972	3 067	403	298	26,1	548	7 059	20,9	8,37	33,8	61,68	84	7,4	22,0
Meßzahlen 1962 = 100													
1948	79	52	56	.	49	15	.	30	12	25	23	.	.
1950	77	59	63	.	73	24	.	35	28	38	49	20	.
1955	96	83	87	.	100	48	.	51	59	59	71	55	.
1960	94	96	98	.	102	79	.	79	89	87	91	90	.
1965	104	103	101	.	99	133	.	131	131	132	129	140	.
1970	97	111	105	.	101	215	.	202	217	215	197	300	.
1971	99	111	104	.	98	237	.	226	239	243	214	320	.
1972	99	110	102	.	95	258	.	249	262	275	240	370	.

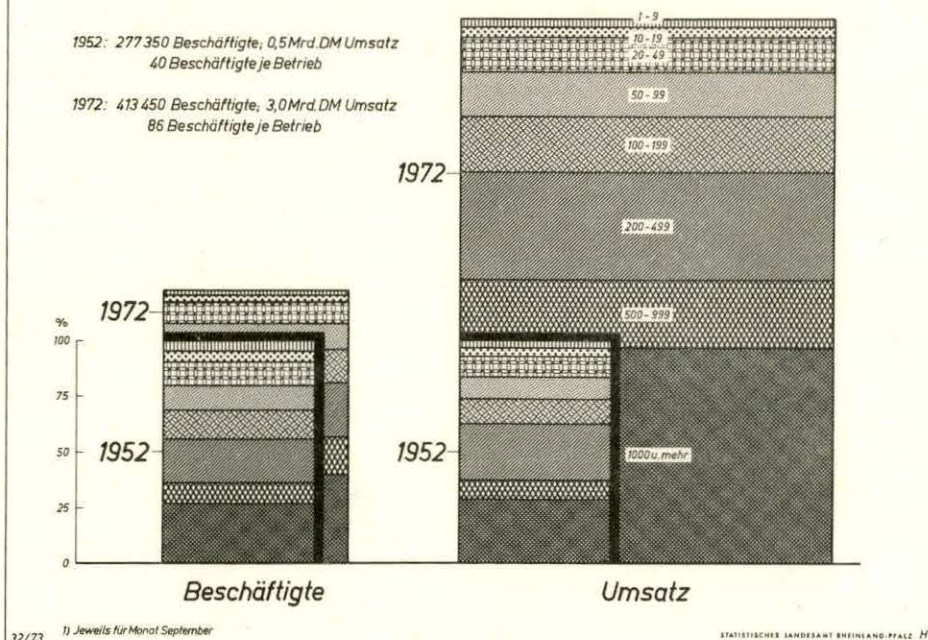
1) Ab 1968 ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer.

hinterlassen, es sei denn, eine bereinigte Basis durch das Ausscheiden der Grenzproduzenten für eine weitere Phase des konsolidierten Aufschwungs. Regional wurde indes in dem 25jährigen Beobachtungszeitraum vor allem der Westerwald mit seinem an das Siegerland grenzenden Gebietsteil von der Strukturkrise der Erzgewinnung, Verhüttung und Weiterverarbeitung betroffen. Ähnliches gilt für die Ledererzeugung, was vor allem die industrielle Entwicklung der Stadt Worms lange Zeit nachhaltig behinderte. Die weitgehende Stagnation der Schuhindustrie wirkte sich in dem monostrukturierten Umland von Pirmasens aus. Der Rückgang der Beschäftigung in der Schuh-

industrie war infolge einer Änderung der Wirtschaftssystematik stärker als es der Zahlenvergleich erkennen läßt. Auch Teilbereiche der Industrie der Steine und Erden, so die Ziegelfertigung und die Bimsindustrie, letztere mit Schwerpunkt im Neuwieder Becken, standen seit Jahren auf der Schattenseite der konjunkturellen Entwicklung.

Das Beschäftigtenpotential der Industrie hat sich in den vergangenen 25 Jahren von rund 190 000 auf reichlich 400 000 mehr als verdoppelt. Der steigende Anteil der Angestellten von 16% im Jahre 1950 bis zu 26% im Jahre 1972, was einem Anstieg von 35 000 auf 106 000 entspricht (+ 200%), läßt erkennen, welche Änderung der Disposition diese Entwicklungsprozesse auslöste. Entsprechend sank der Anteil der Arbeiter von 84 auf nunmehr 74% bei einem absoluten Anstieg um 63% auf knapp 300 000, wobei in den letzten Jahren infolge der Verknappung des Arbeitsangebots stärker auf Gastarbeiter zurückgegriffen werden mußte. Dies trifft zugleich auch für die übrigen Bereiche der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere für die Gastronomie im Dienstleistungssektor und für die Bauwirtschaft, zu. Dieser Umschichtungsprozeß wird vor allem bei der Analyse der Jahresreihen der vergangenen zehn Jahre evident, wo sich für den Bereich der Industrie im Durchschnitt ein jährlicher Zugang an Angestellten von 3 000 ergibt gegenüber 700 bei den Arbeitern. Während in den Aufbaujahren nach Kriegsende die Vollbeschäftigung und Integrierung der freigesetzten Landwirte für ein zunächst wenig industrialisiertes Land als ein großes, lange Zeit ungelöstes Problem galt, signalisiert der zunehmende Einsatz von Gastarbeitern eine Überbeschäftigung. So stieg die

Beschäftigte und Umsatz der Industrie nach Beschäftigtengrößenklassen 1952 und 1972¹⁾



Zahl der Gastarbeiter in Rheinland-Pfalz von 42 600 im Jahre 1966 auf nahezu 80 000 im September 1972, wovon rund 35 000 in Industriebetrieben eingesetzt wurden. Die Türken haben mit einem Anteil von 23% die Italiener (20%) inzwischen übertroffen. Die Jugoslawen stellten rund 18%, die Spanier 8% und die Griechen 7%. In Rheinland-Pfalz sind 3,3% aller Gastarbeiter des Bundesgebietes tätig, wovon 73% Männer und reichlich ein Viertel Frauen sind.

Hingegen hat die wachsende Kapitalausstattung der Arbeitsplätze das Wirtschaftswachstum zusätzlich beschleunigt und eine ungeahnte Produktivitätssteigerung ausgelöst. Gleichzeitig konnte die Lohn- und Gehaltsquote von rund 25% im Jahre 1948 auf 21% im Jahre 1972 gedrückt werden, obwohl das Entgelt für die geleistete Arbeiterstunde beispielsweise für die Industriearbeiter von DM 1,19 im Jahre 1950 auf DM 8,37 im Jahre 1972 stieg. Zugleich erhöhte sich der Umsatz je geleisteter Arbeiterstunde von DM 5,70 auf 61,70 DM. Diese Relation setzte eine Umsatzexplosion von 1,6 Mrd. DM im Jahre 1948 auf nahezu 34 Mrd. DM im Jahre 1972 voraus, wobei die rheinland-pfälzischen Industrieerzeugnisse sich sehr erfolgreich auf den Weltmärkten durchsetzten. Der Export stieg von 0,1 Mrd. DM im Jahre 1949 auf 7,4 Mrd. DM 1972 wodurch sich die Exportquote von 3,7 auf 22% erhöhte. Jede vierte Mark wird nunmehr auf den Auslandsmärkten verdient. Das zeigt zugleich die enge Einbindung in die Weltwirtschaft, erhellt allerdings auch, in welchem Ausmaß unsere Arbeitsplätze fortan von dem Auf und Ab der Weltkonjunktur abhängig sind. Die parallel verlaufende Einfuhrsteigerung läßt erkennen, inwieweit der heimische Markt für fremd-

Jahr	Insgesamt		Ernäh- rungs- wirt- schaft	Gewerbliche Wirtschaft						Anteil am Bund	EWG-Länder ²⁾		EFTA-Länder ²⁾	
				ins- gesamt	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren							
	ins- gesamt	Vor- erzeugnisse					End-							
	Mill. DM	1962 =100	%						Mill. DM	1962 =100	Mill. DM	1962 =100		
1950	430	19	2,7	97,3	8,0	16,3	73,0	45,8	27,2	5,1	196	28	74	11
1955	1 246	54	3,2	96,8	4,4	17,3	75,1	41,1	34,0	4,8	379	53	287	44
1960	2 127	92	3,0	97,0	3,0	12,7	81,3	41,4	39,9	4,4	655	92	586	90
1961	2 217	96	3,3	96,7	3,5	12,0	81,2	41,3	40,0	4,3	679	95	640	99
1962	2 308	100	2,8	97,2	3,1	10,9	83,2	42,2	41,0	4,4	712	100	648	100
1963	2 523	109	2,9	97,2	2,9	10,2	84,0	43,0	41,0	4,3	873	123	680	105
1964	2 894	125	2,9	97,1	2,8	8,9	85,5	45,7	39,8	4,5	995	140	794	123
1965	3 146	136	3,0	97,0	2,6	8,3	86,1	45,7	40,4	4,4	1 060	149	863	133
1966	3 971	172	2,9	97,1	2,3	8,2	86,6	40,9	45,7	4,9	1 464	206	1 019	157
1967	4 716	204	3,0	97,0	1,9	7,4	87,7	38,5	49,2	5,4	1 784	251	1 116	172
1968	5 355	232	3,2	96,8	1,8	6,4	88,6	37,5	51,1	5,4	2 004	281	1 185	183
1969	6 251	271	3,1	96,9	1,7	5,2	90,0	36,9	53,1	5,5	2 442	343	1 317	203
1970	6 795	294	3,4	96,6	1,7	5,2	89,7	34,6	55,1	5,4	2 611	367	1 445	223
1971	7 604	329	3,2	96,8	1,6	5,7	89,5	33,4	56,1	5,6	3 040	427	1 633	252
1972	8 850	383	3,4	96,6	1,4	4,8	90,3	31,9	58,4	6,5	3 545	498	1 942	300

1) Bis 5. 7. 1959 einschl. Saarland. - 2) Gebietsstand 31. 12. 1972.

ländische Erzeugnisse offen ist. Die Einfuhr nach Rheinland-Pfalz erreichte im Jahre 1972 eine Rekordhöhe von knapp 6 Mrd. DM gegenüber einer Gesamtausfuhr von nahezu 9 Mrd. DM.

Reichlich 7 Mrd. DM des Umsatzes der Industrie flossen als Lohn- und Gehaltssumme im Jahre 1972 den Arbeitnehmern zu. Dem standen Lohn- und Gehaltsaufwendungen von 403 Mill. DM im Jahre 1948 gegenüber. Das ergab Lohnbelastungen je geleisteter Arbeiterstunde von DM 1,01 im Jahre 1948 bzw. 8,37 DM im Jahre 1972. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß hier ein Teil der Sozialkosten außer Ansatz blieb. Der hohe Anstieg der Lohnkosten konnte indes weitgehend durch Rationalisierung aufgefangen werden und wurde nur in begrenztem Umfang in den Erzeugerpreisen weitergegeben, welche sich bei den Vorprodukten der Fertigungsprozesse allerdings wiederum kostensteigernd für die Betriebe auswirkten. Der Anstieg der Erzeugerpreise industrieller Produkte (ohne Strom, Gas, Wasser) um 40% von 83 im Jahre 1949 auf 116 (Basis 1962 = 100) im Jahre 1972 fiel für die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie mit + 36% nicht ganz so stark aus. Für die Investitionsgüterindustrien lag die Zunahme mit + 60% wesentlich über der für Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 42%), wogegen die Verbrauchsgüter (+ 22%) sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 12%) wesentlich günstigere Sätze ausweisen. An der überaus starken Preissteigerung für bergbauliche Erzeugnisse (+ 130%) konnten Betriebe unseres Landes nicht partizipieren, sie wurden vielmehr in der Produktionsstruktur davon betroffen (Preisanstieg der Kohle als Energieträger bzw. vor der Umstellung zur Petrochemie als Einsatzstoffe in der Chemie).

Die Änderung der Branchenstruktur erhellt sich aus den geänderten Relationen der Produktionshauptgruppen, welche am Beispiel der Umsatzaufteilung nunmehr folgende Werte ergibt (Angaben für 1948 in Klammern): Grundstoff- und Produktionsgüter einschließlich Bergbau 38% (48%), Investitionsgüter 30% (14%), Verbrauchsgüter 20%

(8%), Nahrungs- und Genußmittel 12% (30%). Zugleich lassen diese Werte den Erfolg der Bemühungen um einen Ausgleich der Branchenstruktur erkennen. Vor allem die zunehmende Bedeutung der Investitionsgüterindustrien schlägt sich hier in den Erfolgsbilanzen nieder, wo allein von 1966 eine Anteilsteigerung von 19,3 auf 29,8% glückte bzw. seit 1960 fast eine Verdoppelung. Damit pendelte sich die rheinland-pfälzische Industriewirtschaft stärker auf die Struktur des Bundes ein, wo sich in der obengenannten Reihenfolge folgende Rela-

Index der industriellen Produktion 1950 - 1972

Jahr	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Arbeitsproduktivität	
						je Beschäftigten	je Arbeiterstunde
1962 = 100							
1950	30	28	34	32	31	52	44
1955	58	57	60	54	59	69	58
1960	87	88	86	88	81	90	86
1961	92	92	93	94	90	94	92
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	107	110	105	102	111	106	110
1964	119	126	115	112	120	116	120
1965	129	137	128	123	128	123	128
1966	140	150	155	126	133	134	140
1967	147	159	180	123	136	150	162
1968	164	179	201	140	145	164	176
1969	185	202	247	160	154	177	191
1970	200	219	280	162	162	186	201
1971	212	234	288	170	178	196	216
1972	247	263	323	181	181	207	231
Veränderung in %							
1951	20,4	27,4	19,3	10,8	18,2	7,8	7,1
1956	8,7	8,6	4,8	9,3	17,0	2,6	4,5
1961	6,5	4,9	8,6	6,5	11,5	4,4	7,0
1962	8,3	8,8	7,2	6,8	11,2	6,4	8,7
1963	6,8	10,0	5,3	2,3	10,8	6,1	10,2
1964	11,4	14,3	8,8	9,7	8,6	9,7	8,0
1965	8,0	9,1	11,3	9,2	6,7	5,9	7,6
1966	8,9	9,0	21,7	3,2	3,2	8,4	9,5
1967	4,9	6,2	15,7	- 2,8	2,5	11,7	15,0
1968	11,7	12,9	12,1	13,7	6,6	10,0	9,3
1969	13,1	12,5	22,5	14,3	6,4	7,9	8,1
1970	8,1	8,6	13,6	1,6	4,9	4,9	5,1
1971	6,1	6,8	2,9	4,6	9,9	5,5	7,5
1972	10,8	12,6	11,7	7,7	2,3	5,6	6,9

tionen ergaben: 31,8% (1950: 33,6), 38,5% (24,1), 17,0% (23,8) und 12,7% (18,5). Das Übergewicht der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in Rheinland-Pfalz ist auf den stark überdurchschnittlichen Anteil der Chemiewirtschaft zurückzuführen, welche aber zu den Wachstumsindustrien zählt und folglich die Gesamtentwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft nachhaltig positiv beeinflusste.

Der Index der industriellen Nettoproduktion, welcher unter Ausschaltung von Preisveränderungen den Ausstoß der industriellen Güterfertigung zeigt, erhöhte sich auf Basis 1962 = 100 von 30 im Jahre 1950 auf 247 im Jahre 1972, wobei auch hier die Investitionsgüterindustrien mit 323 diese Entwicklung maßgeblich beeinflussten. Die übrigen Produktionshauptgruppen entwickelten sich wie folgt: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien 263 (28), Verbrauchsgüter- 181 (32), Nahrungs- und Genussmittelindustrien 181 (31). Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten, gemessen am Stande von 1962, hat sich gleichzeitig von 52 (1950) auf 207 (1972) und je Arbeiterstunde von 44 auf 231 erhöht.

Die größenklassenmäßigen Verschiebungen, gemessen am Beschäftigteinsatz, zeigen die Auswirkungen der Konzentrationstendenzen der Industriewirtschaft auf. Während 1952 noch 4 129 Betriebe über weniger als 10 Beschäftigte verfügten bei einem Beschäftigtenanteil von 4,9%, sank dieser Anteil bis zum Jahre 1972 auf 1,8% bei einer gleichzeitigen Betriebsreduzierung auf 1 804. Hingegen erhöhte sich in dieser Zeitspanne die Zahl der Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten von 28 mit 72 500 Beschäftigten auf nunmehr 47 mit 136 000 Beschäftigten, was einem Anstieg der Betriebe um 67,9% und der Arbeitskräfte um 87,3% entsprach. Bezieht man die 84 Betriebe mit knapp 60 000 tätigen Personen der Größenklasse 500 bis 999 noch ein (1952: 39 Betriebe mit reichlich 27 000 Beschäftigten), so ergibt sich für diese Großbetriebe ein Zuwachs der Betriebszahl um 92% und der Beschäftigten um reichlich 95%. Ihr Anteil am Arbeitskräftepotential erhöhte sich in diesen 20 Jahren von 35,9% auf 46,4% und gemessen am Septemberumsatz 1972 bestritten diese 131 Werke mehr als die Hälfte (53,2%) des Umsatzes.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Energieeinsatzes, der erforderlich ist, um eine solche immense Produktionssteigerung bewältigen zu können. Diese Daten lassen zugleich erkennen, welche Investitionen zur ausreichenden Energieversorgung erforderlich waren, da auch die übrigen Energieverbrauchergruppen ähnliche Bedarfssteigerungen zu verzeichnen hatten, wie die Differenz der Energiedarbietung zum Industriebedarf beispielsweise für die Elektrizitätswirtschaft zeigt. Zugleich verdeutlichen die Energiedaten, welche grundlegende Nachfrageverschiebung sich auf diesem Markt vollzogen hat, wo zum Beispiel der Kohleverbrauch der Industrie bis 1957 auf 3,6 Mill. t SKE gestiegen war, um dann verstärkt von der Konkurrenz des Heizöls verdrängt zu werden (1972: 0,9 Mill. t SKE). Gleichzeitig setzte sich auch das Gas stärker durch, dessen Marktanteil derzeit zwar

Energiewirtschaft 1950 - 1972

Jahr	Elektrizitäts-		Gas-		Verbrauch der Industrie ¹⁾ an		
	erzeugung	aufkommen	erzeugung	aufkommen	Kohle	Heizöl	Elektrizität
	Mill. kWh		Mill. cbm		1 000 t SKE	1 000 t	Mill. kWh
1950	1 152	1 571	47	.	2 556	.	1 689
1955	1 758	3 583	134	681	3 601	63	3 481
1960	2 722	5 455	139	709	3 347	344	5 200
1961	3 026	5 779	147	782	2 953	629	5 428
1962	3 093	6 180	146	758	2 925	665	5 769
1963	3 521	6 647	171	761	2 970	765	6 184
1964	4 055	7 152	171	745	2 856	984	6 617
1965	4 779	7 644	145	687	2 438	1 405	7 102
1966	5 364	8 114	129	762	1 955	1 794	7 629
1967	5 872	8 340	132	913	1 609	1 858	7 811
1968	6 453	8 988	38	1 068	1 540	1 921	8 344
1969	6 810	9 883	8	1 249	1 491	2 092	8 858
1970	6 513	11 137	8	1 421	1 236	2 344	9 452
1971	5 635	12 184	8	2 312	1 050	2 408	9 649
1972	5 922	12 732	7	3 030	920	2 454	10 122
Meßzahlen 1962 = 100							
1950	37	25	32	.	87	.	29
1955	57	58	92	90	123	10	60
1960	88	88	95	94	114	52	90
1965	155	124	99	91	83	211	123
1970	211	180	6	188	42	353	164
1971	182	197	6	305	36	362	167
1972	192	206	5	400	32	369	176

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

noch verhältnismäßig gering ist, im Zuge der wachsenden Bedeutung des Erdgases aber weiterhin zunehmen dürfte. Immerhin stieg das Gasaufkommen allein von 1970 auf 1972 um 113% auf 3 030 Mill. cbm, wobei die Fernversorgung inzwischen das örtliche Aufkommen nahezu vollkommen ablöste. Das Elektrizitätsaufkommen war von 1 571 im Jahre 1950 auf 12 184 Mill. kWh gestiegen. Die Erzeugung war im Jahre 1969 mit 6 810 gegenüber 1 152 Mill. kWh im Jahre 1950 am höchsten. Die neuen Kraftwerke im Zuge der Moselkanalisierung führten hier zu einer stärkeren Selbstversorgung.

Einen außergewöhnlich hohen Verbrauchszuwachs hatte das Heizöl zu verzeichnen. Der Verbrauch der Industrie stieg von 22 000 t im Jahre 1954, als dies hier erstmals in nennenswertem Umfang zum Einsatz kam, auf 2,5 Mill. t im Jahre 1972 sprunghaft. Eine starke Expansion der Mineralölwirtschaft wurde damit gleichzeitig induziert, wovon auch unser Land durch Neuansiedlungen von Raffinerien begünstigt wurde. bzw. wird. Die immensen Steigerungen des Energieverbrauchs hatten auch einen Ausbau der Versorgungssysteme zur Folge, um regionale Engpässe auszuschließen.

Konsolidierungsprozeß im Handwerk

Einen ähnlichen Wirtschaftsaufschwung hatte das Handwerk in der Nachkriegszeit zu verbuchen, wobei auch dieser Wirtschaftsbereich einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau und zur anschließenden Phase der Konsolidierung und Ausbreitung des Wohlstandes zu leisten verstand. Allerdings wurde ein so vielfältiger und im wesentlichen kleingewerblich strukturierter Wirtschaftsbereich viel stärker von den allgemeinen Entwicklungstendenzen selbst beeinflusst, wobei die konjunkturelle Entwicklung die einzelnen Branchen wesentlich unterschiedlicher begünstigte als die In-

dustrie bzw. sich hier Strukturkrisen in einem so langen Zeitabschnitt viel schärfer auszuwirken vermochten. Vor allem mußten sich die im industriellen Sektor aufgezeigten stürmischen Entwicklungen im warenproduzierenden Fertigungsbereich auf die Konkurrenzbetriebe der manuellen Fertigung nachteilig auswirken. So blieben die ehemals als klassische Handwerker zu bezeichnenden Schuhmacher, Schneider, Wagner, Küfer, Schmiede, um nur die wichtigsten zu nennen, auf der Strecke. Umgekehrt induzierte das Vordringen der Kraftfahrzeuge, der Haushaltsgeräte und Phonoartikel eine Kapazitätsausweitung, welche alle Erwartungen weit übertraf. Zudem wurde die Einbuße von Produktionsaufgaben durch die Einschaltung in den Vertrieb von Industrieerzeugnissen mehr als kompensiert. Insgesamt führte dieser Strukturwandel, bei dem hohe Zuwachsraten einzelner Handwerkszweige stärkeren Rückgängen in Form von Gesundungsschrumpfungstendenzen anderer Branchen gegenüberstehen, zu einer sehr begrüßenswerten Stärkung der Handwerkswirtschaft, wobei sich diese über Erwarten anpassungsfähig gegenüber Nachfrageverschiebungen erwies. Hier waren starke Impulse der Selbsthilfe auch vom Genossenschaftsgedanken ausgegangen, um sich analog der Großbetriebe beim Einkauf die Vorteile des Massenbezugs zu Nutzen zu machen. Nicht unerwähnt bleiben sollte auch, daß das Handwerk als wichtige Säule des Mittelstandes durch eine zielbewußte Handwerkspolitik unterstützt und gefördert wurde, zumal das Handwerk als die große Arbeitsschule der Wirtschaft zu bezeichnen ist.

Durch einen permanenten, vom Konkurrenzdruck bedingten Ausleseprozeß reduzierte sich die Zahl

der Handwerksbetriebe um 39% von knapp 60 000 im Jahre 1949 auf ca. 36 000 Ende 1972 (1968: 40 700), während gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um reichlich 30% stieg, so daß sich die durchschnittliche Beschäftigtengröße von 3 im Jahre 1949 bis zum Jahre 1968 verdoppelt hatte, was den Konsolidierungsprozeß verdeutlichte. Mißt man die Entwicklung nach dem Stand des Jahres 1962, errechnet sich für 1949 für die Beschäftigten eine Meßziffer von 77 gegenüber 104 im Jahre 1972, wobei die Beschäftigtenentwicklung in den vergangenen zehn Jahren weitgehend zum Stillstand kam, wogegen von 1950 bis 1956 (95) noch eine beachtliche Expansion zu verzeichnen war. Dagegen zeigt die Entwicklung der Umsätze, daß infolge beständig steigender Kapitalausstattung auch nach 1956 sich das starke Wachstum fortsetzte. So errechnete sich auf Basis 1962 für 1950 eine Umsatzziffer von 19 und für 1972 eine von 226. Auch unter Ausschaltung der Preiskomponente ergibt sich für die vergangenen zehn Jahre eine kräftige reale Umsatzausweitung, allerdings läßt die seit 1966 fallende Tendenz des Anteils am Sozialprodukt erkennen, daß das Handwerk mit der Gesamtentwicklung nicht ganz Schritt halten konnte. So blieb beispielsweise der Umsatz je tätiger Person mit einem Zuwachs von + 123% geringfügig hinter der Umsatzsteigerung zurück.

Baugewerbe im Boom

Infolge der kriegsbedingten Zerstörungen der Gebäude und des Verkehrsnetzes bzw. des umfangreichen Wartungsrückstandes und der Bedarfssteigerungen an Wohnkomfort und gemeinschaftlichen Einrichtungen wurde die Bauwirtschaft im vergangenen Vierteljahrhundert von einem enor-

Bauhauptgewerbe 1950 - 1972

Jahr	Betriebe	Beschäftigte			Geleistete Arbeitsstunden	Lohn- und Gehaltssumme			Umsatz					Gerätebestand		
		insgesamt	Fachwerker und Werker	Ange-stellte		insgesamt	Anteil am Umsatz	je Arbeitsstunde	insgesamt	Wohnungs-bau	Öffentlicher u. Verkehrs-bau	je geleistete Arbeitsstunde	je Beschäftigten	Betonmischer	Turmdrehkrane	Straßenwalzen
		Anzahl	1 000	%		Mill. DM	%	DM	Mill. DM	%		DM	1 000 DM	Anzahl		
1950	4 378	56	18	3,6	102	126	37,4	1,24	337	.	.	3,30	6	2 000	41	246
1955	4 458	76	31	3,9	156	291	32,2	1,87	905	39,0	42,5	5,80	12	4 975	254	583
1960	4 136	79	28	5,1	147	432	31,9	2,94	1 355	33,9	42,4	9,22	17	7 849	625	736
1961	4 116	82	30	4,9	151	513	32,1	3,40	1 596	30,6	47,8	10,57	19	8 584	847	801
1962	4 555	91	33	5,5	163	613	29,9	3,76	2 052	29,2	53,4	12,59	23	9 828	1 172	887
1963	4 560	98	35	5,1	160	688	30,8	4,30	2 233	28,2	55,2	13,96	23	10 674	1 474	1 055
1964	4 748	100	35	6,0	177	847	33,3	4,79	2 543	29,8	52,3	14,37	25	11 519	1 770	1 179
1965	4 733	99	33	6,1	168	907	34,7	5,40	2 614	30,6	49,9	15,56	26	12 136	2 043	1 198
1966	4 691	96	31	6,3	169	958	34,1	5,67	2 813	31,5	49,6	16,64	29	12 374	2 156	1 330
1967	4 622	87	26	6,9	153	848	31,3	5,54	2 712	32,2	51,5	17,73	31	12 191	2 200	1 376
1968	4 723	90	28	6,7	153	916	50,6	5,99	1 810	34,3	47,0	11,83	20	11 918	2 277	1 463
1969	4 671	91	27	7,7	152	1 003	38,0	6,60	2 639	32,2	49,5	17,36	29	11 878	2 468	1 586
1970	4 573	89	27	7,9	154	1 194	38,9	7,75	3 072	27,1	49,5	19,95	35	11 598	2 564	1 648
1971	4 552	89	26	7,9	159	1 376	35,2	8,65	3 905	29,3	48,6	24,56	44	11 306	2 646	1 672
1972	4 485	92	25	8,7	159	1 535	37,6	9,65	4 081	30,1	49,4	25,67	44	11 340	2 915	1 813

Meßzahlen 1962 = 100																
1950	96	62	55	.	63	21	.	33	16	.	.	26	26	20	3	28
1955	98	84	94	.	96	47	.	50	44	.	.	46	52	51	22	66
1960	91	87	85	.	90	70	.	78	66	.	.	73	74	80	53	83
1965	104	109	100	.	103	148	.	144	127	.	.	124	113	123	174	135
1970	100	98	82	.	94	195	.	206	150	.	.	158	152	118	219	186
1971	100	98	79	.	98	224	.	230	190	.	.	195	191	115	226	189
1972	98	101	76	.	98	250	.	257	199	.	.	204	191	115	249	204

men Boom erfaßt, der insbesondere Anfang der 50er Jahre noch durch die Einbeziehung weiter Landesteile in die westliche Verteidigungsstrategie verstärkt wurde. Seit Mitte der 60er Jahre schließlich war es unter anderem der verstärkte Ausbau der Autobahnen, der neue Impulse setzte. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß in einer so langen Zeitspanne wiederholt die öffentliche Haushaltslage die Konjunktur dieses Wirtschaftsbereichs nachhaltig negativ beeinflusste; denn die Bauproduktion ist wie kein anderer Wirtschaftszweig von der Öffentlichen Hand abhängig. Die Verlängerung der Haushaltsperioden bzw. die Herauslösung langfristiger Entwicklungspläne zielt hier auf eine notwendige stärkere Kontinuität ab.

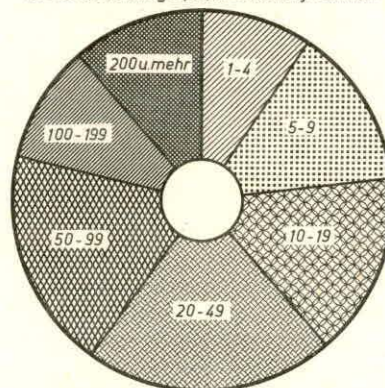
Zwar führten hohe Investitionen zu einer technisch hochentwickelten Ausstattung mit Baumaschinen und -gerät; dennoch blieb der Grad der Technisierung, insbesondere im Hochbau, hinter den Erwartungen zurück, wo die konventionelle Bauerstellung zu langsam der Vorfertigung und dem Fertigbau weicht. Trotzdem hatte die hohe kapitalmäßige Ausstattung der Arbeitsplätze eine anerkennenswerte überaus starke Effizienzsteigerung zur Folge, ohne die ein solcher Wiederaufbau und Ausbau nicht möglich gewesen wären. Diese Entwicklung wurde allerdings mit hohen Preissteigerungen erkauft, die insbesondere durch die große Lohnintensität bei starker Steigerung der Masseneinkommen bedingt war, da sowohl das Bauhauptgewerbe als auch insbesondere das Ausbaugewerbe zu den lohnintensivsten Gewerbezweigen zählen. Hinzu kam die Verknappung an Arbeitskräften. Die Lücken konnten nur unvollständig durch Gastarbeiter ausgefüllt werden.

Das Arbeitskräftepotential des Bauhauptgewerbes erhöhte sich von 56 000 im Jahre 1950 auf 92 000 im Jahre 1972, wobei im Jahre 1964 mit 100 000 der Höchststand erreicht worden war, der in der Rezessionsphase 1967 auf 87 000 abgesunken war. Auch in der Bauwirtschaft ist das Vordringen der Angestellten infolge der Verkomplizierung der Fertigungsprozesse gegenüber den Arbeitern festzustellen. So erhöhte sich die Zahl der Angestellten von 2 000 im Jahre 1950 auf 8 000 im Jahre 1972 (+ 300%), während sich die Zunahme der Arbeiter gleichzeitig nur auf + 88% belief, wobei der Substitutionsprozeß der ungelernten Kräfte am größten war. Infolge der hohen Beschäftigtenzunahme und der starken Anhebung der Stundenlohnsätze stieg die Lohn- und Gehaltssumme von 1950 von 126 Mill. DM auf reichlich 1,5 Mrd. DM im Jahre 1972, so daß nunmehr die durchschnittliche Monatslohnsumme der Jahreslohnsumme von 1950 entspricht. Gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag die Spitze mit 177 Mill. im Jahre 1964, wobei sich für die vergangenen zehn Jahre ein Durchschnitt von 160 Mill. errechnet gegenüber 149 Mill. für die Zeitspanne 1953 bis 1962 (+ 7,4%).

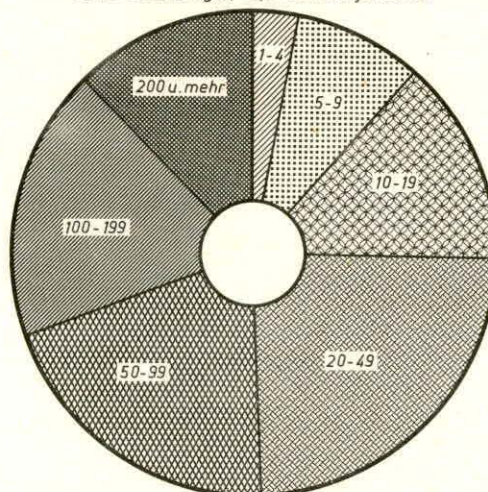
Interessant ist in diesem Zusammenhang der Zugang an Baugeräten. Der Bestand an Betonmischern beispielsweise erhöhte sich von 2 000 im

Beschäftigte des Bauhauptgewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen 1950 und 1972

1950
55 400 Beschäftigte; 12,6 Personen je Betrieb



1972
92 100 Beschäftigte; 20,5 Personen je Betrieb



33/73

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Jahre 1950 auf 11 340, bei Turmdrehkränen beliefen sich die Vergleichsgrößen auf 41 und 2 915, bei Baggern auf 85 und 2 951, bei Straßenwalzen auf 246 und 1 813, bei Lastkraftwagen auf 627 und 7 585. Dabei ist zusätzlich der technische Entwicklungsstand dieser Aggregate zu berücksichtigen, der in einer Phase eines Vierteljahrhunderts kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde vermag einen gewissen Anhaltspunkt über den Grad der Leistungssteigerung zu liefern. Allerdings wirken sich hier zugleich die Preissteigerungen mit aus. Dieser Wert stieg von 3,30 DM im Jahre 1950 auf 25,67 DM im Jahre 1972. Umgekehrt ergab sich eine Lohn- und Gehaltsbelastung je Arbeitsstunde von 1,24 DM im Jahre 1950 gegenüber 9,65 DM im Jahre 1972. Die Lohn- und Gehaltsquote, das heißt der Anteil der Lohn- und Gehaltszahlungen am Jahresumsatz, vergrößerte sich von 27% (1952) auf knapp 38% im Jahre 1972. Der Umsatz ist gleichzeitig

von 337 Mill. DM im Jahre 1950 auf nunmehr reichlich 4 Mrd. DM gewachsen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dieser einschließlich Mehrwertsteuer noch entsprechend höher ausfiel. Der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaues belief sich zuletzt auf 49,4% (1954: 43,3%) und der des Wohnungsbaues auf 30,1% (1954: 41,6%).

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang noch, den je Beschäftigten erzielten Umsatz im Zeitverlauf zu untersuchen (1950: 6 000 DM; 1972: 44 000; + 637%). Entsprechend ist die Bauproduktion, gemessen an der Basis 1962, das heißt real von 1962 bis 1972 um 67% gestiegen, wobei die Zuwachsrate des Tiefbaues mit + 84% die des Hochbaues (+ 54%) wesentlich übertraf. Gemessen an diesem wichtigen Indikator ergab sich 1950 für das Bauhauptgewerbe ein Stand von 33, der 1972 um das Fünffache höher lag. Den Umfang der Preissteigerungen in diesem Vierteljahrhundert vermag schließlich der Preisindex für Wohngebäude in etwa zu signalisieren. Auf der Basis des Jahres 1962 ergibt sich hier für 1950 ein Stand von 55 und für 1972 von 170, was bedeutet, daß seit 1962 allein ein Anstieg von + 70% zu registrieren und seit 1964 eine Verdoppelung eingetreten ist.

Ständig verbesserte Wohnungsversorgung

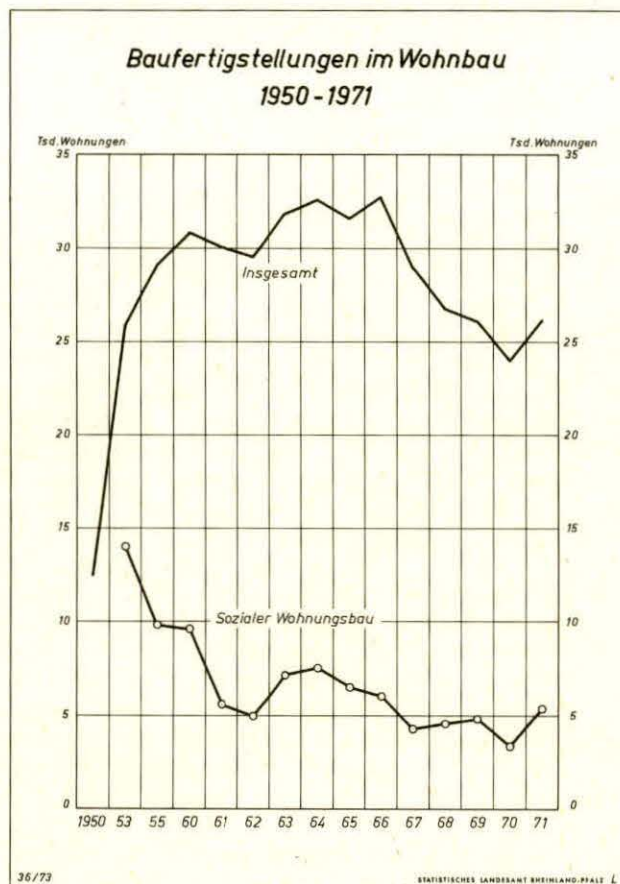
Als Folge dieser Aktivitäten in der Bautätigkeit konnte das durch den Zweiten Weltkrieg entstandene Wohnungsdefizit abgebaut werden, von 1945 bis 1950 durch Schwierigkeiten der Material-

beschaffung und ungünstige Lebensverhältnisse nur zögernd, im folgenden Jahrzehnt dann durch eine imponierende Wohnungsbauleistung von privaten Bauherren und Unternehmen sowie der öffentlichen Hand in ständig wachsendem Maße. Der Zeitraum von 1960 bis zur Gegenwart kann als Periode der Beseitigung des Wohnungsfehlbestandes, ja sogar der weitgehenden Befriedigung der individuellen Wohnwünsche über den freien Wohnungsmarkt angesehen werden.

Der eigentliche Beginn des Wiederauf- und Neubaus von Wohnungen läßt sich in Rheinland-Pfalz auf das Jahr 1950 datieren, denn in diesem Jahr wurden bereits 12 200 Wohnungen im Wohnbau wiederhergestellt oder neu errichtet. Ein Jahr später stellte sich das Fertigstellungsergebnis bereits auf das Doppelte, um in den darauffolgenden Jahren ständig zuzunehmen. Entscheidende Impulse erhielt die Wohnungsbautätigkeit durch das Erste Wohnungsbaugesetz vom August 1953, das dem Wohnungsbau durch Einsatz öffentlicher Mittel, Übernahme von Bürgschaften, Steuervergünstigungen, Bereitstellung von Bauland und Auflockerung der Wohnungszwangswirtschaft eine wirksame Hilfe brachte. Von 1959 bis 1966 pendelte sich der Wohnungsbau auf einem relativ hohen Niveau ein, denn der durchschnittliche jährliche Zugang betrug in dieser Zeit rund 31 200 Wohnungen im Wohnbau. Das absolut höchste und aller Wahrscheinlichkeit nach auch vorerst nicht mehr zu erreichende Jahresergebnis gab es 1966 mit 32 649 Wohnungen. Bedingt durch die folgende Rezession und ungünstige Bedingungen witterungsmäßiger, kreditwirtschaftlicher und preisbedingter Art trat ein kontinuierlicher Rückgang der Fertigstellungen bis auf 23 900 Wohnungen im Jahre 1970 ein. Ab 1971 ist wieder eine verstärkte Zunahme der fertiggestellten Wohnungen zu verzeichnen.

In welchem Ausmaß die Förderung des Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand in den 50er Jahren, also dem Jahrzehnt des eigentlichen Wiederaufbaus, quantitativ bedeutsam war, geht aus der Tatsache hervor, daß in Rheinland-Pfalz zunächst über die Hälfte aller im Wohnbau errichteten Wohnungen zur Kategorie der Sozialwohnungen zählte - 1953 waren es 54% -, in den Folgejahren bis 1960 schwankte dieser Wert noch zwischen 46 und 31%. Mit dem Auslaufen verschiedener Wohnungsbauprogramme war ein stetiger Rückgang des Anteils der Sozialwohnungen am Fertigstellungsergebnis bis zu dem bisherigen Tiefstand von 14% im Jahr 1970 festzustellen. Bedingt durch neue Förderungsprogramme ist ab 1971 wieder ein Anstieg der Zahl der mit öffentlichen Hilfen gebauten Wohnungen zu beobachten.

Die Wohnungsgröße anfangs der 50er Jahre war verhältnismäßig gering und belief sich im Durchschnitt von 1950 bis 1954 auf knapp 60 qm bei einem Aufwand von 13 100 DM veranschlagten reinen Baukosten je Einheit. Ab 1955 ist ein deutlicher Zug zur größeren Wohnung festzustellen, der dazu führte, daß 1971 über 94 qm Wohnfläche je Wohnung bereitgestellt wurden, also eine Steigerung



Jahr	Insgesamt			Sozialer Wohnungsbau		
	Ge- bäude	Woh- nungen	Wohn- räume	Ge- bäude	Woh- nungen	Wohn- räume
1950	5 102	12 232	45 378	-	-	-
1953	10 084	25 802	95 956	4 783	14 008	46 824
1955	12 027	29 138	112 203	3 508	9 880	33 446
1960	13 318	30 850	133 604	3 662	9 650	37 339
1961	13 698	30 070	133 446	2 378	5 640	22 582
1962	14 075	29 481	133 734	2 376	5 002	21 754
1963	15 011	31 709	145 651	3 343	7 131	32 171
1964	15 827	32 545	149 545	3 423	7 541	33 944
1965	15 327	31 645	147 257	3 052	6 520	29 766
1966	15 525	32 649	151 616	3 114	6 108	28 927
1967	14 387	29 007	137 890	2 132	4 208	20 069
1968	13 370	26 708	126 958	2 019	4 654	21 386
1969	13 025	26 090	122 280	1 892	4 851	22 366
1970	11 992	23 900	113 947	1 355	3 321	15 759
1971	13 303	26 140	123 299	2 098	5 353	24 865

von mehr als 50% gegenüber dem Zeitraum 1950 bis 1954. Da neben einer größeren Fläche auch die Ansprüche an die Qualität der Wohnung ständig wuchsen und außerdem die Preissteigerung im Baugewerbe besonders hoch war, stiegen die Kosten je Wohnung im Vergleich zur Fläche überproportional. So kostete 1971 eine Wohnung in neu errichteten Wohngebäuden etwa 65 200 DM, also sechsmal so viel wie zu Beginn der 50er Jahre. Parallel zur kontinuierlichen Vergrößerung der Wohnfläche ging im Laufe der Jahre eine stetige Erhöhung der Raumzahl der fertiggestellten Wohnungen. Zunächst überwog als Einzeltyp in den ersten Nachkriegsjahren die Dreiraumwohnung, die bis 1953 ungefähr die Hälfte aller in neuen Wohngebäuden errichteten Wohnungen ausmachte, gefolgt von den Vierraumwohnungen mit einem Anteil von einem Viertel des Fertigstellungsergebnisses. Dieser Wohnungstyp konnte seinen Wert halten und zwischenzeitlich bis auf ein Drittel steigern, während die Dreiraumwohnung ständig an Bedeutung verlor (1971 = 13%). Entsprechend vergrößerte sich das Gewicht der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, die 1971 bereits über die Hälfte des Bauergebnisses auf sich vereinigen konnten (54%).

Steigende Komfortansprüche drücken sich aber nicht nur in wachsender Wohnfläche und zunehmender Zahl an Wohnräumen, sondern vor allem auch in der Wohnungsausstattung aus. Während in der Zeit des Neubaus nach Kriegsende das Kriterium Badezimmer schon sehr stark vertreten war - bereits 1953 hatten drei Viertel der in neu errichteten Wohngebäuden zugegangenen Wohnungen ein Bad, und ab 1960 waren es durchweg über 95%, ab 1967 sogar über 99% - erschien die Ausstattung mit Zentralheizung zunächst mehr als dürftig. Erst 1957 konnte die 10%-Grenze überschritten werden (12%), 1961 stellte sich der entsprechende Anteil auf etwas über ein Viertel, um dann in den folgenden Jahren schnell bis auf 92% im Jahre 1971 anzusteigen.

Innerhalb der Bauherrngruppe lagen die privaten Haushalte eindeutig an erster Stelle. Seit 1953 bauten sie allein 69% der neuerrichteten Wohnungen, in weitem Abstand gefolgt von den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, die einen Anteil von gut einem Fünf-

tel erreichten. Die öffentlichen Bauherren, die sonstigen Wohnungsunternehmen und die übrigen Unternehmen kamen nicht einmal auf jeweils 5%.

Lebenshaltungskosten seit 1948 um 64% gestiegen

Die als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen im Handelsbereich einsetzenden tiefgreifenden Strukturwandlungen zwangen eine Vielzahl von Betriebsinhabern zur vorzeitigen Geschäftsaufgabe. Dabei setzten sich immer neue Betriebsarten durch, und die herkömmliche Bedienung fiel der Selbstbedienung in vielen Sparten des Groß- und Einzelhandels zum Opfer. Die sich der Bewirtschaftungsphase anschließenden Konsumwellen verdeckten zunächst die Auswirkungen der Konzentrationsprozesse und ermöglichten vielen den rechtzeitigen Ausstieg aus dem Geschäft. Umgekehrt eröffneten sich bei der wachsenden Bedeutung der Distributionsfunktion große Chancen des geschäftlichen Erfolges, wie dies insbesondere am Beispiel des Einzelhandels zahlenmäßig zu belegen ist.

Bezogen auf die Basis des Jahres 1962 erhöhte sich der Umsatz bis zum Jahre 1972 um nahezu 90%, so daß sich seit 1961 eine Umsatzverdoppelung errechnen läßt. Auf dieser Basis stellt sich die Meßgröße für 1950 nur auf 41, was nahezu einer Verfünffachung entspricht. Unterstellt man hier die Veränderungsraten des Einzelhandels als die für den Gesamthandel entscheidenden Relationen, so

Index ausgewählter Preise 1948 - 1972

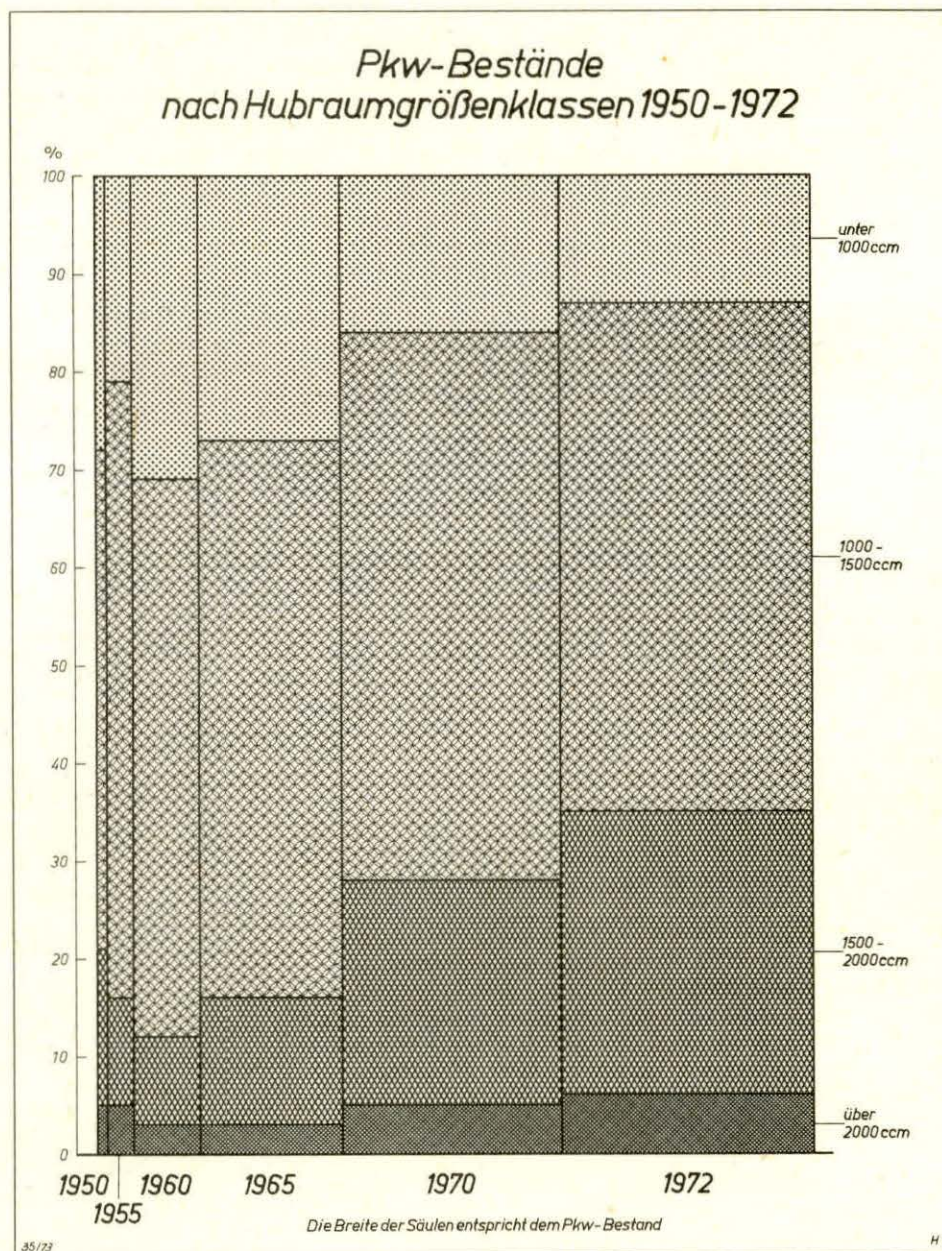
Jahr	Industrie- erzeugnisse		Ver- arbei- tende Indu- strie	Wohn- ge- bäude	Ein- zel- han- dels- preise	Ver- brau- cher- preise	Ein- kaufs- preise für Aus- lands- güter	Ver- kaufs- preise für Aus- fuhr- güter
	einschl. Strom, Gas, Wasser	ohne						
1962 = 100								
1948	.	.	.	62	100,3 ¹⁾	85,1 ¹⁾	.	.
1950	79,8	80,3	81,9	55	84,5	78,8	109,3	.
1955	94,5	94,4	94,9	69	88,5	86,7	112,8	96,9
1960	97,6	97,2	97,2	86	95,4	94,9	105,0	100,2
1961	98,9	98,8	98,8	92	97,3	97,1	100,8	99,9
1962	100,0	100,0	100,0	100	100,0	100,0	100,0	100,0
1963	100,5	100,5	100,5	105	101,5	103,0	102,0	100,1
1964	101,6	101,6	101,6	110	102,6	105,4	103,7	102,5
1965	104,0	104,1	104,0	115	104,6	109,0	106,3	104,8
1966	105,8	105,9	105,9	119	106,7	112,8	108,2	107,0
1967	104,9	104,8	104,8	116	107,2	114,4	105,9	106,9
1968	99,3	99,0	98,9	121	107,2	116,1	105,4	105,8
1969	101,5	101,4	101,3	127	108,7	119,3	108,0	111,3
1970	107,5	107,6	107,2	147	112,5	123,7	107,2	116,6
1971	112,5	112,7	112,0	163	118,0	130,4	106,9	121,6
1972	116,1	116,0	115,2	174	123,7	137,9	106,6	124,5
Veränderung in %								
1949	.	.	.	- 8,1	- 6,6	- 1,3	.	.
1951	18,7	19,1	19,5	14,5	9,3	7,7	27,7	.
1956	1,5	1,5	1,4	2,9	1,6	2,5	3,7	2,8
1961	1,3	1,6	1,6	7,0	2,0	2,3	- 4,0	- 0,3
1962	1,1	1,2	1,2	8,7	2,8	3,0	- 0,8	0,1
1963	0,5	0,5	0,5	5,0	1,5	3,0	2,0	0,1
1964	1,1	1,1	1,1	4,8	1,1	2,3	1,7	2,4
1965	2,4	2,5	2,4	4,5	1,9	3,4	2,5	2,2
1966	1,7	1,7	1,8	3,5	2,0	3,5	1,8	2,1
1967	- 0,9	- 1,0	- 1,0	- 2,5	0,5	1,4	- 2,1	- 0,1
1968	- 5,3	- 5,5	- 5,6	4,3	-	1,5	- 0,5	- 1,0
1969	2,2	2,4	2,4	5,0	1,4	2,8	2,5	5,2
1970	5,9	6,1	5,8	15,7	3,5	3,7	- 0,7	4,8
1971	15,5	15,5	4,5	10,9	4,9	5,4	- 0,3	4,3
1972	33,7	31,7	50,2	6,7	4,8	5,8	- 0,3	2,4

1) 2. Halbjahr.

fanden in diesem für die Güterverteilung wichtigen Wirtschaftsbereich im Jahre 1972 rund 190 000 Personen Beschäftigung. Vergleicht man den Personaleinsatz mit dem Stand des Jahres 1950, ergibt sich eine Veränderung von + 60%. Gleichzeitig konnte eine Umsatzausweitung im Einzelhandel von 2,3 Mrd. DM im Jahre 1950 auf 10,5 Mrd. DM im Jahre 1972 erzielt werden. Für den Großhandel belief sich die Veränderungsrate der Beschäftigten gleichzeitig auf + 57% und für die Handelsvermittlung auf + 82%. Der Vergleich des Personaleinsatzes und des Umsatzes zeigt am Beispiel des Einzelhandels, welcher Rationalisierungserfolg hier erzielt wurde, der auch bei Berücksichtigung der Preiskomponente den Erfolg der Bemühungen dieser Branche voll sichtbar werden läßt.

Der Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1962 zeigt für die Phase 1949, als sich die Meßzahl auf

94 stellte, bis 1969 eine mäßige Entwicklung, die ab 1970 von einer sprunghaften Steigerung abgelöst wurde, so daß sich allein für die drei letzten Jahre ein Anstieg von mehr als + 14% errechnet, was einen jährlichen Durchschnitt von + 4,6% ergibt. Von 1949 auf 1950 war eine Abnahme der Meßziffer von 93,7 auf 84,5 zu verzeichnen, dem 1951 im Zusammenhang mit der sogenannten Korea-Krise ein Emporschnellen auf 92,4 folgte. Der Umfang der Preisveränderungen schlägt sich auch entscheidend im Preisindex für die Lebenshaltung nieder, welcher sich auf Basis 1962 von 1948 (2. Halbjahr) mit 85,1 bis 1950 auf 78,8 reduzierte, dann in Auswirkung des genannten Korea-Krieges 1951 auf 84,9 anstieg. Im Jahre 1957 übersprang dieser die 90er Schwelle. In den vergangenen drei Jahren erhöhte sich dieser Index beschleunigt, zuletzt im abgelauenen Jahr auf 137,9, so daß sich seit der Währungsreform ein Gesamtanstieg von 64% ergibt.



Mehr und bessere Verkehrswege

Die zunehmende Mobilität im Zusammenhang mit dem steigenden Waren- und Dienstleistungsangebot lösten eine starke Verkehrssteigerung aus, wobei der Individualverkehr beständig an Beliebtheit gewinnt. Dies hatte eine Motorisierungswelle induziert, welche ihren Sättigungsgrad noch lange nicht erreicht zu haben scheint und die den innerstädtischen Verkehr in absehbarer Zeit zu ersticken droht. Der Personenkraftwagenbestand nahm von 14 000 im Jahre 1948 auf 876 000 Mitte 1972 zu, wobei sich ebenfalls in der Art der Motorisierung eine erhebliche Strukturverschiebung vollzog. Zunächst hatte sich nämlich der Krafttradbestand sprunghaft erhöht, die Spitze war 1956 mit 177 000 erreicht worden, während dann infolge der gestiegenen Einkommensverhältnisse sich die Nachfrage verstärkt den Personenkraftwagen zuwandte, wobei wiederum der Zug zum leistungsstärkeren Fahrzeug sich durchsetzte. Dabei verschob die neuerliche Tendenz der

Bestand und Zulassungen von Kraftfahrzeugen sowie Straßenverkehrsunfälle 1947 - 1972

Jahr	Kraftfahrzeugbestand					Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge					Straßenverkehrs- unfälle			Verunglückte		
	ins- gesamt	Kraft- räder	Per- sonen- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Son- stige	ins- gesamt	Kraft- räder	Per- sonen- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Son- stige	ins- gesamt	mit Per- sonen- schaden	mit nur Sach- schaden	ins- gesamt	Ge- tö- tete	Ver- letzte
1947	42 151	12 799	12 294	12 467	4 591	2 171	.	.	1 949	300	1 649
1950	127 030	65 046	30 925	21 661	9 398	32 259	18 069	7 783	3 912	2 495	12 143	.	.	8 286	483	7 803
1955	342 444	175 885	90 712	36 081	12 244	37 943	21 118	9 248	4 152	3 425	16 921	9 070	7 851	11 919	499	11 420
1960	498 141	132 767	234 468	39 298	91 608	71 243	3 235	49 926	5 597	12 485	56 450	20 861	35 589	29 101	1 021	28 080
1961	548 642	120 656	281 474	42 367	104 145	77 210	2 508	54 134	6 215	14 353	58 462	20 333	38 129	29 003	1 023	27 980
1962	602 535	104 759	336 062	45 384	116 330	81 129	1 372	60 125	6 610	13 022	62 076	19 297	42 799	27 532	964	26 568
1963	649 261	84 867	389 922	47 754	126 718	84 157	774	62 410	6 770	14 203	67 447	19 120	48 327	25 449	1 028	24 421
1964	696 771	65 651	441 840	50 312	138 968	86 330	472	63 974	6 790	15 094	67 154	19 612	47 442	28 878	1 090	27 788
1965	747 335	50 993	493 925	52 189	150 228	96 654	389	73 303	6 636	16 326	68 356	19 099	49 257	27 592	998	26 594
1966	806 511	38 777	549 934	54 213	163 587	97 322	284	74 156	6 401	16 481	71 991	20 261	51 730	29 667	1 075	28 592
1967	845 101	27 924	590 213	53 736	173 228	90 317	271	68 792	5 641	15 613	73 172	20 587	52 585	30 496	1 151	29 345
1968	886 356	21 911	627 656	54 495	182 294	92 465	317	72 562	5 787	13 799	77 020	21 027	55 993	31 039	1 164	29 875
1969	948 055	18 711	680 429	56 347	192 568	115 347	350	94 328	7 139	13 530	78 849	20 207	58 642	30 090	1 080	29 010
1970	1 035 094	15 999	754 641	59 642	204 812	132 858	560	107 938	7 923	16 437	88 793	22 461	66 332	33 851	1 209	32 642
1971	1 110 363	13 417	820 542	61 949	214 455	137 279	1 136	111 685	7 769	16 689	86 820	21 905	64 915	32 914	1 241	31 673
1972	1 174 329	13 191	876 128	63 055	221 955	138 529	1 962	112 550	7 481	16 536	91 140	22 944	68 196	34 330	1 213	33 117

Meßzahlen 1962 = 100

1947	7	12	4	27	4	3	.	.	7	31	6
1950	21	62	9	48	8	40	1 317	13	59	19	20	.	.	30	50	29
1955	57	168	27	80	34	64	1 197	45	59	84	54	87	39	83	93	83
1960	83	127	70	65	79	88	236	83	85	96	91	108	83	106	106	106
1965	124	49	147	115	129	119	28	122	100	125	110	99	115	100	104	100
1970	172	15	225	131	176	164	41	180	120	126	143	116	155	123	125	123
1971	184	13	244	136	184	169	83	186	118	128	140	114	152	120	129	119
1972	195	13	261	139	190	171	143	187	113	127	147	119	159	125	126	125

Anschaffung eines Zweitwagens die Sättigungsgrenze stark nach oben. Die Kraftfahrzeugdichte (Anzahl je 1 000 Einwohner) erhöhte sich von 24 im Jahre 1948 auf nunmehr 319. Die Bewältigung des durch die wachsende Verbreitung der Straßenfahrzeuge verursachten Verkehrs zwang zu einem immensen Ausbau des Straßennetzes, wobei dem Autobahnbau im Interesse der weiteren Ausgestaltung der Infrastruktur eine stets größere Bedeutung

zukommt und sich der geplante Verkehrsring im Lande langsam schließt. Gleichzeitig erhöhte sich die negative Bilanz des Unfallgeschehens von rund 4 000 im Jahre 1948 auf nunmehr 92 000. Die Zahl der Getöteten stieg von 325 auf 1 200. Hinzu kamen im Jahre 1972 noch 34 000 Verletzte, davon 12 000 mit schweren Verletzungen.

Infolge der Schiffbarmachung der Mosel und dem Bau und Ausbau vieler Häfen, vor allem am Rhein,

Güterumschlag der Verkehrsträger 1948 - 1972

Jahr	Ins- gesamt	Versand	Empfang	Eisenbahn			Binnenschifffahrt			Straßenverkehr (ohne Nahverkehr)		
				zu- sammen	Versand	Empfang	zu- sammen	Versand	Empfang	zu- sammen	Versand	Empfang
				1 000 t								
1948	.	.	.	20 263	10 417	9 896	5 304	2 072	3 232	.	.	.
1950	.	.	.	22 354	10 878	11 476	9 884	4 949	4 935	.	.	.
1955	58 058	30 156	27 902	26 918	12 401	14 517	18 645	9 888	8 757	12 495	7 867	4 628
1960	64 981	34 777	30 204	22 789	11 179	11 610	27 671	15 030	12 641	14 521	8 568	5 953
1961	66 070	35 728	30 342	22 459	11 148	11 311	28 462	15 647	12 815	15 147	8 932	6 215
1962	66 259	35 156	31 103	21 698	10 720	10 978	28 839	15 260	13 579	15 722	9 176	6 546
1963	69 435	36 282	33 153	23 110	11 098	12 012	30 590	16 099	14 491	15 736	9 086	6 650
1964	70 772	37 526	33 246	22 811	11 668	11 143	31 415	16 278	15 137	16 346	9 380	6 966
1965	71 988	37 463	34 525	21 473	10 827	10 646	32 891	16 619	16 272	17 624	10 017	7 607
1966	73 787	38 519	35 268	20 926	10 769	10 157	35 093	17 690	17 403	17 768	10 060	7 708
1967	70 462	36 530	33 932	19 424	10 079	9 345	33 929	16 751	17 178	17 109	9 700	7 409
1968	75 412	39 385	36 027	20 962	10 594	10 368	36 353	18 576	17 777	18 097	10 215	7 882
1969	77 865	40 784	37 081	22 273	11 986	10 287	36 933	18 435	18 498	18 659	10 363	8 296
1970	83 137	45 198	37 939	23 935	13 687	10 248	39 525	20 542	18 983	19 677	10 969	8 708
1971	83 128	43 721	39 407	22 947	13 263	9 684	39 103	18 563	20 540	21 078	11 895	9 183
1972 ^s	83 700	45 500	38 200	23 100	13 400	9 700	37 190	18 530	18 660	23 600	13 600	10 000
Meßzahlen 1962 = 100												
1948	.	.	.	93	97	90	18	14	24	.	.	.
1950	.	.	.	103	101	105	34	32	36	.	.	.
1955	88	86	90	124	116	132	65	65	64	79	86	71
1960	98	99	97	105	104	106	96	98	93	92	93	91
1965	109	107	111	99	101	97	114	109	120	112	109	116
1970	125	129	122	110	128	93	137	135	140	125	120	133
1971	125	124	127	106	124	88	136	122	151	134	130	140
1972	126	129	123	106	125	87	129	121	137	150	148	154

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweig	1950						
		Ins-gesamt	1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99
								Be-
1	HANDEL	44 586	17 830	21 262	3 890	1 134	378	76
2	Großhandel	8 781	2 349	3 861	1 572	666	276	52
3	Getreide, Futter-, Düng-, Nahrungs- u. Genußmittel	4 624	1 120	2 176	859	327	120	21
4	Rohstoffe und Halbwaren	1 577	453	622	286	147	55	11
5	Fertigwaren	1 763	307	761	391	186	97	20
6	Handelsvermittlung (ohne Tankstellen)	3 526	2 780	704	36	4	2	-
7	Einzelhandel (einschl. Tankstellen)	32 259	12 696	16 688	2 281	464	97	23
8	Nahrungs- u. Genußmittel sowie Waren versch. Art	16 929	6 707	9 607	545	39	15	11
9	Textilwaren u. Schuhe	6 237	2 995	2 429	572	180	45	11
10	Eisen- u. Metallwaren, Hausrat, techn. Bedarf u. ä.	3 782	1 109	1 950	579	129	15	-
11	Papierwaren u. Druckerzeugnisse	870	303	476	80	11	-	-
12	Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	1 343	482	603	231	26	1	-
13	Kohle u. Mineralölzeugnisse (einschl. Tankstellen)	1 367	513	766	73	12	3	-
14	Fahrzeuge, Maschinen u. Büroeinrichtungen	1 023	322	448	170	64	18	1
15	VERKEHR	9 593	4 972	3 282	494	289	268	161
16	Eisenbahnen	1 220	159	300	183	171	181	133
17	Straßenverkehr	4 889	2 644	2 032	165	31	9	1
18	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen u. -häfen	709	297	364	22	12	12	2
19	Deutsche Bundespost	2 361	1 753	402	68	45	45	21
20	Spedition, Lagerei u. Verkehrsvermittlung	403	115	181	55	29	20	3
21	ÜBRIGE DIENSTLEISTUNGEN	40 825	16 440	18 557	3 525	1 188	755	244
22	Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	1 503	750	378	165	100	82	26
23	Kredit- u. sonstige Finanzierungsinstitute	811	305	228	118	73	63	23
24	Versicherungsgewerbe	690	445	150	46	27	18	3
25	Dienstleistungen v. Unternehmen u. Freien Berufen	39 322	15 690	18 179	3 360	1 088	673	218
26	Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe							
27	Reinigung u. Körperpflege							
28	Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik							
29	Gesundheits- u. Veterinärwesen							
30	Rechts- u. Wirtschaftsberatung usw.							
31	Sonstige Dienstleistungen							
32	Organisationen ohne Erwerbscharakter							
33	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung							
34	Gebietskörperschaften							
35	Sozialversicherung							
36	Insgesamt	95 004	39 242	43 101	7 909	2 611	1 401	481
								Beschäf-
37	HANDEL	128 284	17 830	53 291	24 344	14 728	10 510	4 986
38	Großhandel	43 385	2 349	10 460	10 090	8 765	7 622	3 339
39	Getreide, Futter-, Düng-, Nahrungs- u. Genußmittel	21 572	1 120	5 951	5 468	4 260	3 250	1 284
40	Rohstoffe und Halbwaren	8 742	453	1 661	1 881	1 930	1 649	762
41	Fertigwaren	11 467	307	2 110	2 514	2 505	2 623	1 293
42	Handelsvermittlung (ohne Tankstellen)	4 733	2 780	1 647	205	56	45	-
43	Einzelhandel (einschl. Tankstellen)	79 618	12 696	41 164	14 042	5 907	2 768	1 588
44	Nahrungs- u. Genußmittel sowie Waren versch. Art	35 259	6 707	22 946	3 131	497	486	720
45	Textilwaren u. Schuhe	17 873	2 995	6 191	3 623	2 290	1 278	815
46	Eisen- u. Metallwaren, Hausrat, techn. Bedarf u. ä.	11 961	1 109	5 145	3 655	1 656	396	-
47	Papierwaren u. Druckerzeugnisse	2 126	303	1 200	481	142	-	-
48	Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	3 868	482	1 631	1 431	293	31	-
49	Kohle u. Mineralölzeugnisse (einschl. Tankstellen)	3 039	513	1 869	438	147	72	-
50	Fahrzeuge, Maschinen u. Büroeinrichtungen	3 983	322	1 166	1 092	845	505	53
51	VERKEHR	75 835	4 972	8 040	3 160	3 915	8 240	11 489
52	Eisenbahnen	44 943	159	860	1 235	2 379	5 656	9 565
53	Straßenverkehr	10 987	2 644	4 834	994	363	274	71
54	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen u. -häfen	1 929	297	909	132	155	332	104
55	Deutsche Bundespost	15 756	1 753	954	450	630	1 376	1 470
56	Spedition, Lagerei u. Verkehrsvermittlung	2 066	115	475	341	371	557	207
57	ÜBRIGE DIENSTLEISTUNGEN	166 980	16 440	47 521	21 771	15 996	22 552	16 882
58	Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	8 724	750	1 007	1 069	1 382	2 461	1 684
59	Kredit- u. sonstige Finanzierungsinstitute	6 345	305	624	777	1 017	1 959	1 525
60	Versicherungsgewerbe	2 345	445	383	286	365	474	159
61	Dienstleistungen v. Unternehmen u. Freien Berufen	158 256	15 690	46 514	20 702	14 614	20 091	15 198
62	Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe							
63	Reinigung u. Körperpflege							
64	Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik							
65	Gesundheits- u. Veterinärwesen							
66	Rechts- u. Wirtschaftsberatung usw.							
67	Sonstige Dienstleistungen							
68	Organisationen ohne Erwerbscharakter							
69	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung							
70	Gebietskörperschaften							
71	Sozialversicherung							
72	Insgesamt	371 099	39 242	108 852	49 275	34 639	41 302	33 357

			1970											Lfd. Nr.
100 - 199	200 - 499	500 und mehr	Ins- gesamt	1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 und mehr		
triebe														
13	3	-	45 792	15 976	21 090	5 332	2 112	932	218	94	30	8	1	
4	1	-	7 786	1 591	3 085	1 503	927	495	119	49	17	-	2	
-	1	-	3 439	573	1 593	690	359	156	40	20	8	-	3	
3	-	-	1 669	497	518	292	200	130	24	7	1	-	4	
1	-	-	2 322	366	835	479	355	204	55	20	8	-	5	
-	-	-	3 225	1 969	1 116	108	23	6	3	-	-	-	6	
9	1	-	34 781	12 416	16 889	3 721	1 162	431	96	45	13	8	7	
4	1	-	17 314	7 836	8 056	976	276	95	33	23	11	8	8	
5	-	-	4 963	1 499	2 326	699	270	124	27	16	2	-	9	
-	-	-	4 538	1 149	2 283	749	267	84	6	-	-	-	10	
-	-	-	1 060	342	560	120	33	5	-	-	-	-	11	
-	-	-	1 605	192	683	607	117	6	-	-	-	-	12	
-	-	-	2 509	644	1 615	211	31	8	-	-	-	-	13	
-	-	-	1 073	215	393	184	141	105	30	5	-	-	14	
67	46	14	8 869	3 275	3 475	1 025	482	378	129	52	42	11	15	
53	32	8	711	33	190	111	102	159	63	24	22	7	16	
4	1	2	4 136	1 669	1 722	523	161	53	4	3	-	1	17	
-	-	-	336	179	95	31	14	11	4	1	1	-	18	
10	13	4	3 121	1 282	1 288	250	109	99	50	21	19	3	19	
-	-	-	557	111	176	109	96	55	7	3	-	-	20	
84	24	8	49 989	12 614	24 746	7 541	2 421	1 647	602	261	120	37	21	
1	1	-	4 189	1 953	1 275	458	246	146	73	32	5	1	22	
1	-	-	2 246	729	758	377	200	98	53	26	4	1	23	
-	1	-	1 943	1 224	517	81	46	48	20	6	1	-	24	
-	-	-	34 383	8 606	19 330	5 006	999	295	87	39	19	2	25	
-	-	-	15 689	3 099	10 612	1 509	374	75	16	3	1	-	26	
-	-	-	5 759	1 607	2 605	1 258	195	62	21	5	5	1	27	
-	-	-	1 890	938	645	174	65	35	10	14	8	1	28	
-	-	-	4 701	989	2 775	863	35	26	9	3	1	-	29	
83	23	8	4 907	1 411	2 059	1 060	278	73	18	8	-	-	30	
-	-	-	1 437	562	634	142	52	24	13	6	4	-	31	
-	-	-	3 970	840	1 742	796	277	185	71	37	20	2	32	
-	-	-	7 447	1 215	2 399	1 281	899	1 021	371	153	76	32	33	
-	-	-	7 065	1 188	2 283	1 201	850	965	340	136	72	30	34	
-	-	-	382	27	116	80	49	56	31	17	4	2	35	
164	73	22	104 650	31 865	49 311	13 898	5 015	2 957	949	407	192	56	36	
tigte														
1 713	882	-	200 644	15 976	53 822	33 843	27 803	27 641	14 711	12 585	8 811	5 452	37	
521	239	-	66 509	1 591	8 366	9 811	12 477	14 956	7 950	6 726	4 632	-	38	
-	239	-	26 298	573	4 403	4 427	4 682	4 862	2 667	2 586	2 098	-	39	
406	-	-	13 381	497	1 357	1 949	2 747	3 828	1 694	1 067	242	-	40	
115	-	-	25 455	366	2 240	3 164	4 883	6 099	3 589	2 822	2 292	-	41	
-	-	-	5 979	1 969	2 636	673	305	201	195	-	-	-	42	
1 192	261	-	128 156	12 416	42 820	23 359	15 021	12 484	6 566	5 859	4 179	5 452	43	
511	261	-	54 570	7 836	19 862	5 926	3 637	2 826	2 297	3 062	3 672	5 452	44	
681	-	-	23 394	1 499	6 005	4 437	3 524	3 585	1 762	2 075	507	-	45	
-	-	-	17 924	1 149	5 885	4 716	3 447	2 273	454	-	-	-	46	
-	-	-	3 049	342	1 414	750	417	126	-	-	-	-	47	
-	-	-	7 726	192	2 031	3 967	1 382	154	-	-	-	-	48	
-	-	-	6 641	644	4 113	1 286	366	232	-	-	-	-	49	
-	-	-	10 191	215	1 015	1 211	1 897	3 182	2 053	618	-	-	50	
8 924	14 512	12 583	74 280	3 275	8 964	6 571	6 465	11 776	9 022	7 270	12 621	8 316	51	
6 959	10 176	7 954	28 016	33	542	735	1 437	5 072	4 449	3 415	6 676	5 657	52	
508	203	1 096	14 130	1 669	4 467	3 330	2 099	1 403	258	386	-	518	53	
-	-	-	1 785	179	270	198	177	345	260	139	217	-	54	
1 457	4 133	3 533	25 055	1 282	3 172	1 600	1 441	3 254	3 488	2 949	5 728	2 141	55	
-	-	-	5 175	111	500	703	1 311	1 656	513	381	-	-	56	
11 291	7 423	7 104	371 643	12 614	65 961	47 074	32 058	50 518	40 913	36 411	35 278	50 816	57	
138	233	-	27 863	1 953	3 316	2 941	3 282	4 634	4 917	4 571	1 409	840	58	
138	-	-	20 262	729	2 056	2 398	2 660	3 127	3 660	3 844	948	840	59	
-	233	-	7 601	1 224	1 260	543	622	1 507	1 257	727	461	-	60	
-	-	-	129 895	8 606	50 977	30 760	12 707	8 539	6 057	5 363	5 010	1 876	61	
-	-	-	47 719	3 099	26 720	9 182	4 831	2 063	1 099	449	266	-	62	
-	-	-	25 537	1 607	7 398	7 787	2 400	1 820	1 505	695	1 542	783	63	
-	-	-	11 365	938	1 608	1 121	851	1 031	800	2 104	1 819	1 093	64	
-	-	-	16 538	989	7 949	5 024	452	850	622	348	304	-	65	
11 153	7 190	7 104	21 687	1 411	5 707	6 771	3 520	2 116	1 101	1 061	-	-	66	
-	-	-	7 049	562	1 595	865	653	659	930	706	1 079	-	67	
-	-	-	37 553	840	4 884	5 067	3 627	5 530	5 058	5 297	5 903	1 347	68	
-	-	-	176 332	1 215	6 784	8 306	12 442	31 815	24 881	21 180	22 956	46 753	69	
-	-	-	165 562	1 188	6 442	7 782	11 779	30 057	22 629	18 808	21 622	45 255	70	
-	-	-	10 770	27	342	524	663	1 758	2 252	2 372	1 334	1 498	71	
21 928	22 817	19 687	646 567	31 865	128 747	87 488	66 326	89 935	64 646	56 266	56 710	64 584	72	

konnte zugleich auch das Netz der Schifffahrtsstraßen erheblich verbessert und erweitert werden. Entsprechend erhöhte sich der Güterumschlag von 5 Mill. t im Jahre 1948 auf 36 Mill. t, wobei das hohe Aufkommen im Jahre 1970 (40 Mill. t) vor allem infolge der anhaltenden Niedrigwasserstände der vergangenen zwei Jahre nicht wieder erreicht werden konnte.

Ebenfalls gelang es der Deutschen Bundesbahn in dem vergangenen Vierteljahrhundert, ihr Angebot wesentlich zu verbessern, und zwar einmal hinsichtlich des Verkehrsnetzes als auch des eingesetzten Fahrzeugparks und ihres Beförderungsangebotes. Wichtige Verkehrsabschnitte wurden zwischenzeitlich elektrifiziert, weitere sind im Bau (Moselstrecke) oder in der Planung. Soweit eine Elektrifizierung infolge der beschränkten Verkehrsnachfrage für Streckenabschnitte nicht lohnenswert erscheint - nur eine bestimmte Zugfolge rechtfertigt diese Investitionen - gelangen Diesellokomotiven zum Einsatz. Die Stilllegung wenig frequentierter Strecken, meist in strukturschwachen Gebieten, konnte in der Vergangenheit weitgehend verhindert werden.

In welchem Umfang Verkehrstransporte auf die Straße sowohl im Flächen- als auch im Streckenverkehr abgewandert bzw. diesem Verkehrsträger zugewachsen sind, läßt sich aus der Bestandsveränderung der Lastkraftwagen in etwa verdeutlichen. Diese Größe stieg von 14 000 im Jahre 1948 auf 63 000 im Jahre 1972 (+ 346%). Dabei war ein deutlicher Trend zu Spezialfahrzeugen als auch zu Lastkraftwagen mit höherer Nutzlast und Leistungskraft zu erkennen. Entsprechend hat sich die Güterverkehrsbilanz verschoben. Beispielsweise hat sich der Güterumschlag im Fernverkehr mit Lastkraftwagen von 10 Mill. t im Jahre 1954 bis zum Jahre 1971 (22 Mill. t) mehr als verdoppelt. Hingegen zeigt dieser Vergleich für den Güterumschlag der Eisenbahnen eine Stagnation bei 24 Mill. t und für die Binnenschifffahrt ein Anstieg von 16 auf 36 Mill. t (1972).

Überdurchschnittliche Ausweitung der Dienstleistungen

Auch der übrige Bereich des sogenannten tertiären Sektors, der insbesondere die Gastronomie und das Beherbergungsgewerbe, wie auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie die Verwaltung, das Bildungs- und Gesundheitswesen umfaßt, hat sich außerordentlich günstig entwickelt. Insgesamt fanden hier im Jahre 1970 reichlich 370 000 Personen Beschäftigung gegenüber 167 000 im Jahre

1950, so daß in diesen 20 Jahren weit mehr als eine Verdoppelung eintrat, wobei von 1961 bis 1970 die Zahl der Beschäftigten allein um mehr als 100 000 anstieg. Relativ sank die Wachstumsrate im zweiten Jahrzehnt, absolut war indes der Zugang an Arbeitsplätzen höher als von 1950 auf 1961. Gemessen am Gesamtbeschäftigtenpotential - ohne nichtgewerbliche Landwirtschaft - entfiel auf die obenbezeichneten Dienstleistungen ein Anteil von nahezu 29%. Bezogen auf die Zahl der Arbeitsstätten errechnete sich mit reichlich 34% ein noch stärkeres Gewicht. Interessant ist dabei, daß sich hier ein Gefälle nach der Größe der Gemeinden abzeichnet, und zwar nahm mit steigender Einwohnerzahl die Bedeutung des tertiären Sektors zu, da den größeren Gemeinden stärkere zentralörtliche Funktionen in der Versorgung der Nahbereiche bzw. des Umlandes zufallen. So stellte sich der Beschäftigtenanteil der Großstädte auf nahezu ein Drittel gegenüber knapp einem Viertel in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern.

Die Bereichsanalyse zeigt, daß beispielsweise die Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute einen weit überdurchschnittlichen Beschäftigtenzugang von 1950 bis 1970 erzielten, und zwar um + 219%. Hier erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 6 000 auf 20 000. Die Vergleichsquote für das Versicherungsgewerbe belief sich sogar auf + 222%, so daß im Jahre 1970 je 1 000 Einwohner 5,5 Beschäftigte im Kredit- und 2,1 im Versicherungsgewerbe benötigt wurden, gegenüber 2,1 bzw. 0,8 Personen im Jahre 1950. Der übrige Dienstleistungsbereich wies gegenüber 1950 eine Steigerung von + 117% auf. Dabei expandierte der Personalstand der engeren Dienstleistungen von 1961 auf 1970 nur noch um knapp 12% auf 130 000. Der Anteil blieb aber mit einem Zehntel konstant. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten bei Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in dem genannten Zeitraum von 8,6 auf 13,6% aller Beschäftigten, so daß hier nun nahezu jede siebente Arbeitskraft Beschäftigung findet gegenüber jeder zwölften Person im Jahre 1961. Zugleich setzte sich dabei eine starke Konzentration der Arbeitsstätten durch, so daß infolge des Rückgangs der Arbeitsstätten um 20% bei gleichzeitigem starken Anstieg des Personals (+ 74%) sich die Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte von 11 (1961) auf 24 im Jahre 1970 erhöhte, ein Durchschnittswert, der von keiner anderen Wirtschaftsabteilung auch nur annähernd erreicht wurde. Erst mit weitem Abstand folgte hier das verarbeitende Gewerbe mit 18 Beschäftigten je Arbeitsstätte.

Politische Struktur

Im System der mittelbaren, parlamentarischen Demokratie, wie es im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankert ist, bedeutet die Wahl der Parlamente die wichtigste Form der politischen

Willensbildung der Bürger. Auf diesem Grundvorgang baut alles staatliche Leben auf.

Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz wird in periodischen Abständen an die Wahlurnen gerufen,

Bundestagswahlen		Landtagswahlen		Kommunalwahlen	
Wahljahr	%	Wahljahr	%	Wahljahr	%
1949	79,6	1947	77,9	1948	73,7
1953	86,0	1951	74,8	1952	79,3
1957	88,3	1955	76,0	1956	79,6
1961	88,2	1959	77,2	1960	79,7
1965	88,0	1963	75,5	1964	81,4
1969	87,0	1967	78,5	1969	77,1
1972	91,6	1971	79,4	1969/72	76,2

um in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl ihre Vertreter in den Deutschen Bundestag, in den rheinland-pfälzischen Landtag sowie in die kommunalen Vertretungskörperschaften zu wählen.

Bürger nehmen regen Anteil am politischen Leben

Die Wahlberechtigten haben bei allen bisherigen Wahlen durch eine hohe Wahlbeteiligung ihr Interesse am politischen Geschehen bekundet, wenngleich die Beteiligungsquoten darauf hinweisen, daß ein Teil der Bevölkerung den Wahlen zum Deutschen Bundestag mehr Bedeutung zumißt als den Wahlen zu den kommunalen Vertretungskörperschaften und zum rheinland-pfälzischen Landtag. So sank die Wahlbeteiligung bei den letzten fünf Bundestagswahlen nur einmal unter 88% und erreichte bei den vorgezogenen Wahlen im November 1972 mit 91,6% den höchsten Wert. Demgegenüber lag die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen mit Ausnahme der Wahl im Jahre 1969 um 80% und schwankte bei Landtagswahlen mit ansteigender Tendenz zwischen 76 und 79%.

CDU, SPD und FDP von Anfang an in der politischen Verantwortung - Klare Absage an radikale Gruppen

Rheinland-Pfalz blieb bisher von großen politi-

schen Erschütterungen verschont, das politische Klima im Lande war im allgemeinen ausgeglichen. Erheblichen Anteil hieran haben sicherlich die Wähler, die mit ihren Wahlentscheidungen eine Zersplitterung in kleinere Parteien ablehnten und sich neuen politischen Gruppierungen nicht zuwandten. Sie konzentrierten ihre Stimmen auf drei Parteien, auf die Christlich Demokratische Union, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Freie Demokratische Partei und erteilten radikalen Kräften eine klare Absage. Von den übrigen Parteien, die sich um die Gunst der Wähler bemühten, kamen nur in den Nachkriegsjahren 1947 bis 1949 die Kommunistische Partei Deutschlands, 1959 die Deutsche Reichspartei und 1967 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands zu nennenswerten Stimmenanteilen.

CDU bei allen Wahlen stärkste Partei

Die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz zeigen seit 1947, dem Jahr der ersten Landtagswahl, insofern eine gewisse Gesetzmäßigkeit, als die CDU bei allen Wahlen die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte und die SPD mit zunehmenden Stimmengewinnen zweitstärkste Partei blieb. Neben diesen beiden großen Parteien konnte die FDP bei allen Wahlen zum Bundestag und zum Landtag Mandate erringen.

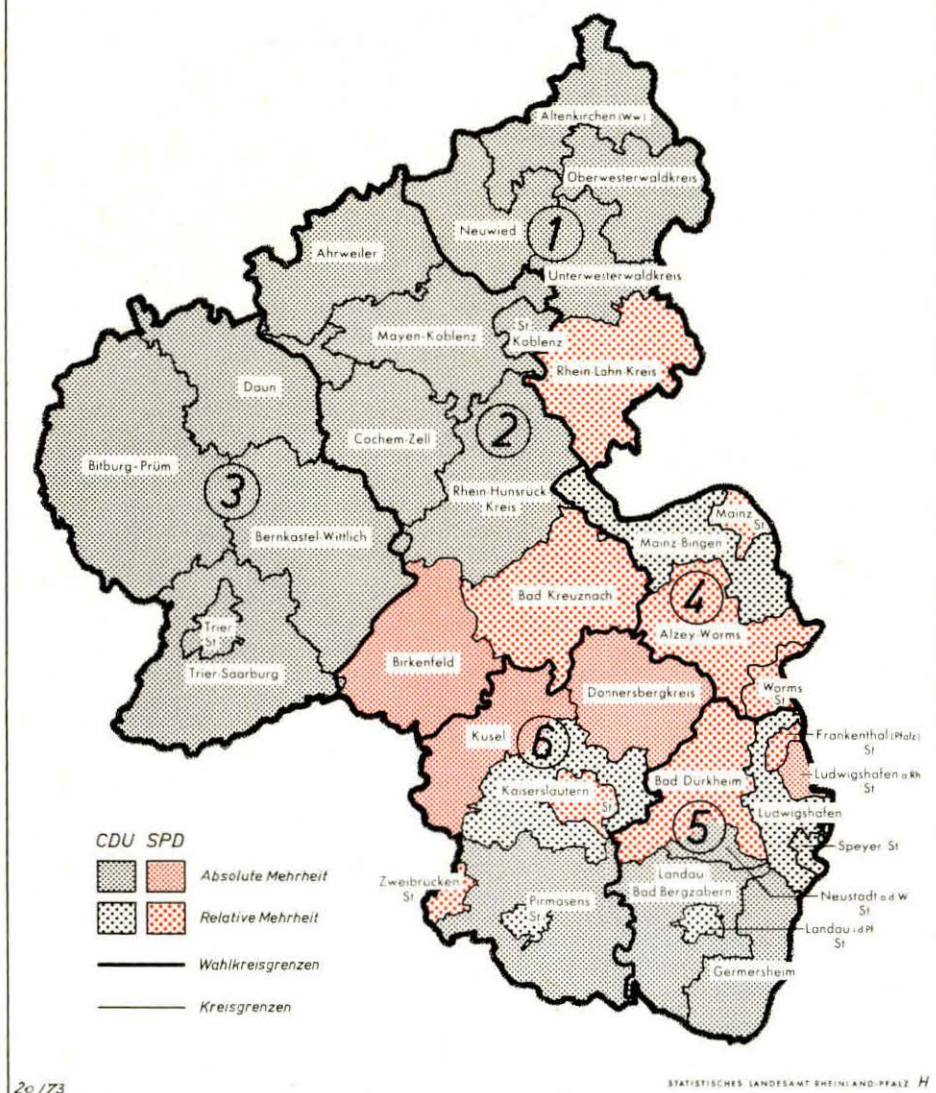
Die CDU erzielte ihre größten Erfolge bei Bundestagswahlen. Zweimal, nämlich in den Jahren 1953 und 1957, erhielt sie die absolute Mehrheit der Wählerstimmen; dreimal lag sie knapp darunter. Aber nur bei einer Landtagswahl konnte die CDU die hohen Stimmenanteile der vorangegangenen Bundestagswahl erreichen, das war im Jahre 1971, als sie mit 50% der gültigen Stimmen das Ergebnis der Bundestagswahl 1969 um mehr als 2 Prozentpunkte übertraf. Ein Trend zur Verringerung der unterschiedlichen Stimmenanteile bei Bundestags- und Landtagswahlen zeigte sich allerdings

Stimmenverteilung 1947 - 1972

Wahljahr	CDU		SPD		FDP		Sonstige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
L 1947	547 875	47,2	398 594	34,3	113 844	9,8	100 739	8,7
K 1948	540 810	44,6	413 270	34,1	127 322	10,5	131 780	10,8
B 1949	702 125	49,1	408 905	28,6	226 625	15,8	93 901	6,6
L 1951	563 274	39,2	488 374	34,0	240 071	16,7	145 531	10,1
K 1952	603 187	38,9	517 625	33,4	249 362	16,1	178 973	11,6
B 1953	924 932	52,1	482 686	27,2	214 805	12,1	152 940	8,6
L 1955	741 384	46,8	501 751	31,7	201 847	12,7	138 847	8,8
K 1956	681 895	41,1	655 753	39,5	204 232	12,3	116 275	7,0
B 1957	1 019 709	53,7	578 203	30,4	185 288	9,8	115 805	6,1
L 1959	829 236	48,4	596 984	34,9	165 937	9,7	120 197	7,0
K 1960	793 486	45,3	659 733	37,7	218 531	12,5	78 159	4,5
B 1961	964 270	48,9	659 830	33,5	259 578	13,2	86 255	4,4
L 1963	777 338	44,4	713 469	40,7	177 377	10,1	83 802	4,8
K 1964	813 223	43,7	798 074	42,9	188 982	10,2	60 349	3,2
B 1965	1 013 573	49,3	754 175	36,7	209 028	10,2	78 954	3,8
L 1967	861 142	46,7	679 177	36,8	153 089	8,3	150 551	8,1
K 1969	754 013	42,6	721 843	40,8	160 151	9,0	133 771	7,6
B 1969	982 640	47,8	825 379	40,1	128 650	6,3	119 431	5,8
L 1971	1 012 847	50,0	821 350	40,5	120 444	5,9	71 731	3,5
K 1969/72	790 260	43,9	741 863	41,2	143 976	8,0	124 983	6,9
B 1972	1 090 339	45,9	1 067 953	44,9	193 499	8,1	26 070	1,1

L = Landtagswahl, K = Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen der Landkreise, B = Bundestagswahlen.

Mehrheitsverhältnisse in den Verwaltungskreisen bei den Landtagswahlen 1971



schon seit Jahren: Lag die bei der Landtagswahl 1951 erreichte Stimmenzahl noch 10 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der Bundestagswahl 1949, so blieb der Stimmenanteil der Landtagswahlen seit 1955 jeweils um etwa 5, 1967 nur noch um 2,5 Punkte unter dem Ergebnis der vorangegangenen Bundestagswahl. Ein ähnliches, wenn auch geringeres Gefälle ist von Landtags- zu Kommunalwahlen festzustellen.

SPD verringert Abstand zur CDU

Die SPD dagegen schnitt bei Landtagswahlen besser ab als bei Bundestagswahlen und erzielte seit 1956 bei Kommunalwahlen bessere Ergebnisse als bei Landtagswahlen. Obwohl sich bei den Landtags- und Kommunalwahlen 1947 bis 1952 mehr als ein Drittel der Wähler für die SPD entschieden hatten, blieben ihre Stimmenanteile bei den Wahlen zum Ersten und Zweiten Deutschen Bundestag deutlich unter 30%. Vom Jahr 1957 an konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil bei jeder

Bundestagswahl um 3, zuletzt sogar um nahezu 5 Prozentpunkte vergrößern. Sie überwand bei den Bundestagswahlen 1969 erstmals knapp die 40%-Marke, um 1972 mit 44,9% bis auf einen Prozentpunkt an die CDU heranzukommen.

Von einem im Vergleich zu den vorherigen Landtagswahlen schlechten Ergebnis im Jahre 1955 erholte sich die SPD, als sie 1959 fast 35% der Stimmen erhielt und 1963 erstmals die 40%-Marke überwand. Sie fiel zwar 1967 wieder auf einen Anteil von knapp 37% zurück, machte aber bereits bei den 71er Wahlen mit nahezu 41% den verlorenen Boden wieder gut. Erfolge erzielte die SPD bei den Kommunalwahlen im Jahre 1964, wo sie mit 43% der Stimmen nur knapp hinter der CDU lag; auch bei den letzten Kommunalwahlen erreichte sie 41%.

Rückgang der FDP-Wähler

Die drittstärkste Partei im Lande, die FDP, erzielte ihre größten Wahlerfolge in den Jahren 1949 bis 1952. Sie erreichte Stimmenanteile von rund 16% bei der Bundestagswahl 1949, 17% bei der Landtagswahl 1951 und 16% bei den Kommunalwahlen 1952. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der FDP-Wähler ab. Die Bundestagswahl 1961 brachte zwar noch einmal einen leichten Aufschwung, die FDP erreichte mit 260 000 Stimmen, das waren rund 13%, ihr absolut bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz, dann aber stagnierte der Stimmenanteil bei den Wahlen der Jahre 1963 bis 1965 bei 10%, sank bei den Landtagswahlen 1967 auf etwa 8%, bei den Bundestagswahlen 1969 und den Landtagswahlen 1971 auf rund 6%. Erst die vorgezogenen Wahlen zum Deutschen Bundestag im Jahre 1972 brachten mit 8% wieder einen leichten Aufschwung.

Unterschiedliche politische Struktur in den einzelnen Landesteilen

Die politischen Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Landesteilen sind unterschiedlich. Während im Norden, das heißt in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, die CDU von jeher eindeutig

die Mehrheit der Stimmen errang, überwiegen im südlichen Teil des Landes, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, die SPD-Stimmen. Die CDU behauptete bisher in den kreisfreien Städten Koblenz und Trier sowie in allen Landkreisen der beiden nördlichen Regierungsbezirke mit Ausnahme des Rhein-Lahn-Kreises und der Kreise Birkenfeld und Bad Kreuznach eine Vormachtstellung. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz finden wir dagegen in allen kreisfreien Städten außer in Neustadt an der Weinstraße und in Landau und mit Einschränkungen in der Stadt Speyer traditionelle Mehrheiten für die SPD; von den Landkreisen fielen nur Mainz-Bingen, Pirmasens, Landau-Bad Bergzabern und Germersheim, sowie mit Ausnahme der beiden letzten Kommunalwahlen Mainz-Bingen, Kaiserslautern und Ludwigshafen an die CDU. Die Bundestagswahlen im November 1972 brachten insofern Verschiebungen, als die Vormachtstellung der CDU im nördlichen Landesteil in der Stadt Koblenz und im Landkreis Neuwied und im südlichen in der Stadt Landau und - wie schon bei den Kommunalwahlen 1964 und 1969 - in den Landkreisen Mainz-Bingen, Kaiserslautern und Ludwigshafen verlorenging.

Die Landtagswahl 1971 brachte der CDU Stimmenmehrheiten in 6 kreisfreien Städten und 18 Landkreisen; die SPD erzielte in 6 Städten und 7 Landkreisen politisches Übergewicht. Bei den Bundestagswahlen 1972 vereinigte die CDU in 2 kreisfreien Städten und 14 Landkreisen die meisten Stimmen auf sich, während die SPD in 10 Städten und in 11 Landkreisen Mehrheiten erreichte.

Die regionalen Unterschiede im Wahlverhalten der Bevölkerung weisen auf Zusammenhänge zwischen Wahlentscheidung und Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen sowie Wirtschafts- und Sozialstrukturen hin. Gruppiert man beispielsweise die Gemeinden nach der konfessionellen oder sozialen Zusammensetzung der Bürger, so zeigt sich mit zunehmendem Anteil der katholischen Bevölkerung ein Anwachsen des CDU-Anteils; die Quote der SPD-Stimmen steigt bei Zunahme der Arbeiterbevölkerung, während die landwirtschaftliche Bevölkerung deutlich zur CDU tendiert.

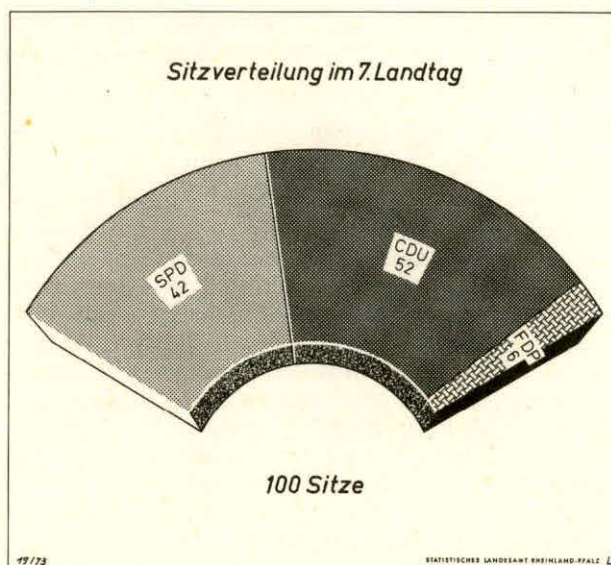
CDU in allen Landtagen stärkste Fraktion

Außer den in allen Bundes- und Landtagen vertretenen Parteien CDU, SPD und FDP konnten bisher lediglich die KPD, die DRP und NPD Sitze erringen. Die KPD schickte 1947 8 Abgeordnete in

Sitzverteilung im Landtag 1947 - 1971

Wahljahr	Insgesamt	CDU	SPD	FDP	Sonstige
1947	101	48	34	11	8 ¹⁾
1951	100	43	38	19	-
1955	100	51	36	13	-
1959	100	52	37	10	1 ²⁾
1963	100	46	43	11	-
1967	100	49	39	8	4 ³⁾
1971	100	52	42	6	-

1) KPD. - 2) DRP. - 3) NPD.



den ersten Landtag, ein KPD-Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz zog 1949 in den Ersten Deutschen Bundestag ein. Die DRP überwand bei der Landtagswahl 1959 knapp die 5%-Klausel und gewann ein Landtagsmandat. Erst im Jahre 1967 gelang es wieder einer vierten Partei, in den Landtag einzuziehen: die NPD erhielt 4 Sitze. Alle übrigen Parteien scheiterten an der Sperrklausel oder bei der Direktwahl.

Stärkste Fraktion war in allen bisherigen Landtagen die CDU. Sie erhielt in den Jahren 1955, 1959 und 1971 die absolute Mehrheit der Sitze. Die SPD besaß mit 43 Abgeordneten im fünften Landtag ihre stärkste Fraktion. Sie reduzierte damals den Vorsprung von 15 Mandaten, die die CDU in der dritten und vierten Wahlperiode gehabt hatte, auf drei. Die FDP hatte in der zweiten Wahlperiode, in der die CDU mit 43 Abgeordneten am schwächsten vertreten war, ihre höchste Abgeordnetenzahl (19).

In den Deutschen Bundestag entsandte Rheinland-Pfalz seit 1953 31 Abgeordnete; von diesen ge-

Rheinland-pfälzische Bundestagsmandate 1949 - 1972

Wahljahr	Insgesamt	CDU	SPD	FDP	KPD	Direktmandate		
						zusammen	CDU	SPD
1949	25	13	7	4	1	15	11	4
1953	31	18	9	4	-	15	13	2
1957	31	18	10	3	-	15	12	3
1961	31	16	11	4	-	15	10	5
1965	31	16	12	3	-	16	11	5
1969	31	16	13	2	-	16	10	6
1972	31	15	14	2	-	16	7	9

hörten nach den letzten Wahlen 15 der CDU, 14 der SPD und 2 der FDP an. Damit hat sich die seit 1961 konstante Zahl der CDU-Abgeordneten um einen verringert, während die SPD im gleichen Zeitraum bei jeder Bundestagswahl ein Mandat hinzugewinnen konnte. Die Zahl der FDP-Abgeordneten im Deutschen Bundestag bewegte sich bis 1965

zwischen drei und vier; 1969 waren ebenso wie 1972 nur noch zwei Kandidaten ins Bonner Parlament eingezogen.

Knappe CDU-Mehrheit bei den Kommunalwahlen - SPD-Übergewicht in den Stadträten

Die Darstellung der politischen Situation im Lande wäre unvollständig, ließe man die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften außer acht. Die Sitzverteilung in den Gemeinde- und Stadträten, den Verbandsgemeindevertretungen, Kreistagen und im Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz nach dem Stand der letzten allgemeinen Kommunalwahlen 1969 zeigen unter Berücksichtigung der ergänzenden Wahlen bis 1972 das folgende Bild: Bei den letzten Gemeinde- und Stadtratswahlen waren rund 26 000 Sitze zu vergeben. Etwa zwei Fünftel der Sitze wurden im Wege der Mehrheitswahl zugeteilt; gut ein Drittel entfiel auf Wählergruppen. Das restliche Viertel fiel zur Hälfte an die CDU; nur äußerst knapp darunter endete die SPD. Sitze erhielten auch FDP und NPD. In den kreisfreien Städten besetzte nahezu die Hälfte der 532 Stadtratssitze die SPD, etwa ein Drittel die CDU, keine 5% die FDP und wenig mehr als 1%

die NPD. Freien Listen gehören hier nur rund 8% der Ratsmitglieder an.

Von den 3 833 Sitzen in den Verbandsgemeindevertretungen sind mehr als 46% durch die CDU und 35% durch die SPD besetzt. Erhebliches Gewicht haben hier noch die Wählergruppen mit einem Anteil von etwa 15% der Sitze, während der FDP mit 3% der Sitze nur geringere Bedeutung beizumessen ist.

Nahezu die Hälfte der 937 Mitglieder der 25 Kreistage sind über Wahlvorschläge der CDU eingezogen, 40% gehören der SPD an. Die FDP stellte mit 7% der Sitze das drittgrößte Kontingent, gefolgt von den Freien Listen mit rund 3%.

Der Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz, der die kreisfreien Städte und Landkreise des ehemaligen Regierungsbezirks Pfalz umfaßt und eine Selbstverwaltungseinrichtung zur Verwaltung der von ihm unterhaltenen Einrichtungen, Anstalten und seines sonstigen Vermögens ist, setzt sich politisch bei insgesamt 19 Mandaten aus 14 Sozialdemokraten, 11 Christdemokraten und je 2 Mitgliedern der FDP und der NPD zusammen.

Öffentliche Aufgaben

Öffentliche Finanzen

Ein längerfristiger Rückblick über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen setzt am zweckmäßigsten mit dem Jahre 1951 an, da etwa zu Beginn der 50er Jahre die Gebietskörperschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die erste Phase ihrer Konsolidierung abgeschlossen hatten und erste diese Jahre damit als Ausgangsbasis für einen Vergleich geeignet erscheinen. Hinzu kommt, daß aufgrund von mehrfachen Umstellungen in der Haushaltssystematik erst ab 1951 auch in detaillierter Form Ergebnisse vorliegen, die sich in ihrer Abgrenzung decken, so daß eine volle Vergleichbarkeit sichergestellt ist. Außerdem kann damit ein Überblick über

Zeiträume von jeweils zehn Jahren gegeben werden; das Rumpfrechnungsjahr 1960, das ja kein volles Jahr umfaßt, und damit auch das Jahr 1950, fallen hierfür aus.

Zunehmende Belastung des Landeshaushalts durch Personalausgaben

Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Gesamtausgaben des Landes seit 1951, so zeigt sich, daß die Zuwachsraten in den 50er Jahren im Durchschnitt höher waren als in den 60er Jahren; der Gesamtzuwachs macht von 1951 bis 1961 309% und von 1961 bis 1971 140% aus. Dieses verminderte Wachstum erklärt sich daraus, daß vor allen Dingen in der ersten Hälfte der 50er Jahre die staatlichen

Ausgaben des Landes nach Arten 1951 - 1971

Jahr	Unmittelbare Ausgaben					Zahlungen an Verwaltungen 2)		Gesamt- ausgaben 4)	Zahlungen von Ver- waltungen	Netto- ausgaben 5)
	ins- gesamt	Verwaltungs- und Zweckausgaben 1)		Ausgaben der Vermögensbewegung		ins- gesamt	Zuwei- sungen an Gemeinden (Gv.) 3)			
		ins- gesamt	Personal- ausgaben	ins- gesamt	Sachinve- stitionen					
1 000 DM										
1951	461 633	416 796	253 789	44 837	21 705	86 935	58 189	548 568	119 447	429 121
1956	1 046 421	811 946	445 175	234 475	87 658	168 726	149 774	1 215 147	314 769	900 378
1961	1 918 255	1 566 871	654 823	351 384	102 768	330 239	260 567	2 248 494	1 004 685	1 243 809
1962	1 983 077	1 652 333	695 005	330 744	128 649	516 664	377 277	2 499 741	1 021 668	1 478 073
1963	2 203 777	1 865 796	808 346	337 981	167 047	512 960	429 198	2 716 737	1 090 476	1 626 261
1964	2 315 750	1 877 979	863 795	437 771	197 844	567 272	491 894	2 883 022	1 005 131	1 877 891
1965	2 452 809	2 014 620	974 036	438 189	233 893	611 807	524 309	3 064 616	973 724	2 090 892
1966	2 682 250	2 269 442	1 104 274	412 808	250 476	651 639	559 953	3 333 889	1 099 113	2 234 776
1967	2 801 606	2 415 845	1 180 436	385 761	228 463	636 610	546 073	3 438 216	1 141 723	2 296 493
1968	3 012 586	2 661 670	1 276 210	350 916	195 802	655 301	547 509	3 667 887	1 331 420	2 336 467
1969	3 297 490	2 869 540	1 446 367	427 950	207 158	646 125	547 827	3 943 615	1 269 593	2 674 022
1970	3 774 701	3 214 992	1 803 234	559 709	312 056	791 356	680 529	4 566 057	1 111 375	3 454 682
1971	4 402 655	3 511 888	2 193 290	889 767	413 992	995 847	751 231	5 397 502	1 288 694	4 108 808

1) Einschl. Zinsausgaben an Verwaltungen. - 2) Ohne Zinsausgaben an Verwaltungen. - 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. - 4) Hier identisch mit Bruttoausgaben. - 5) Gesamtausgaben abzügl. Zahlungen von Verwaltungen.

Institutionen nach dem 2. Weltkrieg praktisch vom Nullpunkt an wieder aufgebaut werden mußten. Der Abschluß dieser Aufbauphase fand dann in entsprechend verminderten Zuwachsraten für die staatlichen Gesamtausgaben seinen Niederschlag. Gegen Ende der 60er Jahre läßt sich insofern ein gewisser Umschwung feststellen, als die Notwendigkeit, bestimmten öffentlichen Aufgaben eine gegenüber den privaten Bedürfnissen höhere Priorität einzuräumen, von einem großen Teil der Bevölkerung erkannt wurde. Hierzu gehören vor allen Dingen der Ausbau des Bildungswesens, die Verbesserung des Verkehrswesens, die Schaffung neuer Infrastruktureinrichtungen und die Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes; 1970 und 1971 erhöhten sich die Gesamtausgaben des Landes deshalb um 15,8 und 18,2%, Zuwachsraten, die weit höher waren als die durchschnittliche Zunahme der Gesamtausgaben in den vorangegangenen Jahren seit 1961 (7,3%).

Den größten Teil der Gesamtausgaben nehmen die Personalausgaben in Anspruch. Sie verdienen insbesondere deshalb besondere Aufmerksamkeit, als ihre Zunahme in den 60er Jahren ständig höher war als die entsprechenden Zuwachsraten für die Gesamtausgaben. Das bedeutet, daß der freie finanzielle Spielraum des Landes immer mehr eingeengt wurde. In den 50er Jahren verlief die Entwicklung genau umgekehrt, das heißt die Personalausgaben blieben mit ihren Zuwachsraten hinter den entsprechenden Zunahmen der Gesamtausgaben zurück. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben fiel deshalb zunächst von 46,3% im Jahre 1951 bis auf 27,8% im Jahre 1962; inzwischen ist er kontinuierlich gestiegen, so daß er 1971 40,6% erreichte.

Relativ stabil geblieben ist seit etwa 1962 auch der Anteil der Zahlungen an Verwaltungen, der 1962 mit 20,7% nur wenig höher war als 1971 mit 18,5%. Das ist insoweit nicht weiter überraschend, als es sich hierbei überwiegend um Zuweisungen an Gemeinden handelte, deren Umfang durch den Steuererwerb im wesentlichen von der Höhe der staatlichen Steuereinnahmen abhängt, die wiederum das

Volumen der Gesamtausgaben des Landes weitgehend bestimmen. In den 50er Jahren war der Anteil der Zahlungen an Gebietskörperschaften an den Gesamtausgaben dagegen nicht unbeträchtlich geringer gewesen.

Die Sachinvestitionen haben im Haushalt des Landes bei weitem nicht die Bedeutung, wie dies bei den Kommunen der Fall ist, so daß sie 1971 lediglich 7,7% der Gesamtausgaben in Anspruch nahmen, eine Quote, die zudem noch in keinem anderen Jahr seit 1961 erreicht wurde. Allerdings haben die Sachinvestitionen 1970 und 1971 sehr stark zugenommen. Die hohen Zuwachsraten von 50,6 und 32,7% erklären sich vor allem aus Investitionen für die Hochschulen und Hochschulkliniken, die im Rahmen der Hochschulförderung vorgenommen wurden.

Starker Anstieg der kommunalen Investitionen

Die Entwicklung der kommunalen Gesamtausgaben nahm in den 60er Jahren einen ganz ähnlichen Verlauf wie bei den staatlichen Ausgaben. Die Datenreihe bricht allerdings bereits schon mit dem Jahr 1970 ab, da die Ergebnisse der Haushaltsrechnungsstatistik für das Jahr 1971 noch nicht zur Verfügung stehen. Ein Vergleich der Jahre 1951 und 1961 zeigt jedoch, daß der Gesamtzuwachs in dieser Zeitspanne mit 196,3% sehr viel geringer war als beim Land (309,9%). Diese Divergenz dürfte wesentlich dadurch mitbestimmt sein, daß die Gemeinden sich als die unterste Ebene des öffentlichen Sektors nach dem Kriege als erste wieder etablierten und damit 1951, dem Ausgangsjahr der vorliegenden Betrachtung, bereits einen ganz anderen Stand erreicht hatten als der Staat, bei dessen Aufbau erst 1947 langsam begonnen werden konnte.

Die Personalausgaben, die für das Land die bedeutendste Ausgabenposition darstellen, spielen in den Gemeindehaushalten eine erheblich geringere Rolle. Ihr Anteil machte 1970 (gemessen an den Bruttoausgaben) 19,6% aus, eine Quote, die seit Beginn der 60er Jahre tendenziell unverändert geblieben ist, nachdem sie 1951 noch bei 27,9% gelegen

Ausgaben der Gemeinden (Gv.) nach Arten 1951 - 1970

Jahr	Unmittelbare Ausgaben					Zahlungen an Verwaltungen 3)	Bruttoausgaben	Zahlungen von Verwaltungen d. gleichen Ebene	Gesamtausgaben 4)	Zahlungen von Verwaltungen anderer Ebenen	Nettoausgaben 5)
	insgesamt	Verwaltungs- und Zweckausgaben 1)		Ausgaben der Vermögensbewegung 2)							
		insgesamt	Personal ausgaben	insgesamt	Sachinvestitionen						
1 000 DM											
1951	503 753	339 179	158 559	164 574	115 603	65 393	569 146	56 363	512 783	78 364	434 419
1956	966 046	575 761	250 970	390 285	291 444	109 417	1 075 463	91 399	984 064	188 457	795 607
1961	1 493 755	771 232	366 621	722 523	500 070	162 434	1 656 189	136 808	1 519 381	295 317	1 224 064
1962	1 726 702	847 251	395 641	879 451	636 205	184 581	1 911 283	151 506	1 759 777	437 779	1 321 998
1963	1 925 286	914 655	414 284	1 010 631	756 738	204 892	2 130 178	164 830	1 965 348	504 275	1 461 073
1964	2 283 567	1 005 837	447 198	1 277 730	952 567	205 183	2 488 750	168 793	2 319 957	543 828	1 776 129
1965	2 477 780	1 138 503	495 283	1 339 277	997 812	237 144	2 714 924	183 588	2 531 336	584 899	1 946 437
1966	2 674 089	1 280 187	552 903	1 393 902	1 014 346	263 528	2 937 617	202 546	2 735 071	605 730	2 129 341
1967	2 588 053	1 340 350	573 076	1 247 703	912 925	281 311	2 869 364	213 478	2 655 886	584 356	2 071 530
1968	2 775 609	1 428 991	602 718	1 346 618	964 498	297 180	3 072 789	225 994	2 846 795	614 926	2 231 869
1969	3 144 246	1 600 961	682 122	1 543 285	1 138 086	331 499	3 475 745	250 008	3 225 737	633 099	2 592 638
1970	3 650 862	1 870 977	788 359	1 779 885	1 347 043	381 101	4 031 963	292 464	3 739 499	764 759	2 974 740

1) Einschl. Zinsausgaben an Verwaltungen. - 2) Einschl. Darlehen und Tilgungsausgaben an Verwaltungen. - 3) Ohne Zinsausgaben, Darlehen und Tilgungsausgaben an Verwaltungen. - 4) Bruttoausgaben abzügl. Zahlungen von Verwaltungen der gleichen Ebene. - 5) Gesamtausgaben abzügl. Zahlungen von Verwaltungen anderer Ebenen.

Einnahmen des Landes nach Arten 1951 - 1971

Jahr	Unmittelbare Einnahmen						Zahlungen von Verwaltungen ²⁾			Gesamt-einnahmen ⁴⁾
	ins-gesamt	Steuern und steuer-ähnliche Abgaben	Verwaltungs- und Betriebseinnahmen ¹⁾		Einnahmen der Vermögensbewegung		ins-gesamt	Zuweisungen ³⁾ von		
			ins-gesamt	Gebühren, Entgelte, Strafen	ins-gesamt	Schuldenaufnahmen von Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln		Bund	Ländern	
1 000 DM										
1951	461 766	316 967	129 182	32 916	15 617	10 603	119 447	52 283	37 657	581 213
1956	854 513	562 032	157 776	63 452	134 705	116 223	314 769	143 383	104 227	1 169 282
1961	1 303 982	1 055 298	193 768	92 919	54 916	-	1 004 685	559 696	381 153	2 308 667
1962	1 471 866	1 228 932	187 431	92 070	55 503	-	1 021 668	599 623	347 044	2 493 534
1963	1 524 097	1 254 675	214 853	98 068	54 569	2 238	1 090 476	646 195	359 035	2 614 573
1964	1 228 481	1 401 069	238 589	110 980	188 823	128 310	1 005 131	593 610	326 042	2 833 602
1965	2 003 978	1 474 388	253 992	123 027	275 598	199 956	973 724	553 384	326 726	2 977 702
1966	2 227 219	1 569 643	265 348	131 225	392 228	318 525	1 099 113	652 623	346 754	3 326 332
1967	2 436 447	1 658 100	271 874	139 681	506 473	433 879	1 141 723	696 030	332 783	3 578 170
1968	2 373 465	1 801 020	293 277	151 415	279 168	190 311	1 331 420	838 154	376 698	3 704 885
1969	2 711 147	2 102 903	328 529	163 666	279 715	180 000	1 269 593	721 761	433 874	3 980 740
1970	3 447 359	2 681 040	382 071	162 996	384 248	300 000	1 109 096	756 930	234 473	4 556 455
1971	3 973 832	3 003 221	400 871	183 996	569 740	471 156	1 288 694	879 058	259 705	5 262 526

1) Einschl. Zinseinnahmen von Verwaltungen. - 2) Ohne Zinseinnahmen von Verwaltungen. - 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. - 4) Hier identisch mit Bruttoeinnahmen.

hatte. Ein weiterer struktureller Unterschied zwischen den kommunalen Haushalten und dem Haushalt des Landes ist auch in der größeren Bedeutung zu sehen, die die Sachinvestitionen für die Kommunen haben. Sie beanspruchten 1970 33,4% der Bruttoausgaben. Die größten Investitionen erforderten dabei der Straßen- und Tiefbau, die öffentlichen Einrichtungen, die kommunalen Versorgungsunternehmen und der Schulbau. Da es sich bei den kommunalen Sachinvestitionen überwiegend um Baumaßnahmen handelte, war es erforderlich, für die Investitionen schon deshalb immer höhere Beträge bereitzustellen, weil sich die Baukosten durch die Inflation der Baupreise sehr stark erhöhten. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, wenn die Sachinvestitionen von allen kommunalen Ausgabepositionen am stärksten gestiegen sind: von 1951 bis 1961 um 332,6% und von 1961 bis 1971 um 269,4%. In den beiden letzten Jahren (1969 und

1970) mußten die Mittel für Sachinvestitionen in jedem Jahr um rund 18% aufgestockt werden, um die geplanten Vorhaben ausführen zu können.

Veränderungen auf der Einnahmeseite durch Finanzreform

Da die öffentlichen Ausgaben sich an den öffentlichen Einnahmen orientieren müssen, verläuft die Einnahmeentwicklung etwa parallel zu der Veränderung der Ausgaben. Die Einnahmen des Landes flossen 1971 zu 57,1% aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Der Anteil der Steuereinnahmen des Landes an den Gesamteinnahmen wurde durch die Finanzreform des Jahres 1969, die eine Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden brachte, nicht unbeträchtlich erhöht. Ihr Anteil hatte bis 1968 immer unter 50% gelegen und erreichte 1969 52,8%. Die Anhebung des Anteils der Steuereinnahmen war

Einnahmen der Gemeinden (Gv.) nach Arten 1951 - 1970

Jahr	Unmittelbare Einnahmen						Zahlungen von Verwaltungen ³⁾		Brutto-einnahmen	Zahlun- gen von Verwal- tungen der gleichen Ebene	Gesamt- ein- nahmen
	ins- gesamt	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	Verwaltungs- und Betriebseinnahmen ¹⁾		Einnahmen der Vermögensbewegung ²⁾		ins- gesamt	Zuwei- sungen des Bundes und des Landes ⁴⁾			
			ins- gesamt	Ge- bühren, Entgelte, Strafen	ins- gesamt	Schuldenauf- nahmen von Kreditmarkt- mitteln und öffentlichen Sondermitteln					
1 000 DM											
1951	455 244	191 098	233 931	67 982	40 215	16 604	134 727	78 364	589 971	56 363	533 608
1956	763 741	308 823	321 393	137 974	133 525	74 906	279 856	188 457	1 043 597	91 399	952 198
1961	1 243 090	494 237	456 598	225 642	292 255	195 125	432 125	295 317	1 675 215	136 808	1 538 407
1962	1 334 507	552 710	488 065	242 507	293 732	194 040	589 285	437 779	1 923 792	151 506	1 772 286
1963	1 490 545	590 404	503 901	263 756	396 240	253 167	669 105	504 275	2 159 650	164 830	1 994 820
1964	1 725 647	645 959	556 263	293 173	523 425	343 606	712 621	543 828	2 438 268	168 793	2 269 475
1965	1 991 521	697 994	615 686	337 963	677 841	516 240	768 487	584 899	2 760 008	183 588	2 576 420
1966	2 105 578	748 863	697 768	393 623	658 947	468 526	808 276	605 730	2 913 854	202 546	2 711 308
1967	2 062 501	741 026	755 167	442 925	566 308	386 661	797 834	584 356	2 860 335	213 478	2 646 857
1968	2 237 279	796 515	824 482	453 657	616 282	428 079	840 920	614 926	3 078 199	225 994	2 852 205
1969	2 616 091	997 042	895 461	492 454	723 588	500 435	883 107	633 099	3 499 198	250 008	3 249 190
1970	2 941 012	973 954	1 005 698	550 565	961 360	696 568	1 057 223	764 759	3 998 235	292 464	3 705 771

1) Einschl. Zinseinnahmen von Verwaltungen. - 2) Einschl. Darlehensrückflüsse von Verwaltungen. - 3) Ohne Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse von Verwaltungen. - 4) Einschl. Schuldendiensthilfen.

jedoch verbunden mit einem relativen Rückgang der Zuweisungen, die das Land von Bund und Ländern erhält. So sank der Anteil der dem Land von den anderen Ländern zufließenden Beträge von 10,9% im Jahre 1969 auf 5,1% im Jahre 1970. Insgesamt machten die Zahlungen, die das Land von anderen Gebietskörperschaften erhielt, 1971 24,5% der Gesamteinnahmen aus; 1961 hatten sie noch 43,5% betragen, während in diesem Jahr umgekehrt der Steueranteil bei nur 45,7% lag. In dieser Verschiebung kommt eine nicht unwesentliche Verbesserung der finanziellen Selbständigkeit des Landes zum Ausdruck.

Im Gegensatz zum Land decken die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben nur 24,4% der kommunalen Bruttoeinnahmen, die allerdings insofern noch Doppelzahlungen enthalten, als sie die Zahlungen an andere Gemeinden (insbesondere also die Umlagen) noch mit einschließen. Langfristig ist der Anteil der Steuereinnahmen an den kommunalen Bruttoeinnahmen ständig gesunken: 1951 machte er noch 32,4% aus. Die kommunale Finanzreform des Jahres 1969, durch die die Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer beteiligt wurden, brachte hier eine gewisse Umkehr, die allerdings in den Ergebnissen für 1970 noch nicht zum Ausdruck kommt, da die Gemeinden die Gewerbesteureinnahmen 1969 „vorzogen“, denn durch die Finanzreform war ab 1970 ein Teil der Gewerbesteuer im Umlageverfahren an Bund und Länder abzuführen.

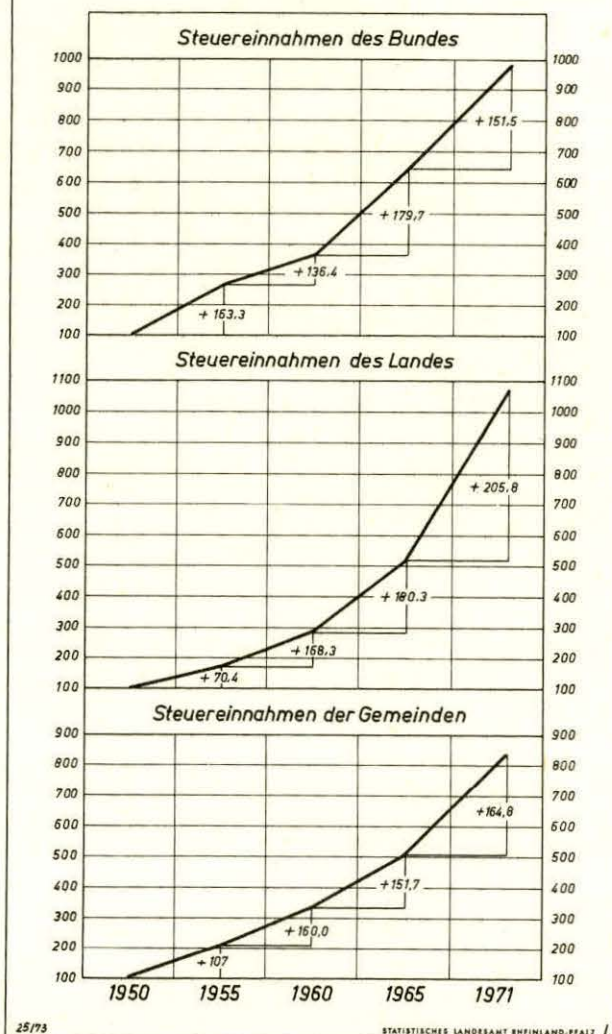
Erhebliches Gewicht besitzt in den kommunalen Haushalten der Anteil der Einnahmen aus der Schuldenaufnahme von Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln. Ihr Anteil an den Bruttoeinnahmen hat sich in den letzten Jahren wieder erheblich erhöht und machte 1970 17,4% aus; 1961 hatte er noch bei 11,6%, 1951 bei sogar nur 2,8% gelegen. Setzt man die Schuldenaufnahmen zu den Sachinvestitionen in Beziehung, so zeigt sich, daß die Gemeinden 1970 51,7% ihrer Sachinvestitionen durch Kapitalmarktmittel finanzierten. Dieser Anteil ist tendenziell ständig gestiegen, weil die den Gemeinden für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden eigenen Mittel einschließlich der Investitionszuweisungen, die sie von Bund und Ländern erhielten, nicht ausreichten, um das für erforderlich gehaltene Investitionsprogramm zu finanzieren. Wenn in diesem Umfang die Mittel für die kommunalen Investitionen, die ja in erster Linie für die Schaffung und Verbesserung von Infrastruktureinrichtungen eingesetzt werden, durch Schuldenaufnahme aufgebracht werden, so ist dies prinzipiell nicht negativ zu beurteilen. Vielmehr erscheint es durchaus gerechtfertigt, an der Finanzierung dieser Investitionen auch die künftigen Generationen zu beteiligen, da sie ja auch mit die Nutznießer dieser Maßnahmen sind. Man könnte umgekehrt Bedenken dagegen anmelden, die Lasten für die Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen allein der gegenwärtigen Generation aufzubürden.

Ständig wachsender Anteil der Einkommensteuer am gesamten Steueraufkommen

Da die öffentlichen Gebietskörperschaften ihre

Entwicklung der Steuereinnahmen nach ihrer Verteilung auf die Gebietskörperschaften 1950-1971

Meßzahlen: 1950=100



Ausgaben vornehmlich aus Steuermitteln bestreiten, ist es von Interesse zu sehen, welche Entwicklungstendenzen die Steuereinnahmen - vor allem in ihrer strukturellen Zusammensetzung - bestimmen. Vergleicht man hierzu die beiden letzten Dekaden, so zeigt sich, daß der Anstieg der Steuereinnahmen von 1950 bis 1960 mit 231% erheblich höher war als in den 60er Jahren, für die der Gesamtzuwachs 188% ausmacht, ein Verlauf, der sich in erster Linie aus der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums nach dem ersten Wiederaufbau erklärt. Das Gewicht der einzelnen Steuern hat sich dabei zum Teil ganz entscheidend verschoben. Am stärksten erhöhte sich das Aufkommen aus den Steuern vom Einkommen: die Gesamtzunahme betrug von 1950 bis 1961 313% und von 1960 bis 1971 382%. Ihr Anteil an dem gesamten Steueraufkommen in Rheinland-Pfalz stieg dadurch von 26,2% im Jahre 1950 auf 43,3% im Jahre 1971. Der Anteil des Aufkommens aus den Steuern vom Umsatz ist dagegen etwa konstant geblieben; 1971 machte er 24,5% aus. Erheblich zurückgegangen ist dagegen der Anteil

des Aufkommens aus Zöllen und Verbrauchssteuern: er sank in dem Vergleichszeitraum von 24,2% auf 12,8%. Diese Entwicklung dürfte in den 60er Jahren durch den Abbau der Zölle innerhalb der EWG, zu der unsere wichtigsten Handelspartner zählen, nicht unbeträchtlich beeinflusst worden sein. Etwa konstant geblieben sind in den letzten zehn Jahren auch die Anteile, die auf die Vermögensteuer und auf die Kraftfahrzeugsteuer entfallen; 1971 betrugen sie für die Vermögensteuer 1,4% und für die Kraftfahrzeugsteuer 3,1%. Der Beitrag der Gemeindesteuern zum gesamten Steueraufkommen ist seit 1950 tendenziell ständig gesunken: von 16,5% im Jahre 1950 bis auf nur 11,9% im Jahre 1971. Es ist deshalb verständlich, daß die Gemeinden sich sehr energisch um eine Verbreiterung ihrer eigenen Steuerbasis bemühen. Eine wesentliche Verbesserung hat sich inzwischen für sie dadurch ergeben, daß sie aufgrund der Finanzreform 1969 an dem Aufkommen aus der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer mit 14% beteiligt werden. Die zusätzlichen Einnahmen, die sich für sie daraus ergeben, übersteigen generell bei weitem die Beträge, die sie als Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen müssen.

Die Verbesserung der Steuereinnahmen der Gemeinden seit der Finanzreform zeigt sich auch sehr deutlich, wenn man die Steuereinnahmen des Bundes, des Landes und der Gemeinden einander gegenüberstellt - wobei die Steuereinnahmen des Bundes natürlich nur insoweit in die Betrachtung einbezogen werden, als sie in Rheinland-Pfalz aufgebracht werden. (Die Abnahme der kommunalen Steuereinnahmen im Jahre 1970 ist durch das bereits erwähnte Vorziehen der Gewerbesteuererinnahmen im Jahre 1969 bedingt, so daß die Angaben hier nicht die echte Entwicklung wiedergeben.) Verfolgt man auch hier die Entwicklung über die beiden letzten Dekaden, so wird eine relative Verbesserung der Steuereinnahmen des Landes in den 60er Jahren deutlich, wozu die Änderung der Steuerverteilung durch die Finanzreform 1969 nicht wenig beigetragen hat. Während von 1950 bis 1960 die Steuereinnahmen des Bundes aus Rheinland-Pfalz

noch um 259% und damit wesentlich stärker anstiegen als die Steuereinnahmen des Landes (187%), ist für die Zeit von 1961 bis 1971 umgekehrt ein erheblich höherer Anstieg der Steuereinnahmen des Landes zu verzeichnen (271% gegenüber 173% für die Steuereinnahmen des Bundes aus Rheinland-Pfalz). Die Zunahme der kommunalen Steuereinnahmen, die von 1950 bis 1960 mit 233% noch höher gewesen war als die Zunahme der Steuereinnahmen des Landes, verminderte sich für die Periode 1961 bis 1971 auf 150%; die Verbesserungen, die die Gemeindefinanzreform von 1969 brachte, können sich in dieser eine Zeitspanne von 10 Jahren abdeckenden Zuwachsraten natürlich noch nicht auswirken.

Neue Schwerpunkte in den Aufgabenprogrammen des Landes und der Gemeinden

Die Ausgaben entwickelten sich in den einzelnen staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen natürlich nicht gleichmäßig; vielmehr kam es in den beiden letzten Dekaden zu ausgeprägten Schwerpunktverlagerungen. Diese Veränderungen lassen sich am besten unter Zugrundelegung der „unmittelbaren Ausgaben“ aufzeigen; sie werden in der Weise ermittelt, daß von den Gesamtausgaben die Zahlungen an andere Gebietskörperschaften abgesetzt werden; die unmittelbaren Ausgaben lassen damit erkennen, in welchem Umfang bestimmte Aufgaben von einer Gebietskörperschaft oder einer Verwaltungsebene selbst durchgeführt worden sind. Aus den unmittelbaren Ausgaben ist natürlich nicht ersichtlich, wie hoch die betreffende Gebietskörperschaft oder Verwaltungsebene durch eine bestimmte Aufgabe belastet worden ist.

Betrachtet man zunächst den Zeitraum von 1951 bis 1961, so ergeben sich insbesondere für die Aufgabenbereiche Soziale Sicherheit und Wirtschaft Zuwachsraten, die mit 545% und 506% weit über dem Durchschnitt von 253% liegen. In der folgenden Dekade treten dagegen die Aufgabenbereiche Gesundheit, Sport und Erholung, Verkehr und Nachrichtenwesen sowie Bildungswesen mit Zunahmen

Steueraufkommen nach Arten 1950 - 1971 ¹⁾

Jahr	Steuern insgesamt	Gemeinschaftssteuern			Bundessteuern		Landessteuern			Gemeindesteuern		
		insgesamt	Steuern vom Einkommen	Steuern vom Umsatz	insgesamt	Zölle und Verbrauchssteuern	insgesamt	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	insgesamt	Grundsteuern	Gewerbesteuer ²⁾
						1 000 DM						
1950	842 885	435 016	220 825	214 191	216 460	204 336	52 644	4 037	21 014	138 765	.	.
1955	1 884 098	1 071 781	529 545	542 236	412 746	384 185	112 223	21 805	45 292	287 348	84 330	174 015
1960	2 788 091	1 643 184	912 962	730 222	492 676	460 714	191 014	34 803	88 651	461 217	100 796	317 205
1961	3 320 672	2 027 779	1 206 938	820 841	572 388	534 012	220 650	52 865	100 420	494 855	105 122	343 067
1962	3 655 385	2 279 422	1 409 878	869 544	550 956	510 012	262 255	71 055	114 957	562 752	113 038	402 102
1963	4 020 736	2 509 252	1 529 452	979 800	659 512	620 748	258 478	51 588	129 754	593 494	115 025	433 731
1964	4 557 168	2 872 057	1 739 294	1 132 763	751 816	708 655	299 421	71 894	143 472	633 874	120 245	465 058
1965	4 889 089	3 080 695	1 824 247	1 256 448	811 417	763 444	311 413	65 828	159 380	685 564	126 961	502 853
1966	4 967 029	3 136 482	1 921 743	1 214 739	746 540	697 870	345 600	75 682	175 020	738 407	133 249	550 478
1967	4 944 106	3 134 732	1 953 761	1 180 971	693 592	650 342	377 090	92 418	183 251	738 692	138 458	546 814
1968	5 238 915	3 370 370	2 146 856	1 223 514	693 814	639 950	390 047	89 529	199 505	784 657	144 043	580 541
1969	6 369 703	4 161 789	2 478 715	1 683 074	828 338	730 890	415 319	93 116	214 243	964 257	150 024	741 031
1970	7 076 701	4 733 681	3 050 572	1 683 109	1 046 255	949 994	462 353	117 606	232 693	834 412	153 958	600 987
1971	8 038 581	5 455 110	3 484 372	1 970 738	1 137 436	1 032 118	488 023	111 619	252 320	958 012	157 363	714 449

1) Gliederung der Steuern gem. der seit 1970 gültigen Zuordnung. - 2) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital: nach Berücksichtigung des Gewerbesteuerausgleichs; einschl. Lohnsummensteuer.

Unmittelbare Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach Aufgabenbereichen 1951 - 1970

Jahr	Ins- gesamt	Allge- meine Ver- waltung	Öffent- liche Sicher- heit und Ord- nung, Rechts- schutz	Bildungswesen			Soziale Sicher- heit	Ge- sund- heit, Sport und Er- holung	Woh- nungs- wesen und Raum- ordnung	Wirt- schaft 1)	Ver- kehrs- und Nach- richten- wesen	Wirt- schafts- unter- nehmen 2), kommunale Gemein- schafts- dienste	Allge- meine Finanz- wirt- schaft
				ins- gesamt	Schul- wesen	Hoch- schulen							
1 000 DM													
1951	965 386	128 953	69 193	171 491	121 093	9 510	99 836	40 963	50 074	43 027	69 424	160 230	132 195
1956	2 012 467	217 336	129 092	313 117	235 551	32 525	283 761	78 750	109 408	112 805	210 933	304 628	252 637
1961	3 412 010	301 907	177 809	523 483	382 751	72 847	643 538	149 026	133 068	260 568	248 057	432 317	542 237
1963	4 129 063	348 550	212 663	664 312	480 287	94 584	745 575	188 828	166 971	309 879	382 322	602 404	507 559
1965	4 930 589	403 027	251 436	893 335	629 906	158 213	701 213	278 407	244 408	325 862	486 464	743 475	602 962
1967	5 389 659	458 860	281 154	1 042 761	744 911	187 375	826 233	306 417	211 950	309 751	470 071	698 085	784 377
1968	5 788 195	467 587	292 923	1 082 522	786 134	182 330	915 312	328 507	196 525	368 964	513 460	751 830	870 555
1969	6 441 736	534 589	319 682	1 232 699	911 430	193 407	901 155	391 527	192 050	351 884	621 794	834 922	1 061 434
1970	7 425 563	571 781	357 966	1 431 694	1 058 831	253 360	1 025 871	456 558	250 082	428 704	692 095	1 031 291	1 179 521
Aufgabenbereiche in %													
1951	100,0	13,4	7,2	17,8	12,5	1,0	10,3	4,2	5,2	4,5	7,2	16,6	13,6
1956	100,0	10,8	6,4	15,6	11,7	1,6	14,1	3,9	5,4	5,6	10,5	15,1	12,6
1961	100,0	8,8	5,2	15,3	11,2	2,1	18,9	4,4	3,9	7,6	7,3	12,7	15,9
1963	100,0	8,4	5,2	16,1	11,6	2,3	18,1	4,6	4,0	7,5	9,2	14,6	12,3
1965	100,0	8,2	5,1	18,1	12,8	3,2	14,2	5,6	5,0	6,6	9,9	15,1	12,2
1967	100,0	8,5	5,2	19,3	13,8	3,5	15,3	5,7	3,9	5,8	8,7	13,0	14,6
1968	100,0	8,1	5,1	18,7	13,6	3,2	15,8	5,7	3,4	6,4	8,9	12,9	15,0
1969	100,0	8,3	5,0	19,1	14,1	3,0	14,0	6,1	3,0	5,5	9,6	12,9	16,5
1970	100,0	7,7	4,8	19,3	14,3	3,4	13,8	6,1	3,4	5,8	9,3	13,9	15,9
Meßzahlen 1951 = 100													
1951	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1956	208,5	168,5	186,6	182,6	194,5	342,0	284,2	192,2	218,5	262,2	303,8	190,1	191,1
1961	353,4	234,1	257,0	305,3	316,1	766,0	644,6	363,8	265,7	605,6	357,3	269,8	410,2
1963	427,7	270,3	307,3	387,4	396,6	994,6	746,8	461,0	333,4	720,2	550,7	376,0	383,9
1965	510,7	312,5	363,4	520,9	520,2	1 663,6	702,4	679,7	488,1	757,3	700,7	464,0	456,1
1967	558,3	355,8	406,3	608,1	615,2	1 970,3	827,6	748,0	423,3	719,9	677,1	435,7	593,3
1968	599,6	362,6	423,4	631,2	649,2	1 917,2	916,8	802,0	392,5	857,5	739,6	469,2	658,5
1969	667,3	414,6	462,0	718,8	752,7	2 033,7	902,6	955,8	383,5	817,8	895,6	521,1	802,9
1970	769,2	443,4	517,3	834,9	874,4	2 664,1	1 027,6	1 114,6	499,4	996,4	996,9	643,6	892,3

1) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen. - 2) Einschl. Grund- und Kapitalvermögen.

von 206, 179 und 174% sehr stark in den Vordergrund, während die unmittelbaren Ausgaben insgesamt in diesem Zeitraum um 118% anstiegen. Ein Vergleich dieser Wachstumsraten läßt erkennen, welche Prioritäten den genannten Bereichen im Rahmen der gesamten öffentlichen Leistungen eingeräumt wurden. Durch diese unterschiedliche Veränderung hat sich das Gewicht der einzelnen Bereiche nicht unbeträchtlich verschoben. So beanspruchte das Bildungswesen 1970 19,3%, die Soziale Sicherheit 13,8% und der Aufgabenbereich Gesundheit, Sport und Erholung 6,1% der unmittelbaren Ausgaben; 1951 waren die entsprechenden Quoten mit 17,8%, 10,3% und 4,2% nicht unbeträchtlich geringer gewesen. Am stärksten zurückgegangen ist der Anteil der unmittelbaren Ausgaben, der für die Allgemeine Verwaltung erforderlich ist; er machte 1970 nur 7,7% aus, während es 1951 noch 13,4% gewesen waren. Auch die unmittelbaren Ausgaben für den Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz sind relativ zurückgegangen; der Anteil für diesen Aufgabensektor verminderte sich von 7,2% im Jahre 1951 auf 4,8% im Jahre 1970.

Die einzelnen Aufgabenbereiche werden vom Land und den Gemeinden in einem sehr unterschiedlichen Umfang getragen. Insgesamt entfallen auf Land und Gemeinden etwa je die Hälfte der von den öffentlichen Gebietskörperschaften in

Rheinland-Pfalz getätigten unmittelbaren Ausgaben. Überwiegend vom Land wahrgenommen werden die Aufgaben in den Bereichen Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz (84,8%), Bildungswesen (68,4%) und Wirtschaft (66,9%). Im kommunalen Sektor dagegen liegt der Schwerpunkt der Aufgabenerfüllung bei den Bereichen Gesundheit, Sport und Erholung (80,9%), Wirtschaftsunternehmen und kommunale Gemeinschaftsdienste (88,3%) sowie Verkehr und Nachrichtenwesen (62,8%). In den übrigen Bereichen (Allgemeine Verwaltung, Wohnungswesen und Raumordnung sowie Allgemeine Finanzwirtschaft) verteilen sich die unmittelbaren Ausgaben etwa gleichmäßig auf Land und Gemeinden.

Unterricht und Bildung

Unter Berücksichtigung des Tatbestandes, daß die Kulturhoheit im Verantwortungsbereich der einzelnen Bundesländer liegt, ist besonders jetzt davon auszugehen, daß der öffentlichen Aufgabe Unterricht und Bildung seitens der Landesregierungen eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Die derzeitige bildungspolitische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit ist nämlich nicht ausschließlich auf gesellschaftspolitische Entwicklungen, sondern auch weitgehend auf die ausstattungsbezogene Situation an den Schulen und Hochschulen zurückzuführen.

Berichtsmerkmal	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972 ^P
Grund- und Hauptschulen							
Schulen	3 036	3 156	3 187	3 030	2 019	1 788	1 558
Klassen	8 742	8 673	9 117	10 187	12 321	12 793	12 972
Schüler	399 295	326 106	366 958	393 200	426 712	431 322	423 704
Lehrer	8 330	8 780	9 332	10 358	13 732	14 555	15 285
Mädchen von 100 Schülern	49,5	49,5	49,5	49,1	49,1	49,1	48,9
Schüler je Klasse	45,7	37,6	40,2	38,6	34,6	33,7	32,7
Schüler je Lehrer	47,9	37,1	39,3	38,0	31,1	29,6	27,7
Neuaufnahmen	.	49 165	56 228	63 054	66 079	65 098	.
Absolventen	.	45 962	24 580	41 879	36 894	37 946	.
Sonderschulen							
Schulen	32	50	49	76	134	138	157
Klassen	155	188	218	374	815	928	1 064
Schüler	3 872	3 977	4 464	7 388	12 625	13 821	15 042
Lehrer	146	204	226	374	984	1 124	1 355
Mädchen von 100 Schülern	38,9	39,6	41,0	42,4	40,6	40,4	40,4
Schüler je Klasse	25,0	21,2	20,5	19,8	15,5	14,9	14,1
Schüler je Lehrer	26,5	19,5	19,8	19,8	12,8	12,3	11,1
Neuaufnahmen	.	794	1 166	1 965	2 197	2 135	2 204
Absolventen	.	921	743	1 226	1 431	1 318	1 578
Realschulen							
Schulen	12	28	38	59	84	88	97
Klassen	83	195	277	485	1 132	1 245	1 437
Schüler	2 538	7 133	9 575	17 312	37 056	39 937	47 072
Lehrer	81	211	350	641	1 521	1 705	1 875
Mädchen von 100 Schülern	49,8	58,0	56,9	53,5	52,1	52,4	53,0
Schüler je Klasse	30,6	36,6	34,6	35,7	32,7	32,1	32,8
Schüler je Lehrer	31,3	33,8	27,4	27,0	24,4	23,4	25,1
Neuaufnahmen	.	1 394	2 216	4 554	7 046	7 661	11 641
Absolventen	158	536	1 197	1 408	3 324	4 105	3 612
Gymnasien							
Schulen	107	117	122	123	128	130	131
Klassen	1 334	1 528	1 703	2 142	3 018	3 131	3 389
Schüler	39 151	48 890	51 317	68 507	90 760	94 096	102 774
Lehrer	1 820	2 212	2 463	2 853	4 218	4 471	4 820
Mädchen von 100 Schülern	41,8	41,4	40,2	41,7	44,2	44,7	46,0
Schüler je Klasse	29,3	32,0	30,1	32,0	30,1	30,1	30,3
Schüler je Lehrer	21,5	22,1	20,8	24,0	21,5	21,0	21,3
Neuaufnahmen	.	8 391	9 993	13 136	11 973	13 576	18 572
Absolventen	1 741	1 819	2 725	2 513	5 691	5 922	5 623

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz sieht ihre Aufgabe im Bildungsbereich in gezielter Fortführung der Schulreform, um ein gegliedertes, in sich differenziertes und voll durchlässiges Bildungssystem zu schaffen. Dieses Bildungssystem soll zur Chancengleichheit und zum optimalen Leistungsgrad im Schulbereich führen und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder Jugendliche, die seinem Berufswunsch adäquate Ausbildung beginnen und abschließen kann.

Entsprechend dem Angebot der Bildungsinstitutionen können einmal die Gruppen

- (1) allgemeinbildende Schulen
- (2) berufsbildende Schulen
- (3) Hochschulen

unterschieden werden. Ferner gehören zum Bildungsbereich die Institutionen „Zweiter Bildungsweg“, Volksbildungseinrichtungen (Volkshochschulen), Büchereien und Theater.

32,3% Schülerzuwachs an allgemeinbildenden Schulen

Zum Bereich der allgemeinbildenden Schulen zählen die Schulgattungen Grund- und Hauptschulen, Sonder-, Realschulen und Gymnasien. Einen ersten Eindruck über die Entwicklung vermitteln die Schülerzahlen, die von 444 856 (1950) 32,3% auf 588 592 (1972) gestiegen sind. Besondere Anstrengungen sind in Rheinland-Pfalz im Sonder- und Realschulbereich zu verzeichnen: Im Zeitraum 1950 bis 1972 wurde die Anzahl der Sonderschulen verfünffacht und die der Realschulen um das Siebenfache gesteigert. Im Grund- und Hauptschulbereich erfolgte in den letzten Jahren eine Konsolidierung durch sinnvolle Zusammenlegung von Schulen, Schülerweiterungen und den Bau verkehrsgünstig gelegener Schulen. Der Bau von zentralen und klassenintensiven Schulen kennzeichnet die Entwicklung im Gymnasialbereich.

Der steigende Trend zur weiterführenden Schule (Realschule, Gymnasien) und die verbesserte Ausschöpfung und Erhöhung der Sonderschulkapazi-

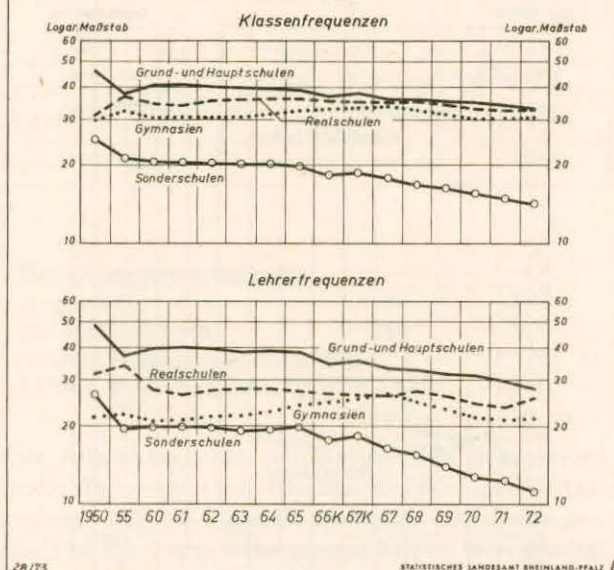
täten führten trotz absolutem Steigen zu einem sinkenden Anteil der Grund- und Hauptschüler an der Gesamtschülerzahl: von 89,8% (1950) auf 72,0% in 1972. Von dem Zuwachs 1950 bis 1972 in Höhe von 143 736 Schülern entfielen nämlich auf die Gymnasien 44%, Realschulen 31%, Grund- und Hauptschulen 17% und Sonderschulen 8%.

Vergleicht man die Zahl der Jungen mit der der Mädchen an den verschiedenen Schulgattungen, so zeigt sich, daß Mädchen vor allem die Realschule und Jungen das Gymnasium als weiterführende Schule vorziehen. In den letzten 17 Jahren setzte allerdings ein gewisser Nivellierungstrend ein: Der Anteil der Mädchen sank an den Realschulen auf 53,0% (1955: 58,0%) und stieg an den Gymnasien 1972 auf 46,0% (41,5%).

Zwei wichtige Komponenten, die Effekt und Qualität des Schulunterrichts bestimmen, sind Klassenfrequenz (Schüler je Klasse) und Lehrerfrequenz (Schüler je Lehrer). Die Entwicklung zeigt, daß die Sonderschulen bezüglich des Lehrereinsatzes und der Klassenausstattung (bezogen auf Schüler) eine bevorzugte Stellung einnehmen: Die Lehrerfrequenz sank von 26,5 (1950) auf 11,1 und die Klassenfrequenz im gleichen Zeitraum von 25,0 auf 14,1. Die weitaus geringeren Verbesserungen der Frequenzwerte in den anderen Schulgattungen sind auf die dort erheblich höheren Schülerzahlen und die nicht direkt vergleichbare Unterrichtsform zurückzuführen. Die durchweg unter den Klassenfrequenzen liegenden Lehrerfrequenzen zeigen deutlich, daß die Anstellung von Lehrpersonal unproblematischer ist als die Schulraumerweiterung.

1972 entfielen auf einen Realschulabsolventen 13 Realschüler (1950 = 16) und auf einen Abiturienten 18 Gymnasiasten (22). Danach stieg die Zahl der Abschlüsse in den weiterführenden Schulen stärker als die Anzahl der Schüler. Werden

Klassen- und Lehrerfrequenzen an allgemeinbildenden Schulen 1950-1972



die Schulabschlüsse auf je 100 000 Einwohner bezogen, dann ist offensichtlich, daß von 1963 bzw. 1965 bis 1971 eine stete, die Entwicklung der Bevölkerung überschreitende Zunahme der Abschlüßziffern zu verzeichnen war.

Von den Schulversuchen in Rheinland-Pfalz, die als Instrument der Schulreform fungieren, sind neben Vorschulerziehung, freiwilligem zehnten Hauptschuljahr, Ganztags- und Gesamtschulen, vor allem die Orientierungsstufe an Haupt-, Realschule und Gymnasium sowie die „Mainzer Studienstufe“ (Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe) zu nennen. 1972 waren an der Orientierungsstufe 54 Schulen (1971: 41) mit 279 Klassen (175) und 10 175 Schülern beteiligt. Die „Mainzer Studienstufe“ erfolgte 1972 an 8 Gymnasien (7) mit 70 Klassen (66) und 1 586 Schülern (1 531).

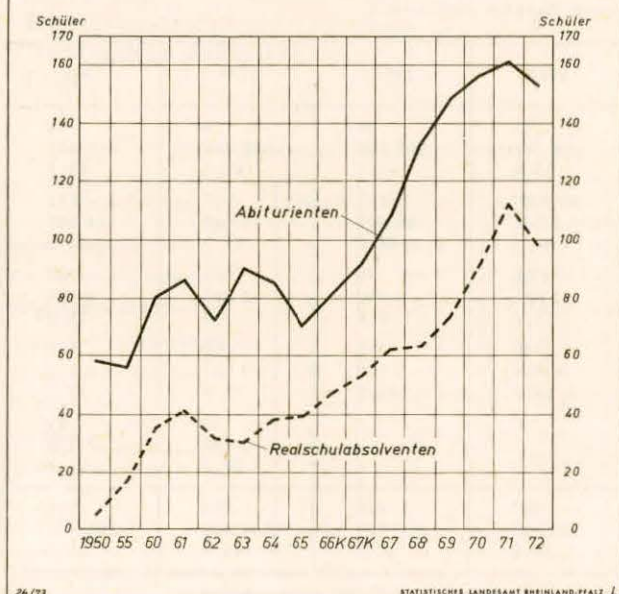
144 450 Schüler an berufsbildenden Schulen

Im berufsbildenden Bereich sind die Voraussetzungen für den Besuch einer bestimmten Schulgattung, im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen besonders vielfältig und verschiedenartig. Das mit dem Besuch einer Schulgattung verbundene Ziel ist in unterschiedlicher Weise mit den theoretischen und praktischen Anforderungen des angestrebten bzw. ausgeübten Berufes verknüpft: Berufsschule (praktische Berufsausbildung begleitend), Berufsfachschule (berufsvorbereitend), Berufsaufbauschule (berufliche Kenntnisse vertiefend, Fachschulreife), Fachschule (berufliche Weiterbildung und Fachspezialisierung), Fachoberschule (vertiefte vorbereitende Grundausbildung, Fachhochschulreife).

Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist durch eine starke Verminderung der Berufsschulaußenstandorte, die Einrichtung und den Ausbau von Berufsschulzentren gekennzeichnet, womit eine Verbesserung und Erweiterung des Unterrichts-

Realschulabsolventen und Abiturienten 1950-1972

je 100 000 Einwohner



auch die Bedeutung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nicht unterschätzt werden, die im Schnitt der Jahre 1963 bis 1972 immerhin fast 40 000 Menschen den notwendigen Lebensunterhalt gesichert hat. Nach Feststellung der durchschnittlichen Höhe der Leistung für den jeweiligen Empfänger ist die Entwicklung bei den einzelnen Hilfearten sehr unterschiedlich. Am teuersten ist gegenwärtig Hilfe zur Pflege, es folgen Blinden- und Tuberkulosehilfe. Für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurde durchschnittlich nur ein Drittel der Fallkosten von Hilfe zur Pflege gezahlt.

Mehr Mittel für Kriegsofopferfürsorge

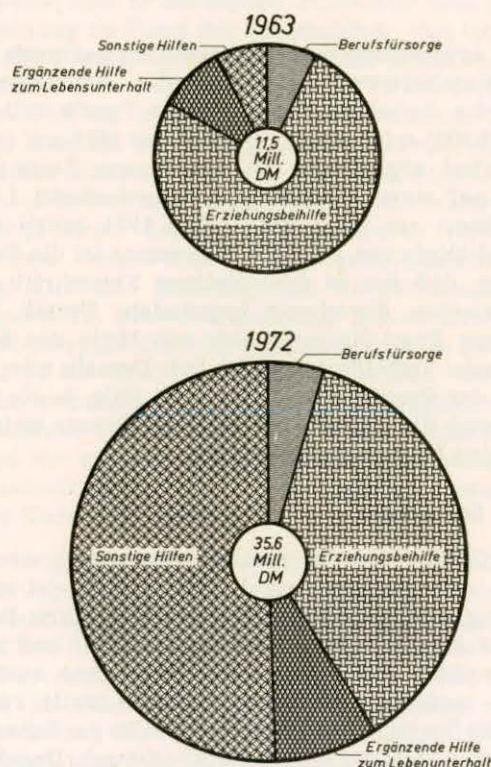
Im Rahmen des Gesamtsystems der sozialen Sicherung entspricht die Kriegsofopferfürsorge sowohl dem Versorgungsgedanken als auch dem Gedanken des Fürsorgeprinzips.

Mit der Reform des Fürsorgerechts durch das Sozialhilfegesetz von 1961 erfolgte die Ausgliederung der Kriegsofopferfürsorge aus der Allgemeinen Sozialhilfe und der gesonderte Ausweis der Leistungen gemäß §§ 25 bis 27 des Bundesversorgungsgesetzes. Kriegsofopferfürsorge ist demnach als Leistungsanspruch aus diesem Versorgungsrecht zu betrachten, das eine ergänzende Maßnahme für besondere Hilfen erfordernde Lebenssituationen darstellt. Dabei handelt es sich vor allem um arbeits- und berufsfördernde Unterstützungen für Beschädigte, deren Angehörige und Hinterbliebene. Die vorliegenden Zahlen lassen erkennen, daß mit zeitlicher Entfernung vom Kriege - ähnlich ist es bei der Kriegsofopferversorgung der Fall - Ausgaben für einzelne Leistungen beträchtlich gestiegen sind, während sich die Zahl der Empfänger relativ wenig verändert hat. 1960 entfielen im Schnitt etwa 642 DM auf einen Empfänger. Nach sieben Jahren hatte sich dieser Betrag bereits vervierfacht, nach gut einem Jahrzehnt (1972) eine Höhe von über 3 000 DM erreicht. Auch die prozentualen Anteile der einzelnen Hilfeformen am gesamten Aufwand für Kriegsofopferfürsorge haben sich innerhalb des vergangenen Jahrzehnts erheblich verändert. 1963 entfielen über drei Viertel auf Erziehungsbeihilfe, während es im Berichtsjahr nur etwa noch ein Drittel des Gesamtbetrages war. Für sonstige Hilfen - nach Art und Umfang mit den Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Abschnitt 3 des Bundessozialhilfegesetzes vergleichbar - werden heute über die Hälfte der gesamten Mittel - das sind fast 20 Mill. DM - in Anspruch genommen. Vor etwa zehn Jahren wurde für diese Fälle noch nicht 1 Mill. DM verausgabt.

Fürsorgeerziehung verliert an Bedeutung

Die Tätigkeit in der öffentlichen Jugendhilfe wird in sehr starkem Maße bestimmt durch die Maßnahmen, die das Jugendwohlfahrtsgesetz in der Fassung von 1970 - auch in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch - vorschreibt. Dazu gehö-

Aufwand für Kriegsofopferfürsorge 1963 und 1972



ren unter anderem das Vormundschaftswesen einschließlich der Pflegeaufsicht mit etwa 30 000 bis 35 000 Fällen im Schnitt der Jahre 1951 bis 1969. Seitdem hat sich dieser Personenkreis auf wenige tausend Jugendliche verringert, da die Amtsvormundschaft 1971 in eine Amtspflegschaft umgewandelt wurde.

Bei der erzieherischen Betreuung der Jugend innerhalb der letzten 20 Jahre liegt das Schwergewicht auf der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung, deren Entwicklung allerdings unterschiedlich verlaufen ist. Stärker in Anspruch genommen werden heute Erziehungsmaßnahmen der freiwilligen Erziehungshilfe, während Fürsorgeerziehung - gemessen an der Zahl der Fälle - erheblich an Bedeutung verloren hat. Der Aufwand für die erzieherische Betreuung der Jugend hat sich demgegenüber im Zeitraum von etwa 15 Jahren (seit 1955) vervierfacht. Er beträgt im Berichtsjahr über 13 Mill. DM, das sind etwa 18% der geschätzten Gesamtausgaben von 74 Mill. DM für Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im Jahre 1972. Vor 20 Jahren waren es insgesamt erst rund 25 Mill. DM.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 671	3 681	3 681	3 679
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 305	2 256	2 293	1 620	2 283	2 399	1 785	1 527	2 350 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,1	7,3	5,4	7,3	7,9 ^P	5,7 ^P	5,0 ^P	7,5 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	4 159	3 837	3 513	3 810	3 779	2 096	2 179	3 079	3 274 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,5	11,2	12,6	12,1	10,2 ^P	10,2 ^P	10,2 ^P	10,5 ^P
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 641	3 667	3 379	3 722	4 346	3 384	3 732	3 556 ^P	3 944 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,0	10,8	12,3	13,9	11,2 ^P	11,9 ^P	11,7 ^P	12,6 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	103	88	67	85	95	59	67	74	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	25,4	22,9	19,1	22,3	25,1	19,1	21,1	24,0	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	418	170	134	88	- 567	- 288	- 553	- 477 ^P	- 670 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	1,1	0,5	0,4	0,3	- 1,8	- 1,0 ^P	- 1,8 ^P	- 1,6 ^P	- 2,1 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 822	10 580	12 584	10 062	8 389
* Fortgezogene	Anzahl	9 084	9 119	10 718	10 205	9 850
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 738	1 461	1 866	- 143	- 1 461
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 245	10 351	11 940	10 862	10 561
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	9,5	10,9	8,2	11,5	17,3	8,5	9,3	11,0	15,9
* Männer	1 000	6,5	6,6	4,1	6,5	11,5	4,4	4,8	5,8	10,1
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	905	621	100	525	1 149	148	134	215	215
Bauberufe	Anzahl	933	859	351	816	1 568	267	320	523	1 001
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 705	5 254	3 589	5 144	8 536	3 560	3 951	4 634	7 607
Offene Stellen	Anzahl	33 113	27 650	25 993	22 116	19 262	30 134	27 704	25 305	23 316
Männer	Anzahl	20 838	17 617	16 930	14 153	12 030	19 060	17 876	16 382	15 151
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	461	366	229	209	183	371	398	313	274
Bauberufe	Anzahl	3 110	2 663	2 393	1 693	1 364	3 388	2 914	2 477	2 009
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	16 790	12 159	11 362	9 379	7 833	13 549	12 215	11 201	16 615
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	726	686	.	.	686	.	.	.	678
* Milchkühe	1 000	266	252	.	.	252	.	.	.	251
* Schweine	1 000	827	741	.	.	741	743	.	.	744
* Zuchtsauen	1 000	77	69	.	.	69	73	.	.	70
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	46	42	.	.	42	43	.	.	42
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	20	21	22	21	14	17	15	16
* Kälber	1 000	2	2	1	1	2	1	1	1	1
* Schweine	1 000	100	103	100	119	114	86	104	99	111
* Hausschlachtungen	1 000	20	21	17	33	35	11	17	29	35
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,9	12,0	12,3	12,7	11,7	10,3	12,0	9,8	10,7
* Rinder	1 000 t	5,2	5,1	5,3	5,4	5,1	3,9	4,6	3,8	4,2
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
* Schweine	1 000 t	6,5	6,7	6,8	7,1	6,4	6,3	7,3	5,9	6,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	320	197	63	111	176	160	75	104	68
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	50	44	37	46	40	54	71	56	53
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	83	79	70	66	69	76	76	69	72
* an Molkereien geliefert	%	79,5	80,8	80,5	77,1	78,7	85,6	83,7	81,7	81,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,7	10,0	8,6	8,5	8,9	10,1	9,7	9,1	9,2

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 005	3 059	3 072	3 080	3 086	3 048	3 044	3 040	3 039
* Beschäftigte	1 000	407	408	410	409	406	406	405	406	403
* Arbeiter 2)	1 000	306	304	305	304	301	298	298	299	296
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	48 379	46 972	48 495	47 972	46 225	46 378	48 229	47 078	42 300
Löhne und Gehälter	Mill. DM	491	541	526	603	693	570	585	667	757
* Löhne	Mill. DM	328	357	350	395	431	373	389	432	459
* Gehälter	Mill. DM	163	184	176	208	262	197	196	235	298
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	103	87	91	97	93	63	75	66	78
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	136	171	156	172	180	174	175	194
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	31	19	16	15	15	3	4	4	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	56	117	155	141	157	177	170	171	191
* Heizölverbrauch	1 000 t	195	201	213	221	222	184	219	236	248
* leichtes Heizöl	1 000 t	36	40	41	47	48	34	42	46	48
* schweres Heizöl	1 000 t	159	161	172	174	174	150	177	190	200
* Stromverbrauch	Mill. kWh	788	804	830	817	807	838	881	877	852
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	313	297	304	305		270	293	316	349
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 331	2 565	2 735	2 828	2 822	2 936	3 080	3 044	3 064
* Auslandsumsatz	Mill. DM	504	535	527	570	620	625	704	698	796
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	200	213	226	234	213	242	246	260	244 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	210	223	235	246	229	253	257	274	260 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	211	223	236	247	228	254	258	275	261
Energiewirtschaft	1962 = 100	175	210	221	237	234	224	238	252	256 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	219	234	249	245	223	277	277	283	256
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	154	165	197	178	139	209	211	199	152
Chemische Industrie	1962 = 100	256	276	286	288	271	327	326	335	314
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	280	288	290	335	343	311	315	368	390
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	237	242	215	317	417	265	265	324	409
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	162	170	181	189	162	193	196	209	186
Schuhindustrie	1962 = 100	111	108	112	111	88	108	102	105	86
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	162	178	206	226	203	181	214	222	220
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	148	157	176	168	128	184	186	183	153
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	103	103	.	.	102	103
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962=100	181	207	.	.	254	228
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	177	208	.	.	267	237
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	233	176	188	223	244	156	239	276	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 039	1 181	1 256	1 311	1 277	1 241	1 404	1 375	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	332	330	378	432	391	346	456	468	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	928	1 015	1 052	1 087	1 113	1 040	1 169	1 164	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,7	0,6	0,5	0,6	1,1	0,4	0,6	0,4	1,3
Gasbezug 4)	Mill. cbm	118	192	185	209	206	219	246	277	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	118	193	185	209	207	219	247	277	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 398	89 276	90 100	88 471	86 437	91 835	90 613	89 510	88 254
Facharbeiter	Anzahl	48 493	48 428	48 686	47 748	46 774	50 123	48 760	48 062	47 541
Helfer und Hilfsarbeiter	Anzahl	26 582	26 438	26 892	26 264	25 315	26 778	26 882	26 514	25 763
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 871	13 257	14 823	13 489	11 385	14 900	15 292	13 924	11 071
Privater Bau	1 000	7 113	7 511	8 340	7 846	6 706	8 684	8 748	7 979	6 501
Wohnungsbau	1 000	4 623	4 906	5 651	5 257	4 450	5 809	5 942	5 358	4 326
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	164	143	145	131	134	136	113	87	91
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 326	2 462	2 544	2 458	2 122	2 739	2 693	2 534	2 084
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 758	5 746	6 483	5 643	4 679	6 216	6 544	5 945	4 570
Hochbau	1 000	1 311	1 427	1 683	1 471	1 283	1 468	1 750	1 599	1 175
Tiefbau	1 000	4 447	4 319	4 800	4 172	3 396	4 748	4 794	4 346	3 395
Straßenbau	1 000	2 180	2 007	2 260	1 932	1 540	2 239	2 361	2 113	1 638
Löhne und Gehälter	Mill. DM	100	115	130	122	122	145	149	143	137
* Löhne	Mill. DM	90	103	118	109	108	132	136	128	120
* Gehälter	Mill. DM	10	12	12	13	14	13	13	15	17
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	256	325	439	400	560	390	340	332	511

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtete Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 143	1 314	1 438	1 148	556	1 549	1 518	1 502	715
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 034	1 178	1 302	994	485	1 401	1 322	1 324	616
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 244	1 489	1 578	1 454	688	1 718	2 008	1 856	1 526
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	151	203	209	207	99	261	315	293	240
* Wohnfläche	1 000 qm	213	255	249	255	123	302	359	334	229
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	273	251	303	254	130	250	288	252	149
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 279	1 186	1 409	1 257	489	1 007	1 105	1 050	852
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	99	126	132	129	58	103	136	128	91
* Nutzfläche	1 000 qm	207	200	246	198	89	173	202	183	153
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 479	2 997	2 893	2 988	1 456	3 436	4 478	4 164	3 144
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	116	122	.	123	.	.	.	124	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	155	175	.	179	.	.	.	192	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	158	176	.	182	.	.	.	196	.
Leichttrennwand	1962 = 100	158	179	.	185	.	.	.	201	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	149	164	.	168	.	.	.	178	.
Beton für Wände	1962 = 100	154	170	.	173	.	.	.	185	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	124	132	.	134	.	.	.	138	.
Innenwandputz	1962 = 100	164	180	.	185	.	.	.	203	.
Deckenputz	1962 = 100	162	174	.	178	.	.	.	196	.
Außenwandputz	1962 = 100	171	185	.	189	.	.	.	210	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	139	153	.	159	.	.	.	174	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	151	170	.	178	.	.	.	189	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	566,3	633,4	646,0	671,2	763,9	722,5	807,9	797,6	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	18,8	20,1	20,1	19,3	19,2	30,9	35,2	32,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	547,4	613,3	625,8	651,9	744,7	691,6	772,7	764,3	...
* Rohstoffe	Mill. DM	9,7	10,1	9,4	9,8	11,3	10,6	9,2	11,1	...
* Halbwaren	Mill. DM	29,6	36,2	35,9	32,3	36,6	32,2	42,1	38,7	...
* Fertigwaren	Mill. DM	508,2	567,1	580,6	609,9	696,8	648,8	721,5	714,8	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	195,9	211,8	215,3	200,4	224,3	249,4	254,8	253,4	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	312,3	355,3	365,3	409,5	472,5	399,4	466,7	461,4	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG-Länder	Mill. DM	217,6	253,3	251,5	284,7	311,2	280,0	333,1	321,0	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	38,9	43,6	43,5	48,8	50,4	50,0	60,5	50,9	...
Frankreich	Mill. DM	83,0	101,9	96,6	129,2	135,7	109,9	140,7	140,1	...
Italien	Mill. DM	47,6	54,7	56,1	54,8	71,4	64,8	70,5	72,9	...
Niederlande	Mill. DM	48,2	53,2	55,3	51,9	53,7	55,3	61,5	57,1	...
* EFTA-Länder	Mill. DM	120,4	136,0	157,4	159,5	177,3	156,9	177,2	195,0	...
Dänemark	Mill. DM	12,3	13,1	15,6	14,5	17,4	15,7	15,9	16,9	...
Großbritannien	Mill. DM	22,7	29,4	37,9	40,2	44,6	39,3	40,3	48,4	...
Österreich	Mill. DM	23,3	26,1	31,7	26,2	32,4	33,2	38,6	41,5	...
Schweden	Mill. DM	17,0	16,9	16,7	18,5	22,7	19,2	24,7	24,6	...
Schweiz	Mill. DM	33,4	38,1	42,7	43,6	43,1	39,5	46,0	51,7	...
USA und Kanada	Mill. DM	36,7	45,5	40,9	26,6	32,3	68,1	56,5	50,3	...
Ostblockländer	Mill. DM	23,0	22,2	20,8	17,7	28,1	36,4	34,8	39,0	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	390,8	455,8	497,3	482,9	529,9	498,3	485,1	502,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	62,1	74,1	81,4	76,8	92,8	77,7	85,1	97,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,7	381,7	415,9	406,1	437,1	420,6	400,0	405,2	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	97	96	98	99	98	99	100	102	102
* Umsatz	1962 = 100	158	170	180	190	230	180	200	207	263
Waren verschiedener Art	1962 = 100	229	241	248	297	384	240	254	280	460
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	138	141	143	173	159	170	176	205
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	146	161	199	217	239	170	209	219	267
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	170	189	206	228	275	209	230	242	304
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	152	153	150	176	330	158	167	200	397
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	154	181	198	176	161	173	206	181	168

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	113	120	107	104	117	120	104	107
Teilbeschäftigte	1962 = 100	197	211	239	189	176	257	291	197	137
* Umsatz	1962 = 100	162	174	209	144	142	214	227	146	168
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	212	246	361	163	125	445	387	159	157
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	156	164	195	138	136	195	218	141	158
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	244	257	354	147	106	436	342	146	...
* Auslands Gäste	1 000	58	56	47	16	11	90	42	17	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	888	949	1 104	539	411	1 549	1 154	523	...
* Auslands Gäste	1 000	131	131	100	36	29	194	98	40	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 311	3 150	2 754	2 436	2 623	3 244	2 578	2 906	2 986
* Gütereingang	1 000 t	1 582	1 547	1 435	1 197	1 389	1 617	1 373	1 479	1 660
* Gütersendung	1 000 t	1 729	1 603	1 319	1 239	1 234	1 627	1 205	1 427	1 326
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 594	4 358	4 646	3 809	4 081	4 443	4 489	3 586	3 104
Ladung	1 000 t	2 836	2 764	1 759	1 511	2 310	2 567	1 788	2 376	2 613
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	87	67	41	43	59	59	42	66	82
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 894	4 709	5 264	4 213	4 453	4 637	5 205	4 127	3 688
Ladung	1 000 t	1 464	1 182	818	608	923	1 095	783	1 010	1 188
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	85	62	37	39	49	54	38	62	77
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 108	11 440	11 340	9 445	6 774	9 982	12 289	9 984	...
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	47	93	56	39	40	130	73	45	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 856	10 198	10 137	8 369	5 765	8 836	10 946	8 890	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	696	687	676	643	584	569	691	590	...
Zugmaschinen	Anzahl	450	398	409	333	331	393	524	364	...
Kraftfahrzeughänger	Anzahl	366	416	283	276	224	271	317	243	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	24 891	26 272	30 250	28 116	28 698	29 213	31 603	31 470	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 307	22 828	26 195	24 284	25 080	23 770	26 971	26 695	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 182	2 997	3 541	3 500	3 325	4 776	4 070	4 420	...
Berufsverkehr	1 000	747	844	932	802	917	1 113	980	892	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	402	447	514	332	293	667	562	355	...
Ausflugsfahrten	1 000	93	97	111	64	51	137	113	69	...
Ferienziel - Reisen	1 000	1	2	1	0	1	5	2	0	...
Mietwagenverkehr	1 000	308	348	402	268	241	525	447	286	...
Wagenkilometer	1 000	11 020	11 705	12 282	11 167	10 718	14 478	13 023	11 571	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 399	7 235	7 957	7 961	7 348	7 666	8 232	7 972	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 871	1 825	2 032	1 896	1 719	2 044	2 024	1 692	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 528	5 410	5 925	6 065	5 629	5 622	6 208	6 280	...
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 627	4 393	4 751	4 884	4 517	4 350	4 876	4 957	...
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	900	1 017	1 174	1 181	1 112	1 272	1 332	1 323	...
* Getötete Personen	Anzahl	100	103	116	116	112	114	130	96	...
Pkw - Insassen	Anzahl	54	55	61	59	59	63	71	50	...
Fußgänger	Anzahl	27	28	27	37	41	22	32	28	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 720	2 639	2 939	2 636	2 486	2 955	2 930	2 356	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 813	1 769	1 935	1 822	1 816	1 938	1 906	1 628	...
Fußgänger	Anzahl	370	319	357	379	322	318	385	309	...
Schwerverletzte	Anzahl	924	913	1 011	860	843	1 040	951	779	...
Pkw - Insassen	Anzahl	528	552	623	512	558	588	538	453	...
Fußgänger	Anzahl	182	162	185	209	165	166	190	174	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	37 629	42 452	47 809	50 299	55 709	39 431	44 666	43 224	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 129	1 137	1 194	1 278	1 761	1 093	1 218	1 217	...
Telegramme	1 000	60	51	48	44	60	39	39	33	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1068 962	1101 076	1040 857	1094 269	1209 289	1070 913	1114 334	1229 259	...
Lastschriften	1 000 DM	1065 972	1101 741	1038 560	1071 055	1253 576	1090 655	1111 820	1180 855	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	15 671	18 444	17 679	15 981	18 722	21 210	22 420	18 535	...
Auszahlungen	1 000 DM	15 635	20 753	22 480	21 132	26 377	26 081	26 822	23 446	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 096	1 073	1 069	1 070	1 073	1 093	1 095	1 097	...
Fernsehrundfunk	1 000	938	956	950	952	956	978	979	981	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	19 655	22 898	22 103	22 407	22 898	25 203	25 520	26 015	26 531
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	19 346	22 590	21 781	22 082	22 590	24 930	25 242	25 746	26 265
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 061	5 658	5 472	5 505	5 658	6 094	6 168	6 325	6 552
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 936	5 479	5 303	5 336	5 479	5 914	6 020	6 189	6 407
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	125	179	169	169	179	179	147	136	146
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 088	2 906	2 739	2 810	2 906	3 161	3 206	3 258	3 365
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 959	2 670	2 509	2 580	2 670	2 841	2 873	2 904	2 996
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	129	236	230	230	236	320	332	354	369
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	12 197	14 026	13 571	13 767	14 026	15 676	15 869	16 163	16 348
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 707	10 862	10 583	10 684	10 862	12 055	12 204	12 371	12 539
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 490	3 164	2 987	3 084	3 164	3 621	3 664	3 792	3 810
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	17 801	20 581	19 646	19 953	20 581	22 301	22 486	23 075	23 587
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 898	7 125	6 875	7 083	7 125	7 852	7 919	8 388	8 355
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 824	5 963	5 621	5 852	5 963	6 458	6 541	6 931	6 968
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 074	1 162	1 254	1 231	1 162	1 393	1 377	1 458	1 388
* Spareinlagen	Mill. DM	10 493	12 013	11 323	11 423	12 013	12 980	13 093	13 205	13 742
* bei Sparkassen	Mill. DM	6 650	7 502	7 068	7 126	7 502	8 001	8 064	8 130	8 479
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	587	678	594	632	1 349	612	684	663	1 392
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	498	557	516	535	759	546	571	550	856
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	17	16	21	9	24	14	17	17	16
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 668	6 041	21 742	1 836	2 340	1 182	3 324	2 992	1 478
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	-	-	1	1	2	-	4
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 652	1 578	1 512	1 455	1 529	1 410	1 622	1 424	1 539
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	4 041	3 879	4 191	4 523	3 787	4 658	4 219	3 790
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	394 473	454 593	405 988	509 704	719 194	670 087	462 651	517 304	812 112
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	254 214	290 364	208 023	314 093	525 500	500 514	241 467	340 513	612 282
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	143 909	179 517	173 144	254 817	248 789	193 593	197 548	297 940	263 806
* Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	15 749	26 593	-	88 537	-	-	-	99 263	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	62 924	70 011	26 199	9 583	200 363	224 059	34 454	21 725	258 526
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 478	9 032	2 642	1 401	5 249	- 1 045	2 181	1 310	1 340
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	38 904	31 805	6 038	48 292	71 099	83 907	7 284	19 538	88 610
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 879	8 341	-	36 143	-	-	-	17 190	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	140 259	164 228	197 965	195 611	193 694	169 573	221 184	176 791	205 830
* Umsatzsteuer	1 000 DM	104 655	124 447	135 027	137 014	138 773	131 784	151 190	135 214	146 530
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	35 604	39 781	62 938	58 597	54 921	37 789	69 994	41 577	59 292
* Bundessteuern	1 000 DM	87 188	94 786	82 796	88 388	133 230	99 707	108 421	131 028	149 541
* Zölle	1 000 DM	10 773	8 301	11 647	7 158	12 191	5 631	13 867	7 588	12 720
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	68 394	77 709	64 779	74 193	106 010	82 202	89 762	118 265	121 967
* Landessteuern	1 000 DM	38 529	40 669	32 972	55 331	35 553	37 516	35 236	58 732	45 333
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 801	9 302	1 697	24 546	2 004	1 189	1 208	24 819	8 459
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	19 391	21 027	21 303	20 409	22 878	24 773	23 905	23 556	25 816
* Biersteuer	1 000 DM	5 531	5 751	5 944	5 589	5 451	6 987	5 779	6 144	5 836
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	208 603	239 504	.	.	.	303 038	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 522	8 597	.	.	.	10 628	.	.	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	28 967	30 745	.	.	.	42 420	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	137 583	163 951	.	.	.	206 837	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 664	14 661	.	.	.	16 594	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	307 170	348 440	341 511	367 357	530 219	432 058	391 527	397 495	588 873
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	90 058	138 539	231 310	221 021	104 494	147 880	269 778
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	98 181	114 960	138 576	136 928	135 586	111 056	142 948	114 914	133 790
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	30 081	3 502	30 093	274	35 664	3 673	35 764
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	221 504	248 273	219 954	270 554	376 842	335 857	263 726	293 809	432 287
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	90 058	138 539	231 310	221 021	104 472	147 836	269 711
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	61 173	68 910	66 843	73 182	79 886	77 046	88 354	83 568	81 479
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	30 081	3 502	30 093	274	35 664	3 673	35 764
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	229 964	282 132	.	.	.	337 850	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	82 544	98 274	.	.	.	132 916	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	76 400	108 305	.	.	.	108 733	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	261	288	295	.	.	319	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	286	314	322	.	.	348	.	.	
* Facharbeiter	DM	304	335	344	.	.	371	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	278	305	312	.	.	334	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	238	262	268	.	.	295	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	170	190	195	.	.	211	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	160	180	184	.	.	200	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	5,85	6,54	6,69	.	.	7,27	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	6,26	6,99	7,15	.	.	7,77	.	.	
* Facharbeiter	DM	6,65	7,43	7,61	.	.	8,29	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	6,09	6,78	6,92	.	.	7,49	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	5,22	5,85	6,00	.	.	6,53	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	4,18	4,72	4,81	.	.	5,26	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	3,91	4,44	4,51	.	.	4,94	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,5	43,8	44,1	.	.	43,8	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	45,6	45,0	45,1	.	.	44,8	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	40,4	.	.	40,2	.	.	
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	40,2	38,4	40,2	.	.	39,7	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	41,2	39,3	41,0	.	.	40,5	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	36,3	34,5	37,0	.	.	36,6	.	.	
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 388	1 540	1 570	.	.	1 708	.	.	
* männlich	DM	1 250	1 388	1 413	.	.	1 542	.	.	
* weiblich	DM	1 515	1 672	1 700	.	.	1 858	.	.	
Technische Angestellte	DM	961	1 078	1 100	.	.	1 206	.	.	
* männlich	DM	1 615	1 783	1 822	.	.	1 966	.	.	
* weiblich	DM	1 665	1 835	1 875	.	.	2 026	.	.	
* weiblich	DM	1 106	1 248	1 281	.	.	1 383	.	.	
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	943	1 052	1 066	.	.	1 176	.	.	
* männlich	DM	938	1 046	1 060	.	.	1 170	.	.	
* weiblich	DM	1 235	1 379	1 397	.	.	1 524	.	.	
* weiblich	DM	736	824	836	.	.	939	.	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 181	1 312	1 335	.	.	1 454	.	.	
* männlich	DM	1 070	1 189	1 207	.	.	1 321	.	.	
* weiblich	DM	1 371	1 521	1 543	.	.	1 682	.	.	
Technische Angestellte	DM	820	917	932	.	.	1 033	.	.	
* männlich	DM	1 590	1 767	1 806	.	.	1 943	.	.	
* weiblich	DM	1 644	1 820	1 859	.	.	2 003	.	.	
* weiblich	DM	1 071	1 228	1 261	.	.	1 354	.	.	
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 113	1 124	1 130	1 130	1 119	1 119	1 115	1 113	1 101
Pflichtmitglieder	1 000	672	677	681	682	671	682	682	682	655
Rentner	1 000	350	361	362	363	363	368	366	366	366
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,1	4,8	5,0	4,9	5,1	5,0	5,1	5,3	4,7
Männer	%	5,2	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1	5,2	5,4	4,8
Frauen	%	4,9	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7	4,8	5,0	4,3
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	368 909	381 361	385 256	386 657	388 073	396 604	398 305	398 875 ³⁾	399 575 ³⁾
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	102 883	111 773	114 110	114 202	115 274	123 695	124 295	124 488 ³⁾	124 230 ³⁾
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 988	8 462	5 133	6 063	10 401	5 830	6 101	6 558	9 430
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 154	7 728	4 483	5 320	9 573	4 925	5 152	5 612	8 318
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	3 937	5 273	2 844	3 163	7 941
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	3 700	4 924	2 510	2 843	7 383
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	160	157	.	.	156	152	.	.	152
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	34 458	36 458	36 370	36 397	37 869	38 090	38 256	38 228	40 184

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	60 651	61 284 ^p	61 449 ^p	61 486 ^p	61 500 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	37 043	35 951 ^p	36 181 ^p	39 242 ^p	28 314 ^p	41 265 ^p	38 659 ^p	31 908 ^p	25 656 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	67 567	64 709 ^p	63 445 ^p	60 549 ^p	61 184 ^p	58 260 ^p	54 496 ^p	54 844 ^p	52 596 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	61 237	60 617 ^p	55 777 ^p	59 032 ^p	61 678 ^p	56 932 ^p	55 330 ^p	61 727 ^p	59 054 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	6 330	4 092 ^p	7 668 ^p	1 517 ^p	- 494 ^p	1 328 ^p	- 834 ^p	- 6 883 ^p	- 6 458 ^p
Arbeitslose	1 000	149	185	147	170	208	198	195	215	235
Männer	1 000	93	101	71	83	109	107	102	111	124
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 969	19 985	21 501	.	.	.	21 376	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	293	308	314	316	337	288	281	318	288
Milcherzeugung	1 000 t	1 821	1 764	1 583	1 521	1 468	1 832	1 630	1 568	1 481
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 603	8 538	8 565	8 527	8 499	8 345	8 352	8 351	8 357
Beschäftigte	1 000	8 603	8 538	8 565	8 527	8 499	8 345	8 352	8 351	8 357
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 020	977	1 002	1 004	992	883	933	988	980
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44 072	46 919	50 895	49 898	49 384	47 178	52 078	54 804	54 281
Auslandsumsatz	Mill. DM	8 506	9 166	10 052	9 220	9 323	8 954	10 544	10 922	11 027
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	157	160	162	170	172	143	167	175	185 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	158	161	162	170	173	143	167	175	186 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	157	159	161	168	171	141	165	172	182 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	193	205	191	209	233	191	219	238	265 ^p
Bergbau	1962 = 100	99	102	98	102	106	84	92	95	102 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	161	163	165	173	175	145	170	177	188 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	179	182	185	187	188	181	198	200	207 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	160	159	160	168	168	126	159	167	183 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	148	154	158	170	175	134	168	173	181 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	139	146	144	162	167	135	145	160	169 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	139	141	162	163	151	149	167	175	168 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 273	9 233	9 259	9 071	9 230	8 558	8 313	8 952	8 635
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 981	8 454	8 720	8 885	8 984	9 052	9 101	9 452	9 881
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 802	2 499	2 497	2 362	2 227	2 795	2 726	2 871	2 763
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 698	3 305	3 281	3 145	2 981	3 830	3 723	3 907	3 772
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 686	2 393	2 490	2 296	2 192	2 866	2 745	2 760 ^p	2 704
Stromerzeugung	Mill. kWh	20 218	21 379	20 504	22 659	23 932	20 451	22 028	24 581 ^p	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 804	6 878	6 412	6 631	7 198	6 471	6 686	7 308 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 529	1 550	1 589	1 572	1 544	1 554	1 546	1 550	1 546
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	231	253	243	221	222	230	247	225
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 602	6 061	6 285	6 314	7 025	6 296	6 366	6 974	7 487
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	50 780	58 809	66 895	65 947	61 015	70 157	68 044	70 899	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	170	188	182	201	215	194	198	215	228
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	111	113	123 ^r	121
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	138	148	161	158	134	175	169	167	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	9 134	10 010	9 783	10 285	10 117	10 038	10 490	11 794	11 668
Ausfuhr	Mill. DM	10 440	11 333	11 707	11 814	11 051	11 340	12 114	14 426	13 372
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 306	1 323	1 924	1 529	934	1 342	1 623	2 632	1 704

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	92	90	95	100	91	94
Binnenschifffahrt	1970 = 100	100	96	99	86	81
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	100	96	92	92	93	94	98
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	104	108	102	103	96	113
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	100	103	106	107	113	87
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	36 889	40 292	38 456	38 609	39 561	42 995	43 327	42 236	44 730 ^p
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	525 242	594 686	566 811	573 094	580 191	638 348	648 867	654 704	664 748 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	431 125	490 915	469 059	474 429	479 621	530 187	539 790	544 554	553 911 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	94 117	103 771	97 759	98 665	100 570	108 161	109 077	110 150	110 837 ^p
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	441 415	501 359	471 710	475 489	482 687	530 009	534 100	539 153	544 606 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	203 491	230 284	215 724	217 303	218 673	246 628	247 756	249 904	251 063 ^p
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	131,7	132,9	129,7	125,4	122,7	158,9	154,7	150,4	150,7
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	81,5	80,4	78,2	79,7	80,4	78,0	78,1	77,9	77,3
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 152	5 865	9 438	4 430	4 225	5 208	11 005	5 575	5 037 ^p
Lohnsteuer	Mill. DM	2 924	3 567	3 752	3 939	3 867	4 639	4 332	4 495	4 399 ^p
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 177	3 575	3 267	3 564	3 896	3 737	3 701	3 978	4 318 ^p
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 232	2 572	2 355	2 547	2 870	2 754	2 678	2 888	3 130 ^p
Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	2 065	2 209	2 252	2 660	2 349	2 473	2 438	2 285	2 718 ^p
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	102,4	103,6	105,0	114,3	116,6	117,6 ^p	118,0 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	114,5	114,7	114,7	120,2	121,1	122,1	123,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	107,5	112,5	113,1	113,1	113,1	116,3	117,1	117,5	117,8
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	147,4	162,7	.	.	166,2	175,9	.	.	177,1
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	115,6	124,8	.	.	125,7	127,1	.	.	127,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	130,4	131,4	132,0	132,6	138,2	139,6	140,4	141,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	121,8	122,4	122,6	123,2	129,5	131,6	132,3	132,9
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	122,8	124,4	125,2	125,9	130,6	131,8	132,7	133,5
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	173,1	175,1	176,5	176,9	184,1	185,2	186,2	186,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	135,5	136,3	137,3	138,3	143,0	144,7	147,0	148,2
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	120,7	120,5	121,9	122,9	125,2	126,0	127,2	128,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	125,4	127,4	127,6	127,5	134,8	135,2	135,4	135,5
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	150,1	151,9	152,3	152,8	161,5	162,2	162,8	163,6
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	136,4	137,9	138,5	138,9	142,5	143,1	143,8	144,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	126,8	128,8	128,9	129,2	133,8	134,3	134,7	134,9
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	130,4	131,7	132,0	132,5	138,5	140,0	140,6	141,2
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	108,6	.	112,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,1	.	113,9
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,9	.	113,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	111,3	.	114,6
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,1	.	98,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,9	.	99,4

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahngig).

Statistisches Jahrbuch für Rheinland-Pfalz

1972



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Daß das Statistische Jahrbuch diesmal etwas später herauskommt, hat seinen Grund.

Es sollen nämlich in der Neuausgabe 1972 möglichst viele Ergebnisse aus den Großzählungen der Jahre 1970 und 1971, insbesondere der Volkszählung, geboten werden. Solche Großzählungen werden nur alle zehn Jahre durchgeführt. Ihre Ergebnisse, welche die Grundlage jeder demographischen und wirtschaftlichen Untersuchung darstellen, behalten für das nächste Jahrzehnt Gültigkeit. Das Jahrbuch enthält außerdem bereits die Ergebnisse der Bundestagswahl vom November 1972.

Großer Wert wurde bei der Neuauflage des Jahrbuches auf Regionalergebnisse gelegt, die mit zunehmender Bedeutung der Landesplanung, Raumordnung und regionalen Strukturpolitik erheblich an Wert gewonnen haben.

Die sachliche Gliederung des Inhalts und die Art der tabellarischen Darstellung wurden im Interesse des Benutzers beibehalten. Neu ist der flexible Kunststoff-Einband.

Statistisches Jahrbuch für Rheinland-Pfalz 1972

Umfang 430 Seiten, Oktavformat, flexibler Kunststoff-Einband, Preis DM 22,—

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz,
5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, oder durch den Buchhandel.